



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA **6** SITZUNG
27.4.1989

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

PETERLINI Oskar (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	79-82-84-85
MICHELI Walter (Gruppo Socialista Italiano)	"	83
BOATO Alessandro (Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion- Grupa Vërc)	"	85
BETTA Claudio (Gruppo Repubblicano Italiano)	"	85-86
MONTALI Luigi (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	"	86
MARZARI Aldo (Gruppo Comunista Italiano)	"	86

INDICE

Elezione del Presidente
della Giunta regionale
pag. 1

Determinazione del numero
degli assessori regionali
effettivi e supplenti che
devono comporre la Giunta
regionale
pag. 77

Elezione degli assessori
regionali effettivi appar-
tenenti al gruppo lingui-
stico italiano
pag. 78

Elezione degli assessori
regionali effettivi appar-
tenenti al gruppo lingui-
stico tedesco
pag. 79

Elezione dei due Vice-
presidenti della Giunta
regionale dei quali uno
appartenente al gruppo lin-
guistico italiano e l'altro
appartenente al gruppo
linguistico tedesco
pag. 80

Sostituzione di un membro
decaduto nella I^a Commis-
sione legislativa
pag. 83

INHALTSANGABE

Wahl des Präsidenten des
Regionalausschusses
Seite 1

Festsetzung der Anzahl der
wirklichen Assessoren und
der Ersatzassessoren, die
den Regionalausschuß bilden
Seite 77

Wahl der wirklichen
Assessoren der italieni-
schen Sprachgruppe
Seite 78

Wahl der wirklichen Asses-
soren der deutschen Sprach-
gruppe
Seite 79

Wahl des zwei Vizepräsi-
denten des Regionalaus-
schusses, von denen einer der
italienischen Sprachgruppe
und der andere der deut-
schen Sprachgruppe angehört
Seite 80

Ersetzung eines der Mit-
glieder der 1. Gesetz-
gebungskommission
Seite 83

**Sostituzione di un membro
decaduto nella II^a Commis-
sione legislativa**
pag. 84

**Ersetzung eines der Mit-
glieder der 2. Gesetz-
gebungskommission**
Seite 84

**Elezione di un segretario
questore**
pag. 86

**Wahl eines Präsidialsekre-
társ**
Seite 86

Presidenza del Presidente Franco Tretter

Ore 9.00

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

MORELLI (segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Berger, Brugger, Franzelin, Jori, Mayr, Malossini, Tribus e Viola.

Sono inoltre assenti i consiglieri Angeli e Sfondrini.

Prego il cons. Morelli di dare lettura del processo verbale della scorsa seduta.

MORELLI (segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Comunicazioni:

I consiglieri regionali Marzari, Chiodi, Rella e Viola hanno presentato in data 26 aprile 1989 il disegno di legge n. 8: "Modifica dell'art. 11 del Testo Unico delle leggi regionali concernenti disposizioni generali sullo stato giuridico e sul trattamento economico dei dipendenti dei Comuni e dei Segretari comunali della Regione di cui al DPGR 10/5/1983 n. 3/L".

Mitteilungen:

Die Regionalratsabgeordneten Marzari, Chiodi, Rella und Viola haben am 26. April 1989 den Gesetzentwurf Nr. 8 eingebracht: "Änderungen am Art. 11 des mit D.P.R.A. v. 10.5.1983, Nr. 3/L genehmigten Einheitstextes der Regionalgesetze betreffend Bestimmungen über die rechtliche Stellung und die Besoldung der Gemeindebediensteten und der Gemeindesekretäre der Region".

Passiamo alla trattazione dell'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta regionale".

E' iscritto a parlare il cons. Meraner. Ne ha facoltà.

MERANER: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ehe ich mit meinen Ausführungen beginne, gestatten Sie mir, daß ich noch nur zwei Sätze zu den Ausführungen des Kollegen Frasnelli sage. Seine Aussagen zum Operationskalender zeigen sehr deutlich, daß er nicht Jurist, sondern eben ein Physiker ist. Wenn er hier versucht hat, dem Plenum vorzugaukeln, daß mit dem IGH-Vertrag eigentlich alles in Ordnung sei und daß man genau wisse, wer was beim Internationalen Gerichtshof anfechten könne, dann kann man ihm das freilich insofern zugute halten, als eben kein Jurist ist. Denn was nützt es, wenn er hier groß die Rechtsauffassung des Nationalrates in Wien verliert und wie wenig nützt es uns aber, wenn wir wissen, daß Rom genau die gegenteilige Meinung vertritt und daß eben kein Einvernehmen darüber herrscht. Für uns politisch ist nur das von Bedeutung, worüber eben ein Einvernehmen erzielt wird. Solange Österreich sagt, wir können und Rom sagt, wir können auf keinen Fall und darüber keine Einigung herrscht, solange sind diese Rechtsauffassungen für uns ohne Belang. Was die Aussagen Frasnellis zur Person Benedikter betrifft, möchte ich sagen, daß sie nur bestätigen, was ich schon oft gesagt habe, nämlich einen eklatanten Mangel an politischem Feingefühl und das fast völlige Fehlen von Herzensbildung. Es ist des öfters auch hier gesagt worden, eine Gesellschaft sei daran zu messen und zu beurteilen, wie sie mit den alten Menschen umgeht. Vielleicht kann man in geringfügiger Abwandlung dieses Grundsatzes sagen, eine Partei sollte man auch daran messen und beurteilen, wie sie mit ihren altgedienten Funktionären umgeht. Doch ich glaube, da werden noch andere dazu Stellung nehmen. Der Betroffene hat sich eigentlich auch selbst - wie ich gehört habe - zu Wort gemeldet und er hat noch einige Minuten Redezeit.

Nun zum Koalitionsprogramm und zu den Erklärungen dazu. Da könnte man freilich sagen: "nihil novi sub sole". Man hat 4 Monate gebraucht, um dieses Koalitionsprogramm zustande zu bringen, wie gehabt. Es sind im Programm dieselben unverbindlichen Aussagen enthalten, wie wir sie gewohnt sind. Ich bin freilich der Meinung, daß der designierte Präsident und seine Mannschaft spielend leicht imstande gewesen wären, dieses Programm in höchstens 4 Tagen zusammenzustellen. Die Tatsache aber, daß man nicht 4 Tage, sondern 4 Monate dazu gebracht hat, läßt eher vermuten, daß man zwar nicht für die Zusammenstellung dieses an und für sich wenig sagenden Programms 4 Monate gebraucht hat, wohl aber für den Postenschacher, nämlich für die Verteilung der einzelnen Posten. Und es flößt uns nicht besondere Glaubwürdigkeit gegenüber den

Mehrheitsparteien ein, wenn wir von der politischen Minderheit feststellen müssen, daß trotz dieser langen Verhandlungen ein Ergebnis nur dadurch erzielt werden konnte, daß man gegenüber bestimmten potentiellen Partnern auch noch wortbrüchig werden mußte. Wir bedauern ausdrücklich, Herr designierter Präsident, daß man nur mit einigen Parteien geredet hat. In diesem Fall hätten Sie sich vielleicht die Handhabung Südtirols zum Beispiel nehmen können, wo diesmal vor der Regierungsbildung zum ersten Mal, soweit ich das weiß, alle Parteien zu Gesprächen eingeladen worden sind, mit dem Ergebnis, daß auch viele Vorschläge der Oppositionsparteien ins Regierungsprogramm mit aufgenommen werden konnten. Ich würde das für einen guten politischen Stil halten, für ein bißchen mehr an Demokratie und ich bin weit davon entfernt, hier in Trient Südtirol immer wieder als Beispiel hinstellen zu wollen. In weiten Bereichen haben wir dafür überhaupt keine Ursache, aber dort, wo es einmal ein Positivum gibt, möchte ich es auch als Vertreter der Opposition hervorheben und hier in Trient Ihnen als designierten Präsidenten sagen, daß Sie sich ein Beispiel daran hätten nehmen können. Es ist allgemein bekannt, daß jeder neue Präsident oder angehende neue Präsident verschiedenes verbessern und erneuern will. Wenn wir in diesem Programm lesen, was eigentlich alles verbessert und erneuert werden soll, dann werden wir den Verdacht nicht ganz los, als ob da indirekt eine versteckte Politik gegenüber den Vorgängern enthalten wäre, in dem Sinne, daß diese doch politisch vieles falsch und unzeitgemäß getan haben. Denn wie sonst würde sich die Notwendigkeit so vieler Neuerungen und so vieler politischer Veränderungen ergeben, wie sie angeblich mit diesem Programm durchgeführt werden sollen. Doch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor. Im Grunde genommen ist dieses ganze Koalitionsprogramm und auch die Diskussion dazu ja nichts anderes als eine Spiegelfechterei. Denn wie wichtig ist eigentlich diese Region? Sie hat doch in erster Linie und fast ausschließlich repräsentative Aufgaben. Der Haushalt der Region beträgt 3-4 Prozent von der Summe der Landeshaushalte und über 90 Prozent davon werden für laufende Ausgaben aufgewandt. Ich glaube, nur daran kann man doch ermessen, wie wenig wichtig diese Institution Region im Grunde genommen ist. So müssen wir dieses Programm für das nehmen, was es politisch eigentlich ist. Ein politischer Gutwillakt, eine gute Absichtserklärung, mit vielen allgemeinen Aussagen und Versprechungen, ohne konkrete Verpflichtung und ohne Zeitplan für die Durchführung jener Programmpunkte, die darin enthalten

sind. Es ist dies sozusagen - ja, vielleicht könnte man es eine politische Seelenmassage nennen - fast ohne praktische Auswirkung, genauso ineffizient, wie die Institution Region selbst.

Doch lassen Sie mich zu einigen Punkten, die angeführt sind, doch kurz Stellung nehmen. Ich kann nicht verheimlichen, daß ich sehr verwundert darüber war, daß nun ausgerechnet diese Institution Region sich als Garant für Autonomie und Demokratie ausgeben will. Das wäre, meine Damen und Herren, zumindest aus der Sicht Südtirols ein Rückschritt von wenigstens 40 Jahren bis zum Gruber-De Gasperi-Abkommen. Heute, wo die Archive in Paris und New York eröffnet worden sind, und wo wir mehr Einblick in das bekommen haben, was damals tatsächlich geschehen ist, heute wissen wir, daß dieses Gruber-De Gasperi-Abkommen nicht das alleinige Verdienst des unbestritten großen Statisten De Gasperi war, sondern daß der damalige österreichische Außenminister Gruber mit vielen Fehlleistungen einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet hat, daß es zu diesem sicherlich ungenügenden Abkommen kommen konnte. Denn meine Damen und Herren, historisch gesehen ist die Region - und verzeihen Sie mir diesen Ausdruck - ja an und für sich als Autonomiekiller für die Autonomien der beiden Länder Südtirol und Trient vorgesehen gewesen. Ganz sicher. Herr Kollege, Sie schütteln den Kopf, aber die Region sollte für die Autonomie der Südtiroler, zumindest, das trojanische Pferd sein, denn man hat den Südtirolern formell eine Autonomie gegeben, man hat die Kompetenzen bei der Region angesiedelt und die Südtiroler in der Region einfach durch den Regionalrat mayorisiert, so daß die Südtiroler an und für sich sowieso nichts konnten. Erst durch die Rückgabe oder vielmehr durch die Verschiebung der Kompetenzen von der Region auf die Landesautonomien ist es zu einer einigermaßen befriedigenden Autonomie in Südtirol gekommen. So bin ich der Meinung, daß diese beiden Länder Südtirol und Trient ihre Autonomien in erster Linie auch selbst verteidigen, leben und ausbauen sollen und daß es dazu sicher nicht die Region braucht, die uns geschichtlich diesbezüglich sicherlich nicht angenehm im Gedächtnis bleibt, sondern wir sind schon zufrieden, wenn uns die Region dabei nicht stört. Das friedliche Zusammenleben, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in unserer Region wird um so sicherer und um so besser sein, je geschützter unsere Landesautonomien sind. Ich kann nicht verhehlen, daß uns in der derzeitigen Lage um den Schutz der Autonomie bange wird, daß wir um unsere Autonomie mit Sorge erfüllt sind und wir können nicht sehen, was die Region bis jetzt getan hat, um diese unsere berechnete Sorge zu mindern und wir

können auch nicht feststellen, was konkret diese Institution Region tun will, um unsere Sorgen und Nöten diesbezüglich zu vermindern.

Was die Verteidigung und den Schutz der Demokratie betrifft, lassen Sie mich folgendes darstellen: Bis heute muß man sagen, daß die Region sich eigentlich nicht die Beine in den Bauch gestampft hat, um die Minderheiten jeder Art in ihrem Rahmen weiß Gott wie gut zu schützen. Ich stelle beispielsweise fest, daß im Bezug auf die Ladiner, die Region, aber auch die Provinz Trient, weniger Schutzmaßnahmen geschaffen hat, als beispielsweise Südtirol. Ich stelle ferner fest, daß für die Bewohner der Sprachinseln im Fersental und Lusern praktisch überhaupt nichts getan worden ist, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem man mit Sicherheit wußte, daß es ohnehin schon zu spät war und man hat dann zur eigenen Gewissensberuhigung einige kulturelle Institutionen geschaffen, die freilich nichts anderes sind, als ein Aushängeschild ohne praktischer politischer Bedeutung. Die sprachlichen Minderheiten sind von der Region bis jetzt bestimmt nicht verhätschelt worden. Ich stelle z.B. fest, daß beispielsweise die ladinische Sprache in diesem Hause auch offiziell nicht zulässig ist. Ich stelle beispielsweise fest, daß zwar mein deutschgesprochener Text ins Italienische übersetzt wird, daß aber beispielsweise das Umgekehrte nicht der Fall ist. Ich stelle fest, daß seit dem Krieg, seit dem Bestehen der Region, bis vor 3 Jahren, in den Gesetzgebungskommissionen der Region, ausschließlich Italienisch gesprochen werden konnte. Ausschließlich der Initiative meiner Fraktion ist es zu verdanken, daß wir seit 3 Jahren in den Gesetzgebungskommissionen der Region auch Deutsch reden können und einen Übersetzungsdienst haben. Ich stelle fest, daß beispielsweise auf Seite 1 der Regierungserklärung, im ersten Absatz, die Übersetzung ins Deutsche völlig falsch und sinnverstellend ist. So haben wir einen Streit zwischen Ferretti und Benedikter festgestellt, in dem Sinne, daß Benedikter, der offensichtlich den deutschen Text gelesen hat, zu einer bestimmten Auffassung gekommen ist, die von Ferretti widersprochen wurde - und ich komme nachher noch darauf zurück -, sie sind beide im Recht, weil die Texte nämlich falsch sind. In diesem Zusammenhang, Herr designierter Präsident, möchte ich Sie ersuchen, daß Sie dafür Sorge tragen, daß die Übersetzungen in Hinkunft gewissenhafter durchgeführt werden, als dies bisher der Fall war. Wir haben Regionalgesetze, bei denen wir im deutschen Text genau das Gegenteilige von dem lesen, als im italienischen, verbindlichen Text enthalten ist. Wir haben das auch bei Ihrer Regierungserklärung. Ich werde sie

nachher verlesen. Und ich glaube, daß wir Deutschsprachige, wir deutsche Vertreter hier im Regionalrat das Recht haben, nur den deutschen Text lesen zu können und dadurch zum selben Ergebnis kommen zu können, wie unsere italienischsprachigen Kollegen, die den italienischen Text lesen. Sollte sich das nicht machen lassen, dann muß ich sagen, muß man einfach die Übersetzer austauschen. Aber so geht es nicht.

Die Region setzt sich auch zum Ziel, die politischen Eigenarten, also auch die politischen Minderheiten zu schützen. Da ergibt sich freilich die Frage, meine Damen und Herren, ja, warum müssen die politischen Minderheiten in dieser Region geschützt werden? Vor wem, möchte ich fragen, müssen sie geschützt werden? Vor sich selbst etwa? Oder ist es nicht doch so, daß wenn sie des Schutzes bedürfen, dann doch nur des Schutzes gegenüber der Mehrheit. Und es ist fürwahrlich reichlich komisch, wenn diese Mehrheit uns erklärt, daß sie die politischen Minderheiten vor der Mehrheit schützen will. Dazu muß ich sagen: nein, danke! Und daß es sich hier nicht um einen Versprecher oder Verschreiber handelt, das wird all zu klar aus den Erklärungen, die der Fraktionssprecher der Democrazia Cristiana, Dr. Remo Ferretti, hier abgegeben hat. Ich zitiere nur einige Sätze. Er hat beispielsweise gesagt: Machen wir uns doch nichts vor, die Demokratie besteht aus Zahlen und wer eine so geringe Auffassung von der Demoratie hat, daß die Demokratie nur aus Zahlen besteht, vor dem müssen politische Minderheiten tatsächlich Angst haben. Denn dies wäre eine rein formell verstandene und substanziell ausgehöhlte Demokratie. Ja, was würden beispielsweise die Kollegen von der Südtiroler Volkspartei sagen, wenn man in Rom dieselben Ansichten hätte. Denn in Rom ist die Südtiroler Volkspartei eine 0,4-Prozent-Partei.

Ich muß den Kollegen Ferretti nochmals zitieren, als er sagte: Bleiben wir doch bei den Fakten. Die Regierung macht Politik, die übrigen Abgeordneten hier im Regionalrat sind doch schlußendlich doch nur zur Rappresentanz da. Ja, wie stellt sich das der Kollege Ferretti und mit ihm die Mehrheit vor, die uns dieses Programm vorgelegt hat? Sie stellen sich den Regionalrat wie ein Puppentheater vor, in dem wir, Vertreter der politischen Minderheiten, die Puppen sind und die Regierenden hinter dem verschlossenen Vorhang sitzen und die Fäden ziehen und dadurch bewirken, wie wir tanzen müssen. So können wir den Schutz gegenüber den politischen Minderheiten nicht verstehen, meine Damen und Herren.

Es ist eben von diesem Ferretti die Forderung erhoben worden, für die Kandidatur des Präsidialsekretärs

darf die politische Minderheit nur einen Kandidaten namhaft machen, ansonsten würde sie ihn - die Mehrheit - nicht wählen. Ja, wo steht das geschrieben, daß diese politische Minderheit, die in ihren Reihen eigentlich reichlich Pluralismus zeigt, daß diese nicht auch mehr als einen Kandidaten der Minderheit vorschlagen kann und daß die Mehrheiten selbstverständlich unter diesen mehreren Kandidaten wählen können? Nein, meine Damen und Herren, solange solche politischen Ansichten in diesem Hause kundgetan werden, glauben wir euch nicht, was in diesem Koalitionsprogramm steht. Solange sind wir mißtrauisch und solange haben wir die Sorge, daß die Mehrheiten auch weiterhin versuchen werden, die politischen Minderheiten als Stimmvieh in diesem Hause zu mißbrauchen.

Im Koalitionsprogramm und in den Erklärungen lesen wir als einen weiteren, wichtigen Punkt die Abänderung des aktiven Wahlrechtes, selbstverständlich zu Ungunsten der politischen Minderheiten. Auch darin kann man den Schutz ersehen, der zu Gunsten, unter Führungszeichen, der politischen Minderheiten geplant ist. Und machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn Sie sagen, dies sei notwendig, weil ansonsten die Stabilität der politischen Institutionen gefährdet wäre. Ja, wo, meine Damen und Herren, gibt es deutlichere Mehrheiten als gerade hier in unseren Breitengraden? Wenn es überhaupt eine Gefahr für die Demokratie gibt, dann nicht die politische Stabilität, sondern wenn überhaupt der Mangel an politischem Pluralismus. Da wird die Stimmenverzettelung wieder aufs Tapet gebracht. Machen Sie mich doch nicht lachen! Wir haben doch alle ein regionales Wahlgesetz betreffend die Gemeinderatswahlen und wir wissen genau, daß man dort der Stimmenverzettelung mit einem sehr einfachen aber wirksamen Instrument entgegengetreten ist, nämlich durch das Institut der Listenverbindungen. Nun möchte man aber hier in der Region nicht die Listenverbindung zulassen, was das einzig Vernünftige wäre, um eventuellen Stimmenzersplitterungen tatsächlich entgegenzuwirken. Nein, man will weitere Hürden einbauen, die die eigene Macht noch vermehren und den politischen Pluralismus verhindern. So, ich wiederhole es noch einmal, stellen wir uns nicht den politischen Schutz, den Schutz der politischen Eigenarten, in der Region vor.

Es wird an einer anderen Stelle der Erklärungen gesagt, die Region Trentino-Südtirol könne als europäisches Beispiel für Ausgeglichenheit hingestellt werden. Ich wünschte mir, es wäre so. Aber bitte nehmen Sie doch die traurige Tatsache zur Kenntnis, daß es beispielsweise in einem Teil der Region, nämlich in Südtirol, vor den letzten

Wahlen regelmäßig Bombenanschläge gegeben hat. Nehmen Sie, meine Damen und Herren, zur Kenntnis, daß Bozen die schwärzeste Stadt Europas ist und reden Sie doch nicht an der politischen Realität vorbei. Dies wünschen wir uns nicht als Beispiel für Europa. Wir wünschten uns aber sehr wohl eine politische Situation in unserer Region, in den beiden Provinzen, die wir zu Recht als Beispiel für ganz Europa hinstellen könnten. Sie versuchen eine politische Realität zu verbergen oder zu beschönigen, die eben einmal da ist und für die es auch Verantwortliche gibt. Die Verantwortlichen können nur die früher Regierenden sein, die eigentlich wieder die neuen sind. Wir stellen in Südtirol insbesondere mit großer Sorge fest, daß sich in Italien besonders seit der Regierung Craxi ein starker Neozentralismus des Staates stark macht, der das friedliche Zusammenleben als Integration und kulturelle Verschmelzung aufgefaßt hat. Davor, meine Damen und Herren, haben wir größte Angst. Wir stellen uns vor, daß das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen mit verschiedenen Kulturen und mit verschiedenen Traditionen nicht Anlaß für Streit und Gegensätze sein sollte, wie dies derzeit leider der Fall ist, sondern dies wäre eine große Chance für uns alle, einer gegenseitigen kulturellen Bereicherung. Es wäre eine wichtige Aufgabe der Region, aber auch jedes einzelnen von uns, diese Chance wahrzunehmen, speziell auf dem kulturellen Sektor und hier glaube ich dem designierten Präsidenten sicher nichts Neues zu sagen. Ich glaube, daß die größte Chance für eine wirkliche Autonomie in der Region, in Trient und in Südtirol, hauptsächlich auf kultureller Ebene zu suchen ist. So bin ich der Meinung, daß der Kulturpolitik in der Region und in den beiden Ländern erstrangige Bedeutung vor allen anderen Zweigen in der Politik zuzukommen hat. Ich bedaure es aber, daß man über Kulturpolitik in diesem Koalitionsprogramm trotz der Person des designierten Präsidenten, muß ich sagen, eigentlich sehr wenig gesagt hat.

Es wird an anderer Stelle gesagt, daß der Schutz der Minderheiten ein ziviler und politischer Grundsatz mit wesentlicher Bedeutung für jede Form des demokratischen Lebens sei. Ich glaube, durch das bereits Gesagte deutlich hervorgegestellt zu haben, daß in den Punkten, die ich hervorgehoben habe, das Programm im argen Widerspruch zu dieser Aussage steht. In argem Widerspruch aber auch zur bisherigen Praxis und zu dem, was wir täglich in diesem Hause erleben.

Paketabschluß - und ich darf jetzt vielleicht kurz auf die Erklärungen zurückkommen, und um das Mißverständnis zwischen Ferretti und Benedikter

aufzuklären, beide Texte verlesen und dann zu versuchen, die Unterschiede herauszuklären. So heißt es im italienischen Text: "Lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige può considerarsi in via di concreta attuazione e rappresentare quindi un punto di arrivo." Im deutschen Text hingegen heißt es: "Das Sonderstatut für Trentino-Südtirol sei als konkret verwirklicht zu betrachten und es stelle somit ein Ziel und eine geschichtliche und politische Wirklichkeit dar." Für die italienischen Kollegen - ich weiß nicht, ob das übersetzt worden ist - wird das im deutschen Text nicht als eine Hypothese hingestellt, sondern ein Faktum. Man sagt: Die Autonomie sei bereits verwirklicht und sei nicht in der Phase der Verwirklichung, wie es im italienischen Text heißt und sie sei bereits eine geschichtliche Tatsache und nicht, wie es im italienischen Text richtig heißt, eine Zielvorstellung, in deren Richtung man sich eben hinbewegt. Ich kann, wie gesagt, Kollegen Benedikter als auch Kollegen Ferretti, verstehen: Die Übersetzung ist einfach falsch und wir haben es deshalb auch falsch aufgefaßt und mir persönlich ist es auch in die falsche Kehle geraten. Nun habe ich den italienischen Text vor mir, mit dem ich zwar nicht ganz, aber wesentlich besser einverstanden sein kann als mit dem deutschen. Denn zur effektiven Konkretisierung des Autonomiestatutes, meine Damen und Herren, fehlen nicht nur ein paar Durchführungsbestimmungen wie z.B. im Bereich Finanzen, Senatswahlkreise und verschiedenes andere. Nein, heute geht es beim Paket ja nicht mehr in erster Linie um neue Inhalte, sondern es geht in erster Linie darum, wie sicher ist das, was jetzt schon im Paket enthalten ist und es geht darum, wie wird dieses Paket, wenn einmal die Endfertigungsklausel abgegeben worden ist, später noch gehandhabt werden? Es ist keine Frage, daß die Demokratie eine dynamische werden muß, daß infolgedessen auch das Autonomiestatut dynamisch zu sein hat. Aber es ist ebenso, Herr designierter Präsident, für mich keine Frage, daß alles, was jemals am vereinbarten Paketttext in Zukunft abgeändert werden soll, sicher nicht einseitig, sondern stets und immer nur einvernehmlich abgeändert werden kann. Lassen Sie es mich sehr deutlich und unzweideutig sagen: Ohne internationale Verankerung des Paketes gibt es für mich keine gesicherte Autonomie in Südtirol. Nun nützt es überhaupt nicht, wenn Wien den Standpunkt vertritt, daß die Maßnahmen des Paketes vor dem internationalen Gerichtshof angefochten werden können, wenn der italienische Außenminister Giulio Andreotti namens der Regierung bei jeder passenden Gelegenheit betont, das Autonomiestatut sei über den Pariser Vertrag hinaus eine rein interne

italienische Angelegenheit, ein Mehr, das der italienische Staat der Südtiroler Bevölkerung zur Befriedung des Landes geschenkt habe und infolgedessen eine rein interne italienische Angelegenheit ist. So nicht, Herr Minister Andreotti. So nicht, meine Damen und Herren im Regionalrat. Wir wollen auf Nummer Sicher gehen, denn die Geschichte, auch die jüngste Geschichte, hat uns gelehrt, daß überschüssiges Vertrauen fehl am Platze wäre, daß dies politisch unverantwortlich wäre. Ohne Beseitigung der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis von seiten des Staates in jenen Bereichen, wo die Provinzen und auch die Region entsprechende Kompetenzen haben, gibt es keine Autonomie in Südtirol. Denn man könnte ja jederzeit unter dem Vorwand der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis alle Paketmaßnahmen nach und nach rückgängig oder zumindest unwirksam machen. Es gibt für uns nur den einen Weg: diese beiden Befugnisse müssen weg. Wir müssen auf eine internationale Verankerung des Paketes bestehen. Jede entgegengesetzte Politik, die zwar im Augenblick sehr modern, aber deshalb, meine Damen und Herren, nicht unbedingt gut sein muß, wäre für uns Südtiroler tödlich, wäre ein tragischer Rückschritt zum Jahre 1946 und wäre auch ein Verrat gegenüber den gutgläubigen meist zuwenig informierten Bürgern. Denn wenn wir uns Südtiroler - geschätzte Kollegen von der Südtiroler Volkspartei und Democrazia Cristiana - an Rom hätten verkaufen wollen, dann hätten wir das früher tun sollen. Der Preis wäre immer schon hoch gewesen und wir hätten die Inflation nicht ertragen brauchen. Wir hätten aber auch unserem Volk über Jahrzehnte hinweg nicht die vielen, vielen großen Opfer zumuten müssen, die wir ihm tatsächlich zugemutet haben und die unser Volk ertragen hat, in der Aussicht, daß wir dann etwas besseres erringen würden. Wenn wir nun durch eine modern gewordene Verzichtspolitik dies alles aufgeben, dann machen wir uns schuldig gegenüber all jenen, denen wir vorgeredet haben, daß sie Opfer bringen müssen, damit wir schlußendlich etwas besseres erreichen können.

Lassen Sie mich nun noch ein paar Worte zum Kreditwesen, insbesondere zu den Raiffeisenkassen, sagen. Damit keine Mißverständnisse entstehen, möchte ich vorwegnehmen, daß ich selbst Gründungsmitglied einer der größten Raiffeisenkassen Südtirols bin und nachwievor überzeugt bin, daß es die Raiffeisenkassen braucht und daß sie einen großen Dienst an der Bevölkerung leisten. Was wir aber von der Region her tun sollen - wir haben ja nur sekundäre Kompetenz - das ist die Schaffung vernünftiger Rahmenbedingungen, besonders im Hinblick auf 1992. Aber wir sollten uns sehr davor hüten, ungerechte Privilegien

zugunsten bestimmter Bankinstitute zu schaffen. Das würde diesen "à la longue" wahrscheinlich nicht nützen, sondern nur schaden, weil man wahrscheinlich von Staats wegen ihnen dann nach und nach jene Begünstigungen streichen würde, in deren Genuß sie heute tatsächlich sind. Es wird, so meine ich, 1992 kaum einen Bereich geben, der so einschneidende Änderungen erfahren dürfte, wie gerade das Bankwesen in unserer Region. Da gibt es für die Region nur eine Chance günstige Rahmenbedingungen für unsere heimischen Banken zu schaffen, ohne abzuriegeln. Für die Banken selbst gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder untereinander zusammenarbeiten und autonom bleiben oder bedeutungslose Anhängsel internationaler großer Bankkonzerne zu werden. Das Genossenschaftswesen, ein klares Ja zur Förderung, aber ein ebenso klares Nein zu den diktatorischen Bestrebungen, die in den letzten Jahren innerhalb verschiedener Genossenschaften zutage getreten sind. Wir brauchen beides: den freien Handel und die Genossenschaften, damit keiner allein ein Monopol erreichen möge zum Schaden der Betroffenen. Es steht in den Regierungserklärungen im deutschen Text: Auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens soll eine - die Übersetzer möchten mich entschuldigen, es heißt aber so - synergetische Wirkung zugunsten unserer Bevölkerung erzielt werden. Ich habe mir übers Wochenende Zeit genommen, diesen Begriff zu suchen, aber ich kann keine Erklärung für diese synergetische Wirkung finden, die in diesem Zusammenhang einen Sinn ergebe, aber der Herr designierte Präsident wird es mir dann bei der Replik wahrscheinlich erklären, was er damit gemeint hat.

Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse sollen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden und auch dagegen ist nichts einzuwenden, wenn man - und ich sage es sehr deutlich dazu -, wenn man damit nicht im Schilde führt, diese wirtschaftlichen Zusammenschlüsse eindeutig zu Lasten der privaten und individuellen Initiativen zu fördern und zu bevorteilen. Denn wir dürften nicht zu einer Politik kommen, die wir teilweise bereits heute haben, in der es so ist, daß die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse überall begünstigt werden und den "Rahm", wie wir sagen, abschöpfen, während die individuellen Initiativen arg benachteiligt werden, auf der anderen Seite aber die Nahversorgung und die Dienstleistung für den Konsumenten zu erbringen haben. So geht es nicht, daß der eine das Fleisch und der andere die Knochen erhält.

Es sind noch eine Reihe von Aussagen enthalten, auf die ich nicht länger eingehen möchte. Es sind in der Regel, wie überhaupt das ganze Programm, sehr wage gehaltene Aussagen zu verschiedenen Sachbereichen. So zum

Beispiel zum Landesgesundheitsdienst, wo überhaupt kein einziger konkreter Lösungsvorschlag angeboten wird. Familienpolitik: Hier hat die Kollegin Franzelin einiges bedeutendes auch in meinem Sinne gesagt, allerdings mit dem kleinen Unterschied, daß ich dieselben Dinge 10 Jahre früher oder genauer gesagt 12 oder 13 Jahre früher als die Kollegin Franzelin gesagt habe und man hat mich dann im "Volksboten" als politisch unberechenbar hingestellt. Ich habe es eben 13 Jahre früher gesagt und das ist ja öfters schon so gewesen. Im Mittelalter hat man schönen Frauen den Hexenprozeß gemacht. Heute, Gott sei Dank, sind wir froh, daß es schöne Frauen gibt und wir wollen sie nicht verhexen und nicht durch Prozesse aus der Welt schaffen.

Was den Friedensrichter betrifft - eine Institution, die in der derzeitigen Verbürokratisierung der Gesellschaft in Hinkunft an Bedeutung gewinnen wird und sollte - sind auch keine konkreten Aussagen gemacht worden, wie man sich die Reform darstellt, außer daß man Fortbildungskurse machen will. Aber hier, meine Damen und Herren, Herr designierter Präsident, hier geht es nicht nur um Fortbildungskurse. Hier geht es um eine zum Teil wesentliche Veränderung des Rechtsinstitutes Friedensrichter, damit dieses den tatsächlichen Notwendigkeiten und derzeitigen Gegebenheiten angepaßt wird. Es ist verwunderlich, daß ein so moderner Begriff wie Umweltschutz in diesem Programm nur so dürftig behandelt worden ist. Dabei hätte gerade in diesem Bereich die Region bedeutendes zu tun. Ich denke hier zum Beispiel an die Etsch, an den Transitverkehr, an den Flughafen, Zollbahnhof usw.

Lassen Sie mich nur zu zwei der noch angeschnittenen Probleme kurz Stellung nehmen, ehe ich zum Ende komme: Das Accordino und Grundbuchkataster. Das Accordino soll verbessert werden. Es wäre höchst an der Zeit, wenn auch vielleicht schon anachronistisch im Hinblick auf 1992, denn der Weg führt ja über das Accordino hinweg zu weit bedeutenderen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen und Vereinbarungen im Vereinten Europa, aus dem man auf lange Sicht gesehen mit Sicherheit die Republik Österreich nicht ausschließen wird können. Nur die Tatsache, daß die Republik Österreich heute schon 67 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens im EG-Raum abwickelt, dürfte eigentlich ein Indikator dafür sein, wie die Wege für die Zukunft verlaufen. Eine Aktualisierung, wie es wörtlich heißt, des Accordinos in manchen Bereichen wäre freilich höchst an der Zeit und seit vielen Jahren überfällig. Wenn ich z.B. an jenen Bereich denke, mit dem ich täglich zu tun habe - Import von Textilien - so lassen

Sie mich, Herr Präsident, Ihnen berichten, daß ich seit vielen Jahren im Rahmen des Accordino importiere, weder aus Vorarlberg, noch aus Nordtirol. Zwar aus einem ganz einfachen Grund oder besser gesagt aus zwei Gründen. Erstens ist das Accordino wesentlich bürokratischer als der normale Weg und zweitens ist der normale Weg wesentlich postengünstiger als das Accordino. Da müssen Sie mir den Sinn eines Accordino noch erklären, zumindest in diesem Bereich.

Was Grundbuch und Kataster betrifft, zwei Einrichtungen, auf die wir zu Recht stolz sind und um die uns viele andere beneiden, was zumindest das Grundbuch betrifft, bin ich schon der Meinung, daß diese beiden Sektoren weiterhin modernisiert und rationalisiert gehören. Und ich glaube, daß die Region da einen vernünftigen Schritt in die richtige Richtung tut. Allerdings lassen Sie mich dazu sagen, daß es aus der Sicht Südtirols - und ich möchte da bestimmt in keine Kirchturmspolitik verfallen - höchst notwendig wäre, daß man sowohl die Katasterämter als auch die Grundbuchsämter gleichmäßig mit Personal ausstattet. Derzeit ist es so, daß in Südtirol wesentlich weniger Personal angestellt ist und ich habe mir sagen lassen, in manchen Ämtern in Trient zuviel. Hier hat ein vernünftiger Ausgleich im Interesse der Bürger stattzufinden. Es kann nicht weiter hingenommen werden, daß in Trient und mancherorts, wie gesagt, sogar zuviel Personal angestellt worden ist, während wir in Südtirol einen zunehmenden Personalmangel beklagen müssen.

Ich komme zusammenfassend zum Schluß. Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß die Bedeutung dieser Institution Region eine geringe ist und daß wir uns keine diesbezügliche politische Veränderung im Sinne des Gruber-De Gasperi-Abkommens wünschen. Die Region verstehen wir nicht als Oberwächter und Garant für die Landesautonomen von Südtirol und Trient. Das Autonomiestatut kann erst dann voll in Kraft treten, wenn die Haupthürden der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis beseitigt sind. Ohne internationale Verankerung des Paketes darf es keine Endfertigungsklausel geben. Bis dahin muß weiterverhandelt werden. Die politische Realität bleibt bis dahin eine provisorische Teilautonomie. Für den wirksamen Schutz der Minderheiten jedweder Natur muß die Region erst den Beweis antreten. Im Koalitionsprogramm sind viele gute, aber leider zumeist wenig konkret formulierte Vorsätze enthalten. Ich kenne und schätze den designierten Präsidenten, Kollegen Andreolli, als einen fähigen und auch sehr fleißigen Mann.

Die Nichtzustimmung der Freiheitlichen Partei

Südtirols zu seiner Kandidatur gilt somit nicht ihm persönlich, sondern dem Koalitionsprogramm, mit dem er sich präsentieren muß. Wir werden abwarten und dann abwägen. Nach unserem jetzigen Wissenstand und aufgrund der Erfahrung sehen wir uns nicht in der Lage, diesem Programm zuzustimmen. Es wird uns aber ehrlich freuen, Herr designierter Präsident, Kollege Andreolli, wenn wir auf der Grundlage der in die Wirklichkeit umgesetzten Politik der Regionalregierung unsere jetzige Meinung revidieren könnten. Danke schön!

(Signor Presidente! Colleghi e colleghe! Prima che io inizi con le mie dichiarazioni mi permetta che io dica ancora due parole in merito alle dichiarazioni del collega Frasnelli. Le sue affermazioni in merito al calendario operativo dimostrano molto chiaramente che non è un giurista, ma un fisico. Se ha tentato qui di far credere all'assemblea plenaria che riguardo al trattato sul ricorso alla Corte Internazionale dell'Aja sia tutto a posto e che si sappia esattamente chi potrebbe impugnare qualcosa alla Corte Internazionale, può essere giustificato per questo sicuramente proprio perchè non è un giurista. In quanto a cosa serve che egli legga in questo consesso davanti a tutta l'assemblea le concezioni giuridiche del Consiglio Nazionale di Vienna e a quanto poco ci serve, se sappiamo che a Roma si è esattamente di parere opposto e che non si è raggiunto appunto un accordo a questo proposito. Per noi ha importanza da un punto di vista politico solo ciò su cui si raggiunge appunto un accordo. Finchè l'Austria dice che noi possiamo e Roma dice che noi non possiamo assolutamente ed a questo proposito non è stato raggiunto un accordo, queste concezioni giuridiche non hanno per noi alcuna importanza. Per quel che riguarda le affermazioni di Frasnelli sulla persona di Benedikter desidero dire che queste confermano soltanto ciò che io ho sottolineato già altre volte, ossia un'evidente carenza di delicatezza politica e la quasi totale mancanza di educazione. È stato detto spesso anche in questa sede che si misura e si giudica una società per come questa si comporta con le persone anziane. Forse si dovrebbe dire, cambiando leggermente questo principio, che si dovrebbe misurare e giudicare un partito per come questo si comporta con i suoi vecchi funzionari. Ma io credo che altri prenderanno posizione a questo proposito. Anche l'interessato - per quel che ho sentito - ha chiesto veramente la parola ed ha ancora qualche minuto di tempo a disposizione.

Ed ora passiamo al programma di coalizione ed alle dichiarazioni. A questo proposito si potrebbe dire:

"nihil novi sub sole". Ci sono voluti 4 mesi per realizzare questo programma di coalizione, niente di nuovo. Nel programma sono contenute le stesse dichiarazioni non impegnative, come siamo abituati a sentirle. Io sono certamente dell'opinione che il Presidente designato ed i suoi collaboratori sarebbero stati senza alcun dubbio in grado di formulare questo programma al massimo in 4 giorni. Il fatto che però ci siano voluti 4 mesi e non 4 giorni lascia piuttosto supporre che non ci siano voluti 4 mesi per la realizzazione di questo programma di scarso valore contenutistico, bensì per la distribuzione degli incarichi, ovvero per l'assegnazione dei singoli incarichi. Ed i partiti di maggioranza non destano in noi particolare credibilità, se noi della minoranza politica dobbiamo constatare che nonostante queste lunghe trattative è stato possibile raggiungere un risultato solo venendo meno alla parola data a determinati potenziali partner. Siamo veramente spiacenti, signor Presidente designato, del fatto che si sia parlato solo con alcuni partiti. In questo caso Lei avrebbe forse dovuto prendere in considerazione ad esempio la prassi seguita in Sudtirolo, dove, per quel che mi consta, per la prima volta prima della formazione della Giunta, si sono avuti colloqui con tutti i partiti, col risultato che è stato possibile inserire nel programma di coalizione anche molte proposte dei partiti di opposizione. Io lo ritengo un buono stile politico, un po' più democratico e sono ben lontano dal voler portare qui a Trento sempre come esempio il Sudtirolo. In altri ambiti non ne abbiamo assolutamente alcun motivo, ma lì dove c'è un dato positivo desidero farlo rilevare anche come rappresentante dell'opposizione e dire qui a Trento a Lei quale Presidente designato che avrebbe potuto prenderlo come esempio. E' generalmente noto che ciascun nuovo Presidente o un nuovo Presidente esordiente vuole migliorare e rinnovare varie cose. Se noi leggiamo in questo programma cosa debba essere effettivamente migliorato e rinnovato avremmo il sospetto che qui sia contenuta indirettamente una politica nascosta nei confronti dei predecessori, nel senso che questi hanno fatto da un punto di vista politico molti errori ed hanno agito con grossi ritardi. In quanto come potrebbe emergere altrimenti la necessità di tanti rinnovamenti e di tanti cambiamenti politici, come sembra debbano essere attuati con questo programma. Ma, egregi colleghe e colleghi, non facciamoci abbindolare. L'intero programma di coalizione ed anche la discussione in merito sono in realtà nient'altro che una fanfaronata. In quanto quant'è veramente importante questa Regione? Essa ha pur in primo luogo e quasi

esclusivamente compiti rappresentativi. Il bilancio della Regione ammonta al 3-4 per cento della somma dei bilanci delle Province e più del 90% di questa somma viene impiegato per spese correnti. Io credo che solo in base a ciò si possa valutare quanto poco sia importante in realtà questa istituzione "Regione". Così noi dobbiamo accettare questo programma per quel che rappresenta in realtà politicamente. Un atto di compiacenza politica, una buona dichiarazione d'intenzioni con molte dichiarazioni e promesse in generale, senza obblighi concreti e senza un piano per l'attuazione di quei punti del programma ivi contenuti. Questo è per così dire - sì, forse lo si potrebbe definire un massaggio politico dell'anima - quasi privo di ripercussioni pratiche, altrettanto inefficiente come la stessa istituzione "Regione".

Ma lasci che io prenda brevemente posizione su alcuni punti citati. Non posso nascondere che ero molto meravigliato del fatto che proprio questa istituzione "Regione" voglia farsi passare per garante dell'autonomia e della democrazia. Questo sarebbe, signore e signori, per lo meno da un punto di vista del Sudtirolo un passo all'indietro di almeno 40 anni fino all'accordo De Gasperi-Gruber. Oggi che sono stati aperti gli archivi di Parigi e di New-York e che abbiamo preso visione di ciò che successe veramente allora, oggi sappiamo che questo accordo De Gasperi-Gruber non fu l'unico merito dell'indiscusso grande statista De Gasperi, ma che l'allora Ministro degli Esteri austriaco Gruber contribuì con molte azioni sbagliate a che si arrivasse a questo accordo certamente non soddisfacente. Infatti, signore e signori, da un punto di vista storico la Regione è stata progettata - mi perdoni questa espressione - a dir il vero come un killer dell'autonomia per le autonomie delle due Province di Bolzano e di Trento. Sicuramente. Egregio collega, Lei scuote la testa, ma la Regione dovrebbe essere per lo meno per l'autonomia del Sudtirolo il cavallo di Troia, in quanto è stata data ai sudtirolesi formalmente un'autonomia, sono state assegnate le competenze alla Regione ed i sudtirolesi son stati messi in minoranza in Regione dal Consiglio regionale, dimodochè i sudtirolesi non hanno potuto effettivamente fare nulla. Solo con la restituzione o piuttosto con il passaggio delle competenze dalla Regione alle autonomie provinciali si è giunti ad un'autonomia abbastanza soddisfacente in Sudtirolo. Per questo io sono dell'opinione che le stesse Province di Bolzano e di Trento devono in primo luogo difendere, vivere e potenziare le loro autonomie e che a questo proposito non è sicuramente necessario l'aiuto della Regione, di cui a tal riguardo da un punto di vista storico

non conserveremo di certo un buon ricordo, ma a noi ci basta che la Regione non ci disturbi in tal intento. La convivenza pacifica nella nostra regione, egregi colleghe e colleghi, sarà migliore e più sicura per quanto siano difese le nostre autonomie provinciali. Io non posso nascondere che siamo preoccupati, stando alla situazione attuale, per la difesa dell'autonomia, che siamo in pensiero per la nostra autonomia e non possiamo non vedere cosa la Regione abbia fatto finora per diminuire questa nostra preoccupazione giustificata e non possiamo neppure constatare cosa voglia fare concretamente questa istituzione "Regione" per ridurre a questo proposito le nostre pene e preoccupazioni.

Per quel che riguarda la difesa e la tutela della democrazia mi permetta che io esponga quanto segue: Bisogna dire che fino ad oggi la Regione non ha fatto a dir il vero nulla per proteggere entro i suoi confini chissà quanto le minoranze in genere. Devo ad esempio constatare che per quel che riguarda i ladini la Regione, però anche la Provincia di Trento, hanno creato meno misure di difesa che non ad esempio il Sudtirolo. Constato inoltre che per gli abitanti delle isole linguistiche nella valle del Fersina ed a Luserna non è stato fatto praticamente nulla, fintantochè non si è saputo con certezza che era comunque troppo tardi e sono state create poi, per mettere a tacere la propria coscienza, alcune istituzioni culturali che chiaramente non sono nient'altro che un'insegna senza un significato politico pratico. Le minoranze linguistiche non sono state finora certamente viziate dalla Regione. Vedo ad es. che la lingua ladina anche ufficialmente non è permessa in questa sede. Vedo ad es. che il mio discorso in tedesco viene tradotto in italiano, ma che un discorso in italiano ad es. non viene tradotto in tedesco. Noto che sin dalla guerra, sin da che esiste la Regione, fino a 3 anni fa, nelle Commissioni legislative della Regione si poteva parlare esclusivamente in italiano. Solo grazie ad un'iniziativa del mio gruppo possiamo parlare nelle Commissioni legislative della Regione da 3 anni a questa parte anche in tedesco ed abbiamo un servizio di traduzione. Noto che ad esempio a pagina 1 delle dichiarazioni programmatiche, nel primo capoverso, la traduzione in tedesco è completamente sbagliata ed altera il senso della frase. Così abbiamo constatato un diverbio tra Ferretti e Benedikter, nel senso che Benedikter, il quale probabilmente ha letto il testo tedesco era arrivato ad una conclusione, che è stata controbattuta da Ferretti, - io ritornerò poi ancora su questo punto - entrambi hanno ragione, perchè i testi sono sbagliati. In questo contesto, signor Presidente designato,

la prego di preoccuparsi, affinché le traduzioni vengano fatte in futuro più coscienziosamente di quanto sia stato fatto finora. Noi abbiamo leggi regionali, nelle quali leggiamo nel testo tedesco esattamente il contrario di quanto contenuto nel testo italiano vincolante. Questo è anche il caso delle sue dichiarazioni programmatiche. Poi le leggerò. Ed io credo che noi di lingua tedesca, noi rappresentanti tedeschi qui in Consiglio regionale abbiamo il diritto di poter leggere solo il testo tedesco e grazie a questo di poter giungere allo stesso risultato dei nostri colleghi di lingua italiana che leggono il testo italiano. Se questo non fosse possibile, allora devo dire che bisogna sostituire i traduttori. Ma così non va.

La Regione si prefigge anche come scopo quello di proteggere le peculiarità politiche, quindi anche le minoranze politiche. Qui si pone la domanda, signore e signori, del perché le minoranze politiche debbano essere difese in questa regione. Da chi, chiedo, debbono essere difese? Forse da sé stessi? Oppure non è forse che se devono essere difese, lo devono essere solo nei confronti della maggioranza. Ed è veramente molto strano quando questa maggioranza ci dice di voler difendere le minoranze politiche di fronte alla maggioranza. A questo proposito devo dire: no, grazie! E che non si tratti in questo caso di una papera o di una svista lo si vede anche troppo chiaramente dalle dichiarazioni che ha fatto in questo consesso il portavoce della Democrazia Cristiana, il dott. Remo Ferretti. Io cito solo alcune frasi. Egli ha detto ad esempio: parliamoci chiaro, la democrazia è fatta di cifre e chi ha una concezione così misera della democrazia, in base alla quale quest'ultima consta solo di cifre, di questa persona le minoranze politiche devono avere effettivamente paura. Infatti questa sarebbe una democrazia intesa in senso formale e sostanzialmente svuotata dei suoi significati. Cosa direbbero ad esempio i colleghi della Südtiroler Volkspartei se a Roma si fosse della stessa opinione. Infatti a Roma la Südtiroler Volkspartei rappresenta un partito che ha lo 0,4 per cento dei voti.

Devo citare il collega Ferretti ancora una volta quando dice: rimaniamo ai fatti. Il governo fa politica, i restanti consiglieri qui in Consiglio regionale hanno dopo tutto una funzione puramente rappresentativa. Ebbene come s'immagina ciò il collega Ferretti e con lui la maggioranza, che ci ha presentato questo programma? S'immaginano il Consiglio regionale come un teatro delle marionette, nel quale noi, rappresentanti delle minoranze politiche, siamo le marionette e coloro che sono al governo siedono dietro il sipario chiuso e tirando i fili ci fan

ballare come vogliono. In tal senso non possiamo capire la tutela nei confronti delle minoranze politiche, egregi signore e signori.

Proprio da questo Ferretti è stata sollevata la richiesta che per la candidatura del Segretario questore la minoranza politica può far il nome di un unico candidato, altrimenti lei - la maggioranza - non lo voterebbe. Ma dov'è scritto che questa minoranza politica, che a dir il vero mostra nelle sue file un grande pluralismo, non possa presentare anche più di un candidato della minoranza e che la maggioranza possa scegliere chiaramente tra questi vari candidati? No, signore e signori, finchè verranno espresse simili opinioni in questo consesso non crediamo a quanto contenuto in questo programma di coalizione. Fino ad allora saremo diffidenti e fino ad allora avremo la preoccupazione che le maggioranze cerchino anche in futuro di abusare in questa sede delle minoranze politiche, prendendole in considerazione solo al momento del voto.

Nel programma di coalizione e nelle dichiarazioni leggiamo quale altro importante punto la modifica del diritto elettorale attivo, chiaramente a sfavore delle minoranze politiche. Anche a questo riguardo si può vedere la tutela proposta a favore, tra virgolette, delle minoranze politiche. E non si renda ridicolo nel dire che ciò è necessario perchè altrimenti la stabilità delle istituzioni politiche ne verrebbe minacciata. Dove ci sono, signore e signori, maggioranze più evidenti che non qui nei nostri gradi di latitudine? Se la democrazia è veramente in pericolo, allora non lo è la stabilità politica, ma la scarsità di pluralismo politico. Qui viene messo nuovamente sul tappeto la dispersione dei voti. Non mi faccia ridere! Abbiamo pur tutti una legge regionale sulle elezioni del Consiglio comunale e sappiamo esattamente che è stato avviato in quel caso alla dispersione dei voti con uno strumento molto semplice, ma efficace, ossia coll'istituto del collegamento tra le liste. Ora non si vorrebbe permettere però qui in Regione il collegamento tra le liste, che sarebbe l'unica cosa ragionevole da farsi, per impedire effettivamente eventuali dispersioni di voti. No, si vogliono creare degli altri ostacoli che aumentano il proprio potere ed impediscono il pluralismo politico. Così, lo ripeto ancora una volta, non ci immaginiamo la tutela politica, la tutela delle peculiarità politiche in Regione.

In un altro punto delle dichiarazioni si dice che la Regione Trentino-Südtirol potrebbe essere presentata come esempio d'equilibrio in Europa. Io mi augurerei che fosse così. Ma prego prendete atto del triste fatto che per esempio in una parte della regione, ossia in Sudtirolo,

prima delle ultime elezioni ci siano stati regolarmente degli attentati dinamitardi. Prendete atto, signore e signori, del fatto che Bolzano sia la città più nera d'Europa non parlate a vanvera ignorando la realtà politica. Non desideriamo un tale esempio per l'Europa. Noi desidereremmo bensì una situazione politica nella nostra Regione, in entrambe le Province, che potremmo portare a buon diritto quale esempio per tutta l'Europa. Lei cerca di nascondere o di rendere più bella una realtà politica esistente e per la quale ci sono anche dei responsabili. I responsabili possono essere solo coloro che erano un tempo al potere, e che a dir il vero lo sono nuovamente. Noi constatiamo in particolare in Sudtirolo con grande preoccupazione che in Italia, in particolare dal governo Craxi, si fa forte un acuto neocentralismo dello Stato, che ha inteso la pacifica convivenza come integrazione e fusione culturale. Noi, signore e signori, abbiamo grande paura di questo. Noi pensiamo che la convivenza di diversi gruppi etnici con diverse culture e con tradizioni diverse non debba essere motivo di litigio e di controversie come purtroppo oggi è, bensì questa sarebbe una grande possibilità per tutti noi per un reciproco arricchimento culturale. Sarebbe un importante compito della Regione, ma anche di ognuno di noi, quello di prendere in considerazione questa possibilità, specialmente in campo culturale e qui credo di non dire sicuramente nulla di nuovo al Presidente designato. Io credo che la più grande possibilità per una vera autonomia nella Regione, a Trento ed in Sudtirolo, sia da cercare soprattutto su di un piano culturale. Pertanto io sono dell'idea che alla politica culturale in Regione e nelle due Province spetti un'importanza di prim'ordine prima di tutti gli altri rami della politica. Ma io deploro il fatto che, pur non volendo offendere la persona del Presidente designato, si sia detto veramente molto poco, devo dire, in questo programma di coalizione riguardo la politica culturale.

In un altro punto si dice che la tutela delle minoranze sia un principio civile e politico di grande importanza per ogni forma di vita democratica. Io credo di aver detto chiaramente con questo che nei punti che ho messo in rilevanza il programma sia in grande contraddizione con questa affermazione. In grande contraddizione però anche con la prassi usata sinora e con quel che noi sperimentiamo quotidianamente in questa sede.

Chiusura del pacchetto - ed io riprendo ora brevemente le dichiarazioni e per chiarire il malinteso tra Ferretti e Benedikter leggo entrambi i testi e poi cerco di spiegarne le differenze. Nel testo italiano si dice: "Lo

Statuto speciale per il Trentino -Alto Adige può considerarsi in via di concreta attuazione e rappresentare quindi un punto di arrivo." Nel testo tedesco invece si dice: "Lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige può considerarsi realizzato concretamente e rappresenta con questo un traguardo ed una realtà storica e politica." Per i colleghi italiani - io non so se ciò sia stato tradotto - questo non viene presentato nel testo tedesco come un'ipotesi, ma come un dato di fatto. Si dice: si è raggiunta l'autonomia e non si è nella fase della realizzazione, come è detto nel testo italiano e questa è già una realtà storica e non, come dice in realtà il testo italiano, un'idea di traguardo, verso cui si mira. Io posso capire, come ho detto , sia il collega Benedikter che il collega Ferretti: la traduzione è semplicemente sbagliata e noi abbiamo capito per questo anche in maniera sbagliata ed a me personalmente è anche andato di traverso. Ora ho davanti a me il testo italiano, col quale non posso essere completamente d'accordo, ma comunque lo sono molto di più che non con quello tedesco. Infatti all'effettiva concretizzazione dello Statuto di autonomia, signore e signori, non mancano solo un paio di norme d'attuazione come ad es. nel settore delle finanze, delle circoscrizioni senatoriali ed altre ancora. No, oggi per quanto riguarda il pacchetto non si tratta più in primo luogo di nuovi contenuti, ma si tratta in primo luogo di quanto sia sicuro ciò che è già contenuto nel Pacchetto e si tratta del modo in cui verrà gestito in futuro questo Pacchetto, quando verrà rilasciata la quietanza liberatoria. E' fuori discussione che la democrazia dovrà essere dinamica e che di conseguenza deve essere dinamico anche lo Statuto di autonomia. Ma per me è altrettanto fuori discussione, signor Presidente designato, il fatto che tutto ciò che deve essere cambiato in futuro riguardo al testo concordato del Pacchetto, non lo dovrà sicuramente essere in maniera unilaterale, ma dovrà trovare sempre d'accordo gli uni e gli altri. Me lo lasci dire molto chiaramente ed inequivocabilmente: senza ancoraggio internazionale del Pacchetto non viene garantita, a mio parere, nessuna autonomia in Sudtirolo. Perciò non serve a nulla se Vienna è del parere che le misure del Pacchetto possano essere impugnate davanti alla Corte Internazionale, se il Ministro degli Esteri italiano Giulio Andreotti sottolinei in nome del governo in ogni possibile occasione che lo Statuto di autonomia è, al di là dell'Accordo di Parigi, una questione puramente di politica interna italiana, un qualcosa di più che lo Stato italiano ha regalato alla popolazione sudtirolese per accontentare la Provincia e che per questo

è una questione puramente di politica interna italiana. Così no, signor Ministro Andreotti. Così no, signore e signori del Consiglio regionale. Noi vogliamo essere sicuri, in quanto la storia, anche la storia più recente ci ha insegnato che eccessiva fiducia sarebbe fuori luogo e che questo sarebbe irresponsabile da un punto di vista politico. Senza la soppressione della facoltà d'indirizzo e coordinamento da parte dello Stato in quelle sfere, in cui le Province ed anche la Regione hanno competenze relative, non ci può essere autonomia in Sudtirolo. Con la scusa della facoltà d'indirizzo e coordinamento si potrebbe infatti in ogni momento revocare o per lo meno invalidare a poco a poco tutte le norme del Pacchetto. Per noi c'è solo questa possibilità: queste due facoltà vanno eliminate. Dobbiamo insistere su di un ancoraggio internazionale del Pacchetto. Qualsiasi politica contraria, che al momento può essere molto moderna, ma non per questo, signore e signori, necessariamente buona, sarebbe mortale per noi sudtirolesi, sarebbe un tragico passo all'indietro all'anno 1946 e sarebbe anche un tradimento nei confronti dei cittadini in buona fede e generalmente troppo poco informati. In quanto se noi sudtirolesi - onorati colleghi della Südtiroler Volkspartei e della Democrazia Cristiana - ci fossimo voluti vendere a Roma, l'avremmo dovuto fare tempo fa. Il prezzo sarebbe stato sempre alto e non avremmo dovuto subire l'inflazione. Non avremmo però anche dovuto pretendere dal nostro popolo per decenni i molti, molti grandi sacrifici, che effettivamente abbiamo preteso e che il nostro popolo ha sopportato con la prospettiva che noi poi riuscissimo ad ottenere qualcosa di meglio. Se noi ora rinunciamo a tutto ciò con una politica rinunciataria divenuta moderna, ci rendiamo allora colpevoli nei confronti di tutti coloro a cui abbiamo detto che devono fare dei sacrifici, affinché noi possiamo poi ottenere qualcosa di meglio.

Permetta che io dica ora anche qualche parola in merito al sistema bancario ed in particolare in merito alle Casse Rurali. Affinchè non sorgano malintesi, voglio anticipare che io stesso sono uno dei membri fondatori di una delle più grandi Casse Rurali del Sudtirolo e sono come sempre convinto che le Casse Rurali sono indispensabili e che rendono un grande servizio alla popolazione. Quel che noi dobbiamo però fare da un punto di vista delle competenze della Regione - noi abbiamo solo competenze secondarie - è la creazione di condizioni di base razionali, in particolare in vista del 1992. Ma noi dovremmo ben guardarci dal creare privilegi ingiusti a favore di determinati istituti bancari. Ciò non gioverebbe

probabilmente a lungo andare a questi istituti bancari, ma li danneggerebbe soltanto, perchè probabilmente per ragioni di stato verrebbero loro tolte a poco a poco quelle agevolazioni, di cui oggi effettivamente godono. Non ci sarà, penso, nel 1992 un settore che dovrà subire cambiamenti così radicali, come il sistema bancario nella nostra Regione. Per la Regione c'è solo una possibilità di creare condizioni di base favorevoli per le nostre banche locali, senza dover chiudere. Per le banche ci sono due possibilità. O lavorare insieme e rimanere autonome oppure diventare delle appendici senza importanza di grossi gruppi bancari internazionali. Il cooperativismo, un chiaro sì all'incremento, però un altrettanto chiaro no ai tentativi dittatoriali venuti alla luce negli ultimi anni all'interno di diverse cooperative. Noi abbiamo bisogno di entrambe le cose: il libero scambio e le cooperative, affinché nessuno possa raggiungere da solo un monopolio a danno della parte in questione. Nel testo in tedesco delle dichiarazioni programmatiche c'è scritto: per quel che riguarda il cooperativismo si deve raggiungere - i traduttori mi perdoneranno, c'è scritto però così - un effetto sinergico in favore delle nostre popolazioni. Questo fine settimana mi sono dato pena di cercare questo concetto, però non posso trovare nessuna spiegazione per questo effetto sinergico, che abbia un senso in questo contesto, ma il signor Presidente designato mi spiegherà poi probabilmente durante la replica cosa ha inteso con questo.

I grandi complessi economici devono venir incentivati con mezzi pubblici ed anche a questo proposito non c'è nulla da obiettare, se - e lo dico molto chiaramente - non si cerca con questo di incrementare e di favorire questi complessi economici chiaramente a danno delle iniziative private ed individuali. In quanto noi non dovremmo giungere ad una politica, che in parte abbiamo già oggi, in base alla quale i complessi economici vengono favoriti ovunque e fanno - per così dire - la parte del leone, mentre le iniziative individuali ne vengono molto sfavorite, anche se devono fornire d'altra parte gli alimenti di prima necessità ed i servizi ai consumatori. Così non va che l'uno riceva la carne e l'altro le ossa.

Sono contenute ancora una serie di dichiarazioni, sulle quali non mi voglio soffermare a lungo. Sono di regola, come del resto tutto il programma, dichiarazioni molto vaghe che toccano diversi settori. Così ad esempio riguardo al Servizio sanitario provinciale, dove non viene fatta neppure una sola concreta proposta di soluzione. Politica familiare: a questo proposito la collega Franzelin ha detto anche a mio avviso qualcosa d'importante, ad ogni

modo con la piccola differenza che io ho detto le stesse cose 10 anni prima o più precisamente 12 o 13 anni prima della collega Franzelin ed allora ero stato presentato sul giornale "Volksbote" come politicamente imprevedibile. Io l'ho detto appunto 13 anni prima e questo è successo già altre volte. Nel Medioevo si faceva alle belle donne il processo alle streghe. Oggi per fortuna siamo contenti che ci siano delle belle donne e non vogliamo stregarle ed eliminarle con processi.

Per quel che riguarda il giudice di pace - una istituzione che nell'attuale burocratizzazione della società dovrebbe guadagnare e guadagnerà anche in futuro d'importanza - non sono state neppure fatte delle dichiarazioni concrete in merito alla riforma, sempre che non si vogliano fare dei corsi di perfezionamento. Ma qui, signore e signori, signor Presidente designato, non si tratta solo di corsi di perfezionamento. Qui si tratta di un cambiamento in parte fondamentale dell'istituto giuridico del giudice di pace, affinché questo possa venir adattato alle effettive esigenze ed alle circostanze attuali. È sorprendente come un concetto così moderno quale tutela dell'ambiente sia stato trattato tanto poco in questo programma. A questo proposito la Regione dovrebbe fare qualcosa d'importante. Alludo in questo caso ad esempio all'Isarco, al traffico di transito, agli aeroporti, alla stazione doganale ecc.

Mi lasci prendere brevemente posizione solo su due dei problemi ancora trattati, prima che giunga al termine del mio discorso: l'Accordino ed il Catasto fondiario. L'Accordino deve essere migliorato. Sarebbe veramente ora, anche se è - in vista del 1992 - già anacronistico, in quanto si tende sì, passando sopra all'Accordino, a complessi economici più importanti e ad accordi nell'Europa Unita, dalla quale non si potrà escludere con certezza a lungo andare la Repubblica austriaca. Solo il fatto che la Repubblica austriaca oggi svolga già il 67 per cento del volume complessivo del commercio estero all'interno della CEE, dovrebbe indicare in realtà in quale direzione si andrà in futuro. Sarebbe certamente necessaria - e si sarebbe già dovuto averla fatta molti anni fa - un'attualizzazione, come si dice testualmente, dell'Accordino in alcuni settori. Se io ad es. penso a quel settore, col quale ho giornalmente a che fare - l'importazione di tessili - mi permetta che Le dica, signor Presidente, che in base all'Accordino non importo da molti anni né dal Vorarlberg, né dal Nordtirolo. E questo per un semplice motivo o meglio per due motivi. In primo luogo l'Accordino è molto più burocratico che non la via

normale ed in secondo luogo la via normale è molto più vantaggiosa per quel che riguarda la dogana che non l'Accordino. Mi deve spiegare quindi il senso di un Accordino, per lo meno per quel che riguarda questo settore.

In merito al Libro fondiario ed al Catasto, due istituzioni delle quali a ragione andiamo fieri e che ci sono invidiate da molti, per lo meno per quel che riguarda il Libro fondiario, sono dell'opinione che questi due settori debbano venir in futuro modernizzati e razionalizzati. E io credo che la Regione faccia a questo proposito un passo ragionevole nella giusta direzione. Mi permetta di dire in ogni modo che da un punto di vista del Sudtirolo - ed io non desidero a questo proposito fare certamente della politica campanilistica - sarebbe assolutamente necessario dotare sia gli uffici del Catasto che quelli del Libro fondiario con equal numero di impiegati. Attualmente la situazione è tale, per cui in Sudtirolo viene assunto molto meno personale ed io ho saputo che in alcuni uffici a Trento ne viene assunto troppo. A questo proposito deve aver luogo una compensazione razionale nell'interesse dei cittadini. Non si può tollerare ulteriormente che a Trento ed in altri luoghi, come detto, sia stato assunto addirittura troppo personale, mentre noi in Sudtirolo dobbiamo lamentare una crescente mancanza di personale.

Concludo riassumendo. Riassumendo desidero constatare che questa istituzione "Regione" ha scarsa importanza e che noi non vogliamo nessun cambiamento politico a questo proposito ai sensi dell'accordo De Gasperi-Gruber. Non intendiamo la Regione quale custode e garante delle autonomie provinciali del Sudtirolo e di Trento. Lo Statuto d'autonomia potrà entrare pienamente in vigore, solo quando verranno eliminati gli ostacoli principali della facoltà d'indirizzo e di coordinamento. Non ci può essere nessuna quietanza liberatoria senza un ancoraggio internazionale del Pacchetto. Fino a quel momento si deve continuare a trattare. La realtà politica rimane sino a quel momento una autonomia parziale provvisoria. Per l'efficace difesa delle minoranze di qualsiasi natura la Regione ne deve addurre prima la prova. Nel programma di coalizione sono contenuti molti buoni propositi, ma purtroppo per lo più formulati in maniera poco concreta. Io conosco e giudico il Presidente designato, il collega Andreolli, come una persona capace ed anche molto solerte.

Il mancato consenso della FPS alla sua candidatura non tocca quindi la sua persona, ma il

programma di coalizione col quale si deve presentare. Noi staremo a vedere e poi valuteremo. In base alle nostre cognizioni attuali ed in base all'esperienza non ci vediamo in condizione di approvare questo programma. Ci farà però veramente molto piacere, signor Presidente designato, collega Andreolli, se in base alla politica che verrà attuata dalla Giunta regionale potremmo rivedere la nostra opinione attuale. Molte grazie!)

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Rella. Ne ha facoltà.

RELLA: Grazie, signor Presidente. Volevo partire dalla considerazione che la Regione sta affrontando questo sua decima legislatura in una fase nuova, ma innanzitutto devo constatare che, data l'assenza giustificata del Presidente della Giunta provinciale di Trento, quella non giustificata del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano e risultando assenti fino a poco fa tutti e tre i capigruppo della maggioranza, i Vicepresidenti della Giunta provinciale di Bolzano e pure il Vicepresidente della Giunta provinciale di Trento, diventa difficile cogliere la qualità, la portata della fase nuova.

Tuttavia credo che ci siano tre elementi che costituiscono la novità di questa fase: l'incontro storico tra le Province di Trento e Bolzano, le nuove dotazioni finanziarie che sono state assegnate alla Regione e un nuovo livello contemporaneo di attacco nazionale alle autonomie speciali, vasto, consistente e che riguarda gli stessi partiti della maggioranza governativa nelle Regioni e al Governo nazionale. Rispetto a queste tre questioni nuove devo francamente rilevare che il programma che viene sottoposto all'aula è un programma ripetitivo, piatto e che intende, in quanto ripetitivo, riproporre l'esperienza di cinque anni appena trascorsi, che si sono rivelati sicuramente senza gloria e senza onore e che non lasciano una virgola di segno nella memoria dell'esperienza della Regione autonoma Trentino-Alto Adige.

Credo sia anche difficile cogliere il segno della presenza del nuovo partner nella coalizione di maggioranza, per quanto attiene al programma che ci è stato prospettato. Tuttavia noi Partito comunista vorremmo cogliere il segno positivo di una svolta, che in modo consistente viene espressa dai banchi del SVP, dai suoi interventi in aula, che in questa sede hanno riproposto le diverse anime che muovono la vita del SVP in Alto Adige e verso la Regione. Si è avvertito quasi un senso liberatorio nel SVP da un vivace confronto, talora da uno scontro dialettico e da

diverse prospettazioni politiche, un senso liberatorio rispetto a posizioni ataviche e ostiche nei confronti della Regione. Di fronte a questa svolta del SVP, la cui portata la misureremo in base ai comportamenti concreti, ritengo che tutte le forze che hanno condiviso lo Statuto di autonomia e per il quale hanno votato in Parlamento, siano anche qui dentro chiamate ad un impegno, anche nuovo, al fine di promuovere e saper cogliere il forte progresso che si è avvertito tra le dichiarazioni di 5 anni fa del cons. Achmüller, a nome degli Arbeitnehmer, che aveva posto una serie di paletti invalicabili alle funzioni della Regione, sia per quanto riguarda quella che egli chiamava la politica estera, sia i confini che riguardano le competenze esclusive delle Province, e la spinta del collega Frasnelli, che la settimana scorsa è intervenuto invece in questa sede aprendo non i confini nei confronti della Provincia, ma una sollecitazione all'attivazione piena delle funzioni della Regione, accompagnata anche da avvincenti esortazioni relativamente al Tirolo del nord, del sud, dell'est, dell'ovest e al Trentino, per i quali in questa vasta area sviluppare azioni comuni.

La nostra domanda è questa: come vanno lette queste aperture del SVP, che rappresentano una vera e propria svolta rispetto all'angustia e al continuismo dell'accordo programmatico che ci viene sottoposto? Qual è la credibilità dell'uno e dell'altro e le prospettive di realizzazione di questa spinta innovativa e di rafforzamento della funzione della Regione? E come è praticabile un nuovo processo per la Regione, se non si supera la logica ferrea e imperante che ha caratterizzato questi decenni di spartizione delle aree di potere e di influenza tra la DC a Trento e la SVP a Bolzano, in una rigida regola che rispondeva al principio di non disturbare il reciproco campo di influenza e di controllo?

Ci si è resi conto dell'indebolimento e della pericolosità della situazione delle tre autonomie speciali, di fronte a una contestazione crescente ed esasperata, in particolare nei confronti delle rigidità della politica altoatesina, che ha visto una crescente ed esasperata contestazione sia interna che esterna. Ci si rende conto che se cala ancora la popolazione italiana in Alto Adige, che è già ridotta a condizioni preoccupanti, frutto non tanto del rifiuto del posto di lavoro, ma di una serie di problemi reali ai quali guarda con attenzione la stessa SVP, c'è un rischio di saldatura tra la tensione nazionale di forze retrive, contrarie all'autonomia speciale e il Movimento Sociale, non solo altoatesino, che non rinuncia alla contestazione non solo delle norme del pacchetto, ma

dello stesso Statuto di autonomia speciale.

E qui siamo tutti in discussione, ci si rende conto di questo rischio e della insostenibilità delle chiusure, anche culturali, nel momento in cui siamo in presenza di una grande fase di ripensamenti mondiali, sulla politica e sui rapporti internazionali, sulla individuazione della dimensione planetaria dei problemi, dei rapporti economici, dei fenomeni e delle prospettive dell'umanità e nel momento in cui, andando verso l'unificazione europea, si affronta un processo di superamento dei confini, che non per questo riduce la valenza, anzi esalta la valorizzazione delle identità regionali. Ci si rende conto inoltre della problematicità della situazione che si determinerebbe nel momento in cui l'Austria, che è ancora oggi uno stato neutrale soggetto a una norma internazionale, unica nel suo genere, non entrasse nell'Europa legata alla NATO, ingresso che noi auspichiamo, ma che pare trovare nuove e crescenti difficoltà interne e internazionali. Quindi nella fattispecie verrebbe a crearsi una condizione nuova, diversa da quella dell'oggi, che porrebbe dei problemi, rispetto ai quali bisogna prepararsi.

Sono queste le ragioni della svolta? In questo caso, cogliendo peraltro le sollecitazioni e i pronunciamenti di queste settimane, riteniamo che si debba parlare di svolta storica, di fatto di un'autocritica rispetto ad una politica tradizionale, svolta rilevata in quest'aula sull'affermazione del collega Peterlini sulla necessità di riscoprire e potenziare una comunanza storica da valorizzare nella dimensione regionale, oppure nella dichiarazione di Frasnelli sulla esigenza di riscoprire e valorizzare il legame storico che va al di là della cultura tedesca, della comunanza di problemi, della esigenza di allargare gli orizzonti, di lavorare insieme e far valere di più le competenze, oppure nell'intervento del cons. Pahl, che nel sottolineare la funzione della Regione ha assunto un tono diverso, non casuale.

Nessuna forza politica e nessuno di noi individualmente crede alle folgorazioni, nè alla capacità scardinante dei richiami delle sirene, proprio per questo la nostra valutazione vuole essere prudente, positiva, in attesa di fatti concreti e non per questo vogliamo rinunciare a sottolineare che vi sono questi fatti nuovi, positivi e che un processo, al quale vogliamo concorrere, è stato avviato.

Non sarà il giorno dopo, non sarà il "Day after", collega Benedikter, rispetto al quale io mi permetto qui di fare delle affermazioni che forse non sono pertinenti col

dibattito che stiamo facendo, ma a tal proposito ritengo che, se debbono essere sottolineate delle responsabilità nella rigidità politica tenuta nei confronti dei problemi che oggi stiamo affrontando con tono diverso, vada anche riconosciuta una sua azione di forte incisività, di grande importanza per la realizzazione delle condizioni delle autonomie speciali, non solo dell'Alto Adige, ma del Trentino-Alto Adige. Non si tratta solo di meriti che riguardano - come ho letto dall'autorevole giudizio di un direttore di un giornale regionale - la capacità di moderna gestione del territorio e dell'ambiente, ma di una questione che sta di fronte agli occhi di tutti, non è molto difficile valutarla, vederla, secondo me sarà importante valutarla anche dal punto di vista dei risvolti sociali, considerando per esempio che mentre in Trentino abbiamo una quantità notevole di volumi edilizi inutilizzati, questo non esiste in Alto Adige, ma contemporaneamente pesano nelle realtà periferiche dell'Alto Adige altri problemi di carattere civile e culturale. Dal mio punto di vista al collega Benedikter vanno comunque riconosciuti grandi meriti, che secondo me sarebbe non solo ingiusto, ma sbagliato, sottovalutare per quel che riguarda oltre i privilegi, anche le caratteristiche avanzate dell'autonomia speciale, contemporaneamente a una serie di responsabilità.

Non sarà quindi il "Day after", nè si avrà immediatamente la sepoltura del "Los von Trient".

Vorrei chiedere inoltre al collega Benedikter se non è vero che è datato il rischio che le norme del pacchetto non vengano pienamente riconosciute come parte integrante dell'accordo di Parigi. Non è una questione nuova, è sempre stato così e del resto credo che sarebbe difficile potesse essere diversamente, nel momento in cui molte norme sono state concordate tra Governo e SVP, con una serie di forzature che provocheranno degli esiti involutivi sul piano giuridico o il rischio della incostituzionalità, che pesa sulla rigida norma della lingua nei Tribunali, sulla rigidità della proporzionale, sulla questione aperta del censimento etnico, così come la questione dell'indirizzo e del coordinamento dello Stato, che, con le differenze particolari che riguardano le autonomie speciali, non è però solo una problematica dell'Alto Adige o del Trentino-Alto Adige, ma riguardano l'intero sistema delle autonomie locali. Si tratta quindi di una questione di democrazia e di decentramento dello Stato, sulla quale, signor Presidente, vanno coinvolti pure il Consiglio regionale, i due Consigli provinciali, non soltanto le Giunte, ci deve veder scendere in campo

battagliando tutti, questione rispetto alla quale cogliamo come segno significativo importante quello della decisione di assegnare alla Corte dei conti una funzione, che impropriamente e illegittimamente si era autoattribuito il Governo nazionale.

Ma la questione del neocentralismo del Governo nazionale, cui ha fatto riferimento un momento fa anche il collega Meraner, è propria di quel pentapartito, per il quale voi, maggioranza, avete votato a favore, non noi, per cui voi rappresentate politicamente quelle posizioni!

Per questi motivi ritengo - e lo riprenderò in chiusura - che in questa sede non ci si deve lavare la bocca, ma sono necessarie anche coerenza e senso di responsabilità. La battaglia contro il neocentralismo governativo rappresenta quindi un processo percorribile, un'azione che non vede il Governo isolato in particolare per quanto riguarda i contrasti esistenti nei confronti delle regioni a Statuto speciale. A tal proposito ritengo appunto di buon auspicio la decisione, in merito alla quale potremmo promuovere delle iniziative, eventualmente già giovedì prossimo, della Corte costituzionale, che dichiarando illegittimo l'annullamento straordinario degli atti amministrativi, afferma il diritto autonomistico delle regioni, attribuisce il controllo agli strumenti comuni giurisdizionali e l'impugnazione attraverso conflitti di competenza, sui quali dovremmo avere maggiore coraggio. Si tratta quindi di un significativo passo contro l'abuso centralistico, esercitato sotto la motivazione della funzione di indirizzo e coordinamento del Governo.

Ribadisco, è una battaglia che possiamo promuovere sul piano politico, con impegno anche coinvolgendo i Consigli regionale in primo luogo, e provinciale. La Giunta regionale non rappresenta la somma delle due Giunte provinciali, mentre il Consiglio regionale è la somma dei due Consigli provinciali, per cui è in questa sede che va attivata la battaglia nei confronti dello Stato e sulle ragioni che ci sono comuni.

Il nuovo corso del SVP rappresenta secondo noi un fatto reale ed è nostra intenzione spingere affinché si proceda in questa direzione. L'incontro delle due Giunte provinciali e dei due Vescovi rappresenta un fatto storico; da considerare è pure il vasto schieramento che si sta definendo su nuove posizioni. Infatti di fronte ad un'iniziativa politicamente offensiva per ragioni di nuova interdipendenza dei problemi, per cui i fenomeni sociali e ambientali, che caratterizzano l'intero territorio regionale, superano anche i confini nazionali, ma anche di fronte a una nuova sfida che deriva da progetti

interregionali, che riguardano la regione italiana del nord-est, l'asse trasversale internazionale delle grandi infrastrutture e che caratterizza interi progetti economici interregionali e di valenze internazionali ed alla nuova sfida proveniente da altre aree forti, per esempio quelle del nord-ovest, non possiamo rimanere inerti, nè rinchiuderci nella dimensione provinciale. Nessuno ci aspetta, nessuno ci lascia fare impunemente.

In Provincia di Trento, in Provincia di Bolzano, in Regione siamo travolti da una opulenza fittizia, derivante da una assistenza dello Stato per molti aspetti eccessiva, che non contestiamo, siamo per la definizione dei rapporti finanziari con lo Stato, così come è previsto nel disegno di legge 1163 all'esame della Commissione della Camera, però ci troviamo, ripeto, in una condizione politicamente asfittica. Altrove, nelle regioni a noi vicine invece vi è un'effervescenza grande, progettuale, che non ci spetta, verso le grandi realtà e le prospettive dell'oriente e verso le grandi prospettive del nord, della Comunità europea; quindi le grandi strategie e le grandi economie si sviluppano altrove, non in questa nostra regione. Allora la questione non sopporta nè chiusure localistiche, nè isolazionistiche e la partita va giocata insieme, Trentino e Alto Adige, Province e Regione, guardando al nord e guardando al sud-est immediato, italiano in particolare, mi riferisco alle Regioni Veneto, Friuli-Venezia Giulia e al progetto che si va delineando per i rapporti con la grande area metropolitana milanese e l'est europeo.

Concorrono inoltre altri fenomeni a determinare una nuova stagione per la nostra Regione. L'Austria sta dimostrando una nuova attenzione verso l'Italia, non soltanto nei confronti dell'economia turistica, ma si riscontra anche una sempre più vasta attenzione dei settori economici austriaci, dall'esplosione del fenomeno di partecipazione alle iniziative, ai corsi italiani nell'Università di Innsbruck, alle recenti importanti sollecitazioni di Jankowitsch, l'ex ministro degli esteri che, è un amico non nuovo del SVP, ma che spinge per una politica nuova in Alto Adige, questione che come Regione ci riguarda direttamente.

Credo che bisogna essere conseguenti e senza forzature a questi segnali, a queste aperture, a queste dichiarazioni fatte in queste settimane in quest'aula e che leggiamo quotidianamente, ma certo non con la piatezza spaventata e rinunciataria di questo accordo, che, secondo me, va dichiarato anemico, accordo programmatico rinunciatario. Va messo nel conto che abbiamo da giocare sì

e no quattro anni decisivi, perché non sarà eterno il privilegio finanziario, il debito dello Stato comincia a porre in modo pressante il suo conto, obbligherà un ripensamento anche per quanto riguarda i rapporti finanziari con lo Stato e oggi abbiamo 4, 5 anni di scommessa davanti, da giocare tutta, adesso, subito, per le grandi infrastrutture e per i grandi progetti che si faranno nella valutazione, secondo noi ora o mai più, della nostra autonomia. Colleghi, a tal proposito siamo passati da 75 miliardi di bilancio esasperatamente insufficiente, a 270 miliardi in prospettiva, cioè la dotazione finanziaria si è moltiplicata di 4 volte, è aumentata del 400% e siamo in presenza di un progetto-programma per la Regione, che da 5 anni viene rinviato di anno in anno, che è stato rinviato nell'anno 1988, a questa nuova legislatura, con l'auspicio di una maggiore dotazione, ed ora ci troviamo di fronte la proposta di una nuova Giunta, che presenta un progetto invariato da 75 miliardi, non da 275.

Non riprendo nel dettaglio questioni che sono state ampiamente e con precisione già trattate dal collega Marzari, però vorrei sottolineare alcune osservazioni nel merito delle competenze regionali, cogliendo peraltro la sollecitazione di Frasnelli, che noi abbiamo già espresso più volte in questa sede, di valorizzare le competenze che già abbiamo, in particolare sulle questioni sociali.

Vi sono situazioni residue e situazioni nuove di povertà e di bisogni. Per quanto riguarda la convenzione con lo Stato per le questioni e le funzioni dell'assistenza e della previdenza, problematica che è stata rinviata, ma sulla quale sono stati svolti degli studi, a nostro avviso può trovare iniziativa attiva della Regione, non solo sul piano amministrativo, anche con nuove previdenze e con nuovi provvedimenti.

Più decisione, più coraggio deve essere dimostrato sulla questione della cooperazione e del credito, che rappresentano la grande sfida del 1992, lo ha affermato anche il cons. Meraner. In merito al progetto del catasto, considerate alcune affermazioni di qualche collega che evidentemente non ha avuto occasione di conoscere il progetto nel merito e seguirne la sua fase lentamente evolutiva, debbo rilevare che si tratta di un progetto avanzato, interessante, uno dei più moderni che sono oggi in campo, però va realizzato, non siamo più in presenza del ritardo di assegnazione da parte dello Stato, come avveniva fino a ieri, per la realizzazione di questo progetto, che prevedeva tempi di esecuzione abbastanza lunghi e finanziamenti centellinati da parte del Governo. In questo momento abbiamo la possibilità di investire in questo campo

una cifra consistente e realizzare in tempi rapidi il progetto. E' una questione molto importante per molte ragioni, per il diritto dei cittadini di poter usufruire di un efficiente servizio in questo settore, che tocca annualmente ogni famiglia, ma anche perché le due Province e la Regione avranno ancorato il gettito finanziario a quello tributario, per cui è importantissimo anche il ruolo del catasto e del fondiario. Si tratta quindi nella fattispecie di un settore rispetto al quale è necessario essere più precisi nella proposta e nella scelta di arrivare in tempi più accelerati alla realizzazione di questo importante progetto.

La questione ordinamentale. Se c'è una funzione che assume un notevole significato per la Regione è quella ordinamentale, è una funzione vera, piena, importante che può precedere le riforme nazionali; è chiaro che è una funzione che va esercitata nel rispetto dell'indirizzo del quadro nazionale, già abbiamo anticipato più volte lo Stato, sappiamo che lo Stato in questo settore è grandemente responsabile di ritardi, ma anche noi stiamo rinviando di anno in anno certe questioni.

Ho letto almeno tre volte, prima in veste di amministratore locale e successivamente come consigliere regionale, e sentito ripetere eternamente gli stessi progetti e gli stessi propositi per quel che riguarda le autonomie, così come sono ripetuti in questo accordo programmatico. E' una sorta di presa in giro su una questione importante non solo per la sperimentazione che possiamo esercitare in quanto autonomia speciale, precedendo lo Stato, ma quella che possiamo realizzare è una iniziativa di democrazia sostanziale e avanzata. Teniamo conto colleghi che qui e solo in Trentino-Alto Adige non sono ancora efficaci le norme dettate 12 anni fa dalla legge di decentramento dello Stato, decreto 616 e legge 382, solo in Trentino-Alto Adige si riscontra un notevole ritardo pari a quello del TAR, nell'applicazione delle norme di decentramento dello Stato.

Credo debba essere rilevata una certa responsabilità in tal senso, sottolineata anche da altri, tanta è l'insofferenza di queste nostre Province autonome e Regione nei confronti della intromissione dello Stato sulle decisioni, sulle leggi e le azioni amministrative che noi compiamo, tanta è l'insofferenza, la rabbia degli amministratori locali nei confronti della interferenza, invadenza, prepotenza e ingiustificata intromissione delle Province autonome nei confronti delle autonomie locali, dell'esigenza di valorizzare le tradizioni storiche, la forte capacità e ricchezza di esperienza nell'autogoverno

locale. E' una scelta importante e credo che una funzione così rilevante - non se la prenda il compagno Romano, che secondo alcune voci di corridoio dovrebbe essere il destinatario di tale funzione ed è noto per esperienza in altri settori, non certamente in quello delle autonomie locali - che considero la principale tra quelle riservate alla Regione, dovrebbe essere esercitata in prima persona dal Presidente della Giunta regionale o almeno un esponente del maggior partito della Regione. La soluzione non può essere raggiunta con una scelta di rinvio.

So che non si offende il collega Romano, infatti non è in discussione la sua persona, ma qual è la credibilità del raggiungimento di un obiettivo e di un risultato in questo settore con la scelta che oggi si fa, con la resistenza che sappiamo essere sempre stata esercitata, quasi quasi una sorta di veto incrociato anche in questo settore, tra le due forze maggiori della Regione Trentino-Alto Adige. A tal proposito ritengo sia necessaria maggiore chiarezza, no ad un incarico di comodo, no a soluzioni residuali.

Sulla questione della barriera elettorale già si è soffermato il collega Marzari, diciamo che è necessaria estrema prudenza e attenzione. Rileviamo infatti alcune dichiarazioni sparate, l'affermazione asciutta, che è identica a quella prevista nell'accordo programmatico di due anni fa, rispetto alla quale con i colleghi Langer, Tonelli ed altri abbiamo fatto ostruzionismo in Commissione, sulla imminente modifica del sistema elettorale per i consigli comunali, ma si tratta di un'iniziativa delicatissima e la nostra realtà del Trentino-Alto Adige è una realtà particolare, composita, delicata. Forse il collega Benedikter stavolta, nella sua nuova collocazione politica che si avverte dalla stampa - non so se avrà conseguenze concrete - potrebbe trovarsi nelle condizioni di dover condividere con noi l'ostruzionismo a quella proposta, che ieri era anche sua e di tutto il gruppo del SVP. Grande attenzione e grande prudenza sono doverose, perché qui non siamo nè di fronte alle elezioni regionali, nè di fronte alle elezioni europee, ma alla particolarità anche politica del Trentino-Alto Adige.

Comunque, signor Presidente candidato, sulla questione della riforma elettorale è coinvolto l'intero Consiglio regionale, tutte le forze politiche, non si tratta di un patto di maggioranza, ma di una questione di valenza generale, che tocca le libertà e i diritti fondamentali del cittadino.

E' inoltre necessaria la rivalutazione del ruolo

del Consiglio regionale. La problematica relativa al disegno di legge sulla definizione dei rapporti finanziari con lo Stato tornerà in quest'aula, sulla quale sia il Consiglio regionale che i Consigli provinciali, dovranno esprimere il proprio parere, in quanto trattasi nella fattispecie della modifica di 10 articoli dello statuto di autonomia, modificabili con legge ordinaria e non costituzionale, quindi è un'iniziativa che non può essere delegata ai governi di Roma e di Trento.

In merito a questo aspetto, colleghi, ognuno si assuma le proprie responsabilità, anche coloro che fanno resistenza alla espressione dei pareri da parte del Consiglio regionale e provinciali di fronte ad una norma che è in attesa del visto della Commissione della Camera, ora in sede referente, e sappiamo qual è il rischio di una dilatazione dei tempi, rispetto a questa norma delicata, probabilmente la più incisiva sulla vita dell'autonomia speciale, che rischia di trovarsi di fronte ad una nuova crisi di Governo, magari subito dopo le europee. Quindi ad ognuno le proprie responsabilità.

Mi soffermo a questo punto sulla questione dei collegi senatoriali. Per qualche aspetto sono anche contento che non sia presente il collega Ferretti, con la sua arroganza e la sua scarsa sensibilità politica verso gli altri gruppi politici, per altri aspetti mi spiace che non ci sia perché sarebbe bene ragionare su tale questione, che pure va risolta a livello di Consiglio regionale e non delegata alla decisione del Governo, come è scritto nell'accordo programmatico. No, è una questione che ci riguarda tutti e da questo punto di vista, siccome è chiaro che una modifica dei collegi senatoriali, così come proposta dal disegno di legge, va solo nell'interesse dei due maggiori partiti e tende di conseguenza a far saltare la presenza senatoriale di una forza di minoranza e di opposizione qui dentro, chi vi dà il diritto di pensare di far votare in un modo la popolazione trentina e poi di far eleggere un senatore diverso da quello che era stato votato. Ma voi credete davvero che la popolazione della valle di Non starebbe zitta di fronte all'ipotesi di soppressione del collegio senatoriale? Vota per qualcuno e si trova eletto un altro! Ma vi pare questo il rispetto che si può dare all'espressione di voto della popolazione, che è uno dei diritti fondamentali?! Se la DC vuole un senatore in Alto Adige adotti il sistema che il PCI sta seguendo ormai da tre legislature, noi abbiamo eletto Mascagni in una legislatura con i voti di Rovereto, successivamente abbiamo riletto Mascagni sempre a Rovereto ed in tal modo pure Bertoldi, per cui la DC, essendo un partito

interetnico che ha il senso della Regione, candidati in Trentino un altoatesino, per una ragione di correttezza nei confronti della popolazione, che andrebbe ad esprimere un voto che viene rispettato.

Su queste questioni delicate, fondamentali il PCI, se non ha peso in Trentino, ce l'ha a Roma e lo farà valere tutto, non pensate di giocare su queste questioni e non pensate che la gente accetti tranquillamente questi colpi di mano. Se la DC ha conflitti interni li risolva in modo corretto.

La questione della Corte d'Appello, che è pure delicata ed è stata liquidata in modo abbastanza arrogante, va affrontata con senso di responsabilità e non con colpi di mano, non c'è forse un problema oggi di adeguamento e di rafforzamento della Corte d'Appello di Trento, per funzioni che le sono ancora temporaneamente assegnate, in attesa magari della realizzazione della sede staccata, ma anche per quanto riguarda la sua permanenza? E' vero o no che la Corte d'Appello rischia, nel momento in cui viene istituita la sede staccata, di scomparire dal Trentino ed essere aggregata a Venezia? Siamo in presenza di una serie di atti e tentativi governativi tendenti a sopprimere la presenza di servizi statali nella provincia di Trento, ne abbiamo visti moltissimi e poche volte siamo riusciti ad opporci in modo deciso. Allora non è una questione che va affrontata settorialmente, non ci sono soluzioni che possono essere viste all'interno di questa problematica soltanto con l'occhio ad una realtà, ma complessivamente.

Vorremmo che su queste cose si sentisse anche il peso del nuovo partner politico di questa Giunta regionale, non con questo vorremmo suscitare polemiche o reazioni offese; talvolta pare di muoversi tra i cristalli di Boemia, tanta è l'attenzione che bisogna avere a non suscitare reazioni ed offese ingiustificate.

Francamente ci pare di dover sottolineare come siano poco dignitose, poco credibili, poco convincenti le posizioni di veto incrociato. Nel momento in cui il PSI sottoscrive un accordo programmatico politico con la SVP, non un accordo etnico, con quale credibilità oppone un veto nei confronti del PATT a un accordo politico? La nostra non è un'osservazione a favore del partito popolare trentino tirolese, ma una considerazione politica che deve essere fatta. Sono soltanto ragioni di potere che determinano un accordo programmatico, un accordo di maggioranza o ci sono ragioni politiche? Allora queste siano coerenti e si facciano sentire nel contenuto dell'accordo programmatico e nella coerenza dei comportamenti.

Come vede, signor Presidente candidato e signori

della maggioranza, tutti in quest'aula hanno parlato d'altro piuttosto che sui contenuti delle dichiarazioni del Presidente e nel merito dell'accordo programmatico. Del resto come poteva essere diversamente, tenuto conto che tutti hanno convenuto sulla debolezza, sulla piattezza delle dichiarazioni del Presidente candidato e dei contenuti dell'accordo programmatico; una debolezza programmatica che si accompagna ad una scelta residuale di uomini, giustificata dalle sistemazioni da effettuare nell'ambito delle due Province all'interno dei singoli partiti.

Finora la Giunta regionale è stata conosciuta solo come una Giunta a titolo etnico, in questi ultimi 10 anni sostanzialmente come un obbligo statutario, le proposte ed il metodo sono quelli di sempre e sono in contraddizione con il nuovo dibattito, con le aperture e dichiarazioni che sono state espresse in questa sede, di cui noi abbiamo preso nota e che per certi versi sono perfino sospette, accompagnate da una calata di fendenti da parte del gruppo del SVP sulle posizioni, che sono state fino a un anno fa condivise da tutto il gruppo, così pesanti che ci creano giusta, motivata prudenza e anche sospetto.

Crediamo che sulla Regione non si possa giocare, non è la palestra in cui ognuno si lava le proprie colpe e proprio per questa ragione saremo più vigilanti e comunque attivi, convinti, disponibili a compiere passi in avanti, convinti che tutte le forze dello Statuto debbano essere chiamate a decidere sulle questioni fondamentali, organiche che incidono sui diritti generali della collettività, sullo sviluppo del ruolo della Regione, senza che questa vada a invadere le funzioni che sono proprie della Provincia.

E' proprio con queste convinzioni e per queste ragioni, che dichiariamo il nostro parere negativo sui concreti contenuti della soluzione programmatica, che è stata data a questa nuova decima legislatura, e sulla composizione residuale che è stata riservata alla Regione. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter. Le ricordo che lei dispone di 8 minuti.

BENEDIKTER: ...Ja, und dann noch 10 Minuten für die Stimmabgabeerklärung.

In den Zeitungen der letzten Tage ist gemeldet worden, daß durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 229 vom 21. April die staatliche Koordinierungsbefugnis einen Teil ihrer Gefährlichkeit für unsere Autonomie

verloren habe. Das stimmt nicht. Das Urteil hebt die Annullierungsbefugnis für die Verwaltungsakte aller Regionen durch den Ministerrat auf. Diese Annullierungsbefugnis hat mit der Koordinierungsbefugnis nichts zu tun. Das hat sogar der Staatsanwalt in der öffentlichen Verhandlung am 8. Februar festgestellt, während er auf die Koordinierungsbefugnis nicht weiter einging, weil sie, wie er sagte, ein vom Gerichtshof in beständiger Rechtssprechung endgültig systemiertes Sachgebiet sei. Sie, also die Annullierungsbefugnis, besteht seit eh und je gegenüber den Normalprovinzen und Gemeinden, ist jedoch, wie der Gerichtshof festgestellt hat, mit der verfassungsrechtlich geregelten, mit Gesetzgebung ausgestatteten Autonomie der Regionen im allgemeinen nicht vereinbar. Die Koordinierungsbefugnis hingegen ist 1975 mit Gesetz 382 nur für die Normalregionen eingeführt worden, jedoch schon durch ein Gesetz vom 12. August 1977, Nr. 675 über die Koordinierung der Industriepolitik ausdrücklich auch auf die autonomen Provinzen ausgedehnt worden. Es folgten das Dekret des Ministerpräsidenten vom 11. März 1980 über jegliche Werbe- und Förderungstätigkeit im Ausland, dann das Fremdenverkehrsrahmengesetz 1983, ein Industrieförderungsgesetz 1983, Wohnbaugesetze 1985 und 1986, aufgrund derer bisher 21 Milliarden an die Gemeinde Bozen gegangen sind, womit jeweils der Staat an die Stelle der Provinz tritt, bzw. jegliche Verwaltungstätigkeit der Genehmigung Roms unterworfen wird. Bekanntlich waren die Industrieförderung und der Volkswohnbau die wirksamsten Werkzeuge der Italienisierung unter Mussolini... und der Staat hat jetzt anstelle der Provinz in den 50er Jahren selbständig Volkswohnbaupolitik betrieben und damit die Zuwanderung wesentlich gefördert.

Das Urteil befaßt sich nicht mit der Koordinierungsbefugnis. Diese ist auch ohne Annullierungsbefugnis der ihr widersprechenden Verwaltungsakte wirksam abgesichert. Kein Landesgesetz tritt in Kraft, kein Ausschlußbeschluß wird vom Rechnungshof registriert, wenn die Koordinierungsrichtlinien nicht eingehalten werden. Dazu ist der Sichtvermerk der Regierung für die Gesetze und die Gesetzmäßigkeitskontrolle des Rechnungshofes da. Ein jüngstes Beispiel, was die Koordinierungsbefugnis für uns bedeutet, ist das Gesetzdekret vom 25. März 1989 Nr. 111 über die Reorganisation des Sanitätsdienstes. Darin werden neue Grundsätze für die Reform der Sanitätsreform festgesetzt, welche die sekundären Gesetzgebung der Provinzen binden, und darüberhinaus können mit Koordinierungsakt der

Regierung, also mit Verwaltungsakt der Regierung, Richtlinien über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, die Ernennung deren Mitglieder, die Befugnisse desselben, die Verteilung der Mittel zwischen den Sanitätseinheiten, die Ernennung des Generaldirektors, die Zusammensetzung des Revisorenkollegiums, erlassen werden. Da bleibt von der primären Gesetzgebungsgewalt der Region über die Ordnung der einschlägigen Körperschaften nur mehr eine Durchführungsverordnung übrig.

Ich mache Schluß. Der Verfassungsgerichtshof hat in dreißig Urteilen uns gegenüber entschieden, daß diese Koordinierungsbefugnis, obwohl nicht ausdrücklich vorgesehen, fest in der Verfassung verankert sei, während die Gutachten, sowohl des Innsbrucker als auch des Washingtoner Völkerrechtsinstitutes darin eine einwandfreie Verletzung des Pariser Vertrages sehen, was allerdings voraussetzt, daß die Paketautonomie völkerrechtlich verankert sei.

(...Sì, e poi altri dieci minuti per la dichiarazione di voto.

Secondo le notizie stampa di questi ultimi giorni, con la sentenza n. 229 pronunciata dalla Corte Costituzionale il 21 aprile scorso il potere statale di indirizzo e coordinamento avrebbe perso parte della sua pericolosità per la nostra autonomia: ebbene, questo non è vero. La sentenza dichiara incostituzionale la facoltà di annullamento esercitata dal Consiglio dei Ministri nei confronti degli atti amministrativi delle Regioni in generale, ma questa facoltà di annullamento non ha nulla a che vedere con la facoltà di indirizzo e coordinamento. L'ha affermato persino il pubblico ministero nell'udienza dell'8 febbraio, mentre non si è addentrato ulteriormente sulla facoltà di indirizzo e coordinamento essendo essa, come egli stesso ha affermato, una materia definitivamente sistemata da una lunga e costante linea giurisprudenziale della Corte. La facoltà di annullamento esiste da sempre nei confronti dei comuni e delle province non autonome; essa però, come ha affermato la stessa Corte, non è compatibile con l'autonomia delle regioni in generale, autonomia che è disciplinata a livello costituzionale e dotata di proprie facoltà legislative. La facoltà di indirizzo e coordinamento è stata introdotta invece nel 1975 con la legge n. 382 per le regioni a statuto ordinario, e già con la legge 12 agosto 1977 n. 675 sul coordinamento della politica industriale essa è stata estesa espressamente anche alle province autonome. Vi hanno fatto seguito il decreto del Presidente del Consiglio dei

Ministri dell'11 maggio 1980 sulle attività promozionali all'estero, poi la legge-quadro sul turismo del 1983, una legge dello stesso anno sugli incentivi alla produzione industriale, le leggi sull'edilizia abitativa del 1985 e 1986, in base alle quali sono entrati finora nelle casse del comune di Bolzano ben 21 miliardi e lo Stato subentra al posto della Provincia, ossia qualsiasi attività amministrativa è soggetta all'approvazione di Roma. E' noto che la politica di incentivazione industriale e l'edilizia abitativa furono gli strumenti più efficaci dell'italianizzazione sotto Mussolini... e negli anni '50 lo Stato ha portato avanti per proprio conto, al posto della Provincia, una politica di edilizia abitativa che ha notevolmente favorito l'immigrazione.

La sentenza non si occupa della facoltà di indirizzo e coordinamento, che rimane garantita anche senza il supporto della facoltà di annullamento degli atti amministrativi con essa contrastanti. Nessuna legge provinciale può entrare in vigore, nessuna delibera di Giunta viene registrata alla Corte dei conti se non vengono osservate le direttive di coordinamento emanate dal Governo: a questo servono il visto governativo sulle leggi e il controllo di legittimità esercitato dalla Corte dei conti. Un esempio recente di che cosa esattamente significhi per noi la facoltà di indirizzo e coordinamento è dato dal decreto legge 25 marzo 1989 n. 111 sulla riorganizzazione del servizio sanitario. Questo decreto legge stabilisce una serie di nuovi principi di riforma della riforma sanitaria che vincolano la facoltà legislativa secondaria delle Province, ed inoltre con atto di coordinamento, cioè con atto amministrativo, il Governo può emanare direttive riguardanti la composizione del consiglio di amministrazione, la nomina dei componenti e le competenze di detto consiglio, la ripartizione dei fondi tra le USL, la nomina del direttore generale, la composizione del collegio dei revisori. In pratica la competenza legislativa primaria della Regione in materia di ordinamento dei relativi enti si riduce all'emanazione di semplici regolamenti di esecuzione.

Concludo. La Corte costituzionale ha stabilito in ben trenta sentenze che questa facoltà di indirizzo e coordinamento, benché non esplicitamente menzionata, è tuttavia sancita nella nostra Costituzione, mentre i pareri elaborati sia dall'Istituto di diritto internazionale di Innsbruck che da quello di Washington vi ravvisano un'eclatante violazione dell'Accordo di Parigi, ciò che tuttavia presuppone una tutela internazionale della nostra autonomia.)

PRESIDENTE: Nessun altro consigliere è iscritto a parlare, ritengo pertanto chiusa la discussione sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato e concedo la parola al cons. Andreolli per la replica.

ANDREOLLI: Signor Presidente, signore e signori consiglieri, l'ampio ed articolato dibattito sulle dichiarazioni programmatiche testimonia che il Consiglio è stato il luogo di un qualificato confronto politico.

Ringrazio tutti i consiglieri intervenuti ed i partiti politici che rappresentano per l'attenzione prestata e mi scuso se il mio intervento non richiamerà le considerazioni e le valutazioni di ciascuno.

Se il ritardo con cui è stato raggiunto l'accordo di alleanza per la presente legislatura è stato sotto molti profili eccessivo - e nelle dichiarazioni sono state già indicate prospettive di soluzione a questo problema che investe purtroppo gran parte delle operazioni politiche nel nostro paese - posso dire che esso è almeno servito a recepire una situazione in mutamento che riguarda la nostra regione, di cui appunto il dibattito è stato espressione.

Per questo motivo vorrei affermare con forza che il primo obiettivo della Giunta che sono stato designato a presiedere sarà quello di mantenere alta e vivace la capacità di discussione e di riflessione di questo Consiglio, che dovrà riprendere a svolgere il ruolo di un'alta camera di trattazione dei grandi problemi dell'autonomia.

Voglio ora indicare quali sono i principali di questi problemi, seguendo anche le utili indicazioni che sono pervenute dagli interventi dei colleghi consiglieri nel corso del dibattito.

Il richiamo forse più elevato è venuto al problema della pace. Si sa che questo è l'obiettivo finale, anche se spesso taciuto, di ogni politica. La politica è sorta e si è affermata proprio come tecnica di raggiungimento e mantenimento della pace. Condizione imprescindibile di ciò è però di comprendere con rapidità e seguire con determinazione l'evolversi delle condizioni di vita delle comunità interessate. Nel nostro caso è inutile dire che l'ambito di riferimento obbligato è l'Europa. Non è solo la scadenza ormai prossima del 1993 e la prospettiva ravvicinata di un'unificazione nell'ambito dei paesi della CEE a cui mi riferisco.

Le grandi modificazioni in corso nella stessa Europa orientale, ma ancor più i progressivi adeguamenti che ne derivano nella fascia centrale dell'Europa,

prefigurano un quadro politico completamente diverso da quello in cui siamo abituati a vivere da mezzo secolo. E' necessario che il Trentino-Alto Adige colga la direzione di questa tendenza e l'accompagni, non già per esercitare competenze di politica estera che certamente non gli competono, ma per interpretare con occhio attento alla storia le fasi ulteriori della propria crescita.

Se dunque è all'integrazione europea che bisogna guardare con particolare attenzione, non si potrà trascurare l'ipotesi che, nei nuovi rapporti fra l'Unione Sovietica ed Occidente, all'Europa possa toccare un ruolo sempre più neutrale. Ciò varrà forse, in particolare per quella fascia centrale dell'Europa a cui prima accennavo in cui già fin d'ora esistono paesi importanti, quali ad esempio l'Austria e la Svizzera, che della neutralità fanno la loro bandiera. Non è un caso che il Trentino-Alto Adige costituisca, nell'ambito dell'arco alpino centrale, il terzo polo di quest'area: sarà dunque necessario che rispetto ad essa noi sappiamo calcolare le mosse della nostra strategia futura.

Restando in ambito internazionale, ma venendo a problemi più concreti, che riguardano più da vicino il tema dell'autonomia, non possiamo dimenticare che il cammino pur lungo e importante finora compiuto su questo terreno, anche grazie all'impegno dello Stato italiano, non potrà che concludersi con il rilascio, da parte dello Stato austriaco della quietanza liberatoria. E' nostro auspicio che ciò possa avvenire presto.

Sarà dunque impegno pregiudiziale del governo regionale di porsi come strumento reale e operativo di difesa e di garanzia dell'autonomia, secondo un principio più moderno ed articolato che preveda piani e livelli diversi di azione. Nessuna rivendicazione, perciò, di quelle competenze provinciali che sono ormai e fortunatamente la base primaria dell'autonomia speciale vigente nel nostro territorio, ma coraggio e fantasia per scoprire ed attuare nuovi spazi di realizzazione di quel principio, verso forme di convivenza sempre più rispettose delle diversità e convincenti per il raggiungimento di obiettivi comuni.

Se tutto ciò ha un immediato riflesso sul piano internazionale, quali effetti se ne possono prevedere sul piano interno, che è quello autentico di esercizio della competenza di questo ente?

Vengono in primo piano i rapporti con lo Stato italiano. E' in questo contesto, infatti che l'autonomia trentino-sudtirolese ha il suo significato più concreto, sancito anche sul piano giuridico positivo.

Al riconoscimento verso lo Stato italiano per i grandi passi compiuti e alla più leale collaborazione perché i risultati raggiunti siano mantenuti e si possa presto giungere alla conclusione anche formale del processo di autonomia, dovrà accompagnarsi anche un'attenzione precisa e privilegiata contro le ricorrenti tentazioni di centralismo che, anche in uno Stato come il nostro, tra i più liberali d'Europa, non vengono mai meno.

E' importante qui rilevare che i nostri sforzi per contrastare tali orientamenti hanno trovato finalmente, almeno parzialmente, il sostegno da parte degli organi giurisdizionali più elevati del nostro paese.

Venendo a livelli ancora maggiori di concretezza, mi pare che, nell'ambito della valorizzazione e della difesa delle competenze provinciali, la Regione possa fare di più rispetto alla necessaria applicazione del principio di autonomia anche verso il basso. L'autonomia è infatti una modalità di organizzazione politica che non tocca soltanto i rapporti istituzionali con lo Stato, ma che incide direttamente anche sulle procedure più semplici della stessa vita associata.

I grandi principi della solidarietà e della convivenza che stanno alla base di una ben intesa autonomia, possono ora essere concretizzati in prospettive nuove, adeguate alla crescente complessità dei bisogni sociali.

Grazie anche ai grandi successi ottenuti nella determinazione del quadro di riferimento istituzionale dell'autonomia speciale, è forse ora possibile puntare oltre alla difesa verticale delle minoranze etnico-linguistiche e culturali - difesa che resta l'obiettivo specifico della garanzia statutaria - per impostare anche una difesa orizzontale, o se si preferisce trasversale delle minoranze, con particolare attenzione alle nuove e sempre più inquietanti emergenze di tipo sociale, attenzione che sarà possibile attuare anche sulla base di una adeguata disponibilità finanziaria.

Da questo punto di vista è sembrata interessante la proposta di creare a livello regionale un istituto per il credito e la cooperazione, che andrebbe a toccare aspetti rilevanti della tradizione storica di questa terra. Ma nella stessa direzione va evidentemente anche il problema dell'assistenza e della famiglia, su cui, anche a livello nazionale ed internazionale, si stanno acquisendo risultati di comprensione e di intervento sempre maggiore.

Ma tutto questo non sarebbe possibile senza interventi ancora più concreti e preliminari di razionalizzazione anche istituzionale nel tessuto

organizzativo della nostra autonomia. Per questo motivo la Regione, nell'ambito delle sue competenze, presterà attenzione ad ogni sforzo, compiuto anche a livelli provinciali, di porre mano ad un riordino degli spazi e delle competenze degli enti minori di autonomia, a partire da quelli comunali.

Come prima dicevo, infatti, non deve essere mai abbandonato l'aureo principio secondo cui la grande autonomia non deve in nessun modo sacrificare quella piccola, perché anzi è proprio grazie a quest'ultima che essa può sussistere. Ma le piccole autonomie possono a loro volta sopravvivere solo in un contesto moderno, che ne valorizzi la presenza e il ruolo. Non è sufficiente dotare di maggiore autonomia finanziaria i comuni, se non si è, nel contempo, capaci di dotare gli stessi di strumenti d'azione adeguati.

Se è lecito introdurre qui questo discorso, che riprende un punto significativo dell'accordo di coalizione, vorrei dire che è nella stessa logica di razionalizzazione che va collocato e discusso il problema della cosiddetta soglia elettorale.

Siamo consapevoli che esso presenta contraddizioni che andranno accuratamente meditate, ma non possiamo trascurare il fatto che l'obiettivo di una maggiore trasparenza e maggiore efficacia della stessa funzione rappresentativa, come pure di quella decisionale, deve e può trovare anche nel nostro paese, in parallelo con le esperienze già vigenti nelle democrazie più avanzate, soluzioni moderne.

Richiamandomi ancora all'accordo di coalizione e alle forze politiche che lo hanno voluto, intendo qui segnalare due apporti significativi:

- la novità della presenza del PSI che dà un segno di omogeneità fra il governo regionale e quello delle due Province;
- i nuovi fermenti e le nuove sensibilità che la SVP ha espresso.

I rappresentanti della SVP, in particolare, hanno sottolineato non solamente un clima di novità, ma hanno riconosciuto che l'assetto autonomistico ha raggiunto un tale livello di garanzia da rendere superato il "Los von Trient" per sostituirlo con il "Mit Trient"; anzi, tali garanzie giustificano come possibile il "friedliches Zusammenleben" - la pacifica convivenza - di tutte le componenti etniche e linguistiche regionali entro le condizioni di tutela e di rispetto offerte dal pacchetto.

Per i trentini sono state richiamate le molteplici comunanze storiche e culturali con il grande

Tirol, nella sua natura transnazionale e mistilingue. Ai trentini indubbiamente va anche detto che devono riscoprire il ruolo ed il senso della Regione come uno dei luoghi forti dell'autonomia: luogo ove la convivenza delle diversità e delle identità si salda nell'azione politica solidale.

Ai sudtirolesi di lingua tedesca va dato atto di aver contribuito, con un'azione anche dialettica, a costruire questo momento nel quale le autonomie provinciali fanno da fondamento per una cultura autonomistica comune che è l'autonomia regionale. Se essa vuole essere vera e completa, deve estendersi a tutti i gruppi etnici e linguistici del nostro territorio e penetrare anche nelle aree che di questo territorio sono la naturale continuità.

In tale concezione della cultura autonomistica, ai cittadini di lingua italiana di Bolzano ed ai ladini del Trentino va rinnovata l'assicurazione che l'autonomia come tutela e rispetto delle identità varrà anche per loro ed in maniera sostanziale.

Colgo l'occasione qui per esprimere un riconoscimento alla Giunta uscente ed al suo Presidente Gianni Bazzanella per l'impegno profuso. Va detto, in proposito, che l'accordo e le dichiarazioni vanno per molte parti nel segno della continuità. Richiamo in particolare l'attività della Giunta per promuovere la legge n. 10/88 sull'Europa, il disegno di legge sull'ordinamento dei comuni, l'impegno del Presidente nei confronti del Governo centrale per le ultime norme di attuazione, impegno comune a quello dei due Presidenti delle Province.

Nel segno di questa continuità, sono convinto che il futuro governo regionale utilizzerà i risultati delle conferenze, che nel corso della IX legislatura hanno approfondito settori vitali della vita socio-economica locale.

Signor Presidente, signore e signori consiglieri, nelle dichiarazioni abbiamo inteso mettere in evidenza, a più riprese, il ruolo specifico e nuovo della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige alla vigilia della chiusura del pacchetto.

Tengo a ribadire che il senso del concetto, secondo il quale la Regione abbandona definitivamente qualsiasi tendenza a considerarsi una sorta di Provincia autonoma mancata, sta nella convinzione, del resto convalidata da più interventi, che siamo di fronte alla chiusura di un periodo e all'apertura di un altro. Questa nuova stagione, iniziata con la revisione costituzionale, che ha portato allo Statuto del 1972, si sta realizzando con il varo delle ultime norme di attuazione o legislative.

In questo momento la Regione assume così una particolare valenza politica perché le componenti etnico-linguistiche, in altri termini, le genti di questa terra, si stanno convincendo che le autonomie conducono verso un sentire ed un agire comune.

Il clima e l'atteggiamento positivo espresso da recenti avvenimenti e dallo stesso Consiglio nei riguardi della Regione, avvalorano la nostra scelta che, fra le due ipotesi - quella pessimistica e quella ottimistica - del consigliere Langer, ci vede optare decisamente per quest'ultima, pur senza abdicare ad un necessario realismo.

La positività e la proficuità del dibattito hanno posto l'accento sulla continuità storica e sulla capacità che le popolazioni che convivono sul territorio regionale hanno avuto di mantenere i germi di una storia comune.

Se sapremo cogliere e sviluppare gli obiettivi espressi ed avvalorati dal dibattito, potremo dire che, sul piano istituzionale, il compiuto disegno delle autonomie avrà liberato un modello di convivenza rispettoso delle diversità. Le espressioni e le analisi di molti consiglieri come Peterlini, Ferretti, Frasnelli, Pahl, Brugger, Langer e Robol hanno espresso e condiviso questa convinzione e questo obiettivo.

Il richiamo ad un grande Tirolo, che rivive come soggetto politico-culturale interetnico, capace di fare proprie tematiche di interesse ampio e comune, dà la misura del legame storico e delle potenzialità che sono insite nella Regione e nel suo futuro.

Al consigliere Langer va riconosciuto un discorso realistico e chiaro sul senso ed il significato dell'autonomia come strumento di apertura sia politico-istituzionale che culturale. Di questo intervento va apprezzato anche il suggerimento a vigilare affinché le possibili insidie di limitazione o di regressione non mettano a repentaglio la crescita dell'autonomia stessa. E colgo con favore il suo invito per un'attenzione "vigile, sensibile e discreta" quale modalità di agire del governo regionale, ma anche quello diretto a favorire un complesso ma necessario interscambio culturale fra le due Province, pur nel rispetto delle sensibilità e delle identità di ciascuna.

Ho preso atto delle dichiarazioni rese a titolo personale dal consigliere Benedikter, il quale ha mantenuto un atteggiamento politico di riserva nei confronti della linea politica indicata nell'accordo programmatico. Le argomentazioni da lui svolte indicano il travaglio personale nel cogliere i segni di una evoluzione positiva, perché permane in lui la difficoltà ad ammettere uno

spirito di lealtà da parte del Governo e del Parlamento italiano, tale da offrire sufficienti garanzie per il futuro.

Il consigliere Casagrande, cui va dato atto della sincerità di accenti, ha ripreso tre punti emersi come rilevanti nel corso del dibattito e cioè il nuovo ruolo della Regione, l'esigenza della convivenza e la necessità di operare in collaborazione tra Regione e Province per l'affermazione dei valori autonomistici.

Il riferimento al processo di integrazione all'Europa, che ha caratterizzato un po' tutti gli interventi, sottolinea ancora una volta la vocazione europeistica delle nostre popolazioni, coerentemente interpretata dai rappresentanti eletti che siedono in quest'aula.

Al fine di favorire il coinvolgimento delle popolazioni nel dinamismo del processo che, oltre la realizzazione del mercato unico europeo del 1993, dovrà portare all'unità politica, la Giunta regionale attiverà le proprie energie per consentire ai vari corpi sociali di percorrere le vie verso l'Europa, aperte anche con il concorso delle nostre istituzioni autonomistiche.

E' così che si concretizza in favore della gente anche quella microdiplomazia che ha visto impegnate varie istituzioni interregionali con l'obiettivo di giungere a quell'Europa delle Regioni, che trova nel federalismo un fondamentale punto di riferimento politico ed istituzionale.

Al consigliere Marzari - e oggi abbiamo sentito anche l'intervento del cons. Rella - va detto che non possiamo accettare la valutazione sommaria secondo la quale l'accordo di coalizione e le dichiarazioni programmatiche sono una riverniciatura di cose vecchie. Nello stesso suo intervento non mancano, del resto, valutazioni positive, accentuate stamane dal collega Rella.

Crediamo, comunque, che un punto del suo discorso vada ripreso, per confermare che le Province e la Regione non possono non essere coinvolte quando si affrontano modifiche statutarie.

Abbiamo detto nelle dichiarazioni il nostro impegno per difendere ma anche per costruire l'autonomia contro l'indifferentismo. Come? Chiede il cons. Andreotti. Ebbene, costruire l'autonomia ed essere autonomi, significa esplicitare nella cultura e nella prassi il grosso tema della partecipazione alla vita sociale e politica, secondo possibilità sempre più ricche e nuove, in corrispondenza dei mutamenti che intervengono.

In tutte le altre materie, accanto alle

iniziative contenute nell'accordo di coalizione ed esplicitate nelle dichiarazioni, sono venuti suggerimenti ed indicazioni che saranno valutati attentamente prima di predisporre il programma per i singoli esercizi finanziari.

Il consigliere Tonelli ha ritenuto di evidenziare due contraddizioni, l'una fra il rispetto delle minoranze ed il meccanismo di soglia, l'altra all'interno della citazione del Papa nel suo discorso sulle minoranze.

Il senso del discorso sulle minoranze di Giovanni Paolo II, porta a dire che non è possibile disgiungere l'impegno per il "rispetto" da quello della "tutela". Il diritto-dovere delle minoranze all'esistenza, alla preservazione ed allo sviluppo delle proprie esigenze fondamentali e delle proprie identità, è l'elemento chiarificatore. Solo sulla base di questo diritto-dovere si può parlare di convivenza fra maggioranza e minoranza.

Il messaggio del Papa è di natura etico-politica; tale messaggio intende affermare che anche per le minoranze la stagione dei diritti non può essere disgiunta da quella dei doveri. Se l'etica della convivenza garantisce ogni identità etnico-linguistica, ogni minoranza è altresì chiamata a valutare le proprie rivendicazioni al fine di rendere la convivenza possibile e positiva.

In una simile prospettiva non vi possono essere maggioranze prevaricatrici. A fronte di questa concezione, intesa a porre le minoranze su di un piano di tutela che fonda e garantisce il rispetto delle stesse, vi è la dialettica dei partiti; essa obbedisce a dinamiche diverse, fra le quali vi è l'aspirazione legittima di ogni partito a permanere o divenire maggioranza.

Il consigliere Tonelli ha confuso le minoranze etnico-linguistiche con le aggregazioni politiche per le quali lo Statuto non definisce soglie minime per il diritto di rappresentanza nel parlamento regionale.

Uno dei primi problemi che si presenterà alla nuova Giunta sarà di ordine più concreto ed immediato di quelli fin qui elencati e consisterà nel dotarsi di capacità di azione politica adeguata ai nuovi compiti che sono stati individuati nel corso del dibattito e che saranno presto supportati anche da un notevole incremento delle disponibilità finanziarie della Regione.

Si pone perciò in primo luogo, un problema di efficienza, che va affrontato e risolto a partire dagli uffici stessi e dal personale dell'ente Regione.

In questa linea deve proseguire anche l'impegno a perfezionare ulteriormente gli strumenti, già operanti e che ci sono invidiati da tutti. Ciò riguarda, per esplicita competenza, gli aspetti tecnici della catastazione e della

tenuta dei libri fondiari.

E veniamo all'introduzione in catasto della coltura frutteto; la Giunta regionale della IX legislatura ha già deliberato l'introduzione di questa coltura nelle voci catastali, avviando anche un primo lavoro in due comuni del Trentino e dell'Alto Adige. E' da tenere presente che la vigente legislazione prevede analiticamente il procedimento per tale introduzione. E' questo un processo di complessa ed articolata attuazione e solo parzialmente riducibile nei tempi.

La futura Giunta regionale, sulle linee operative già individuate, è impegnata a svolgere e portare a termine la complessa operazione nell'anno corrente per concluderla nel 1990.

Tuttavia sulla base della recente normativa, per le variazioni di coltura, vi è l'obbligo di "autodichiarazione" nella denuncia dei redditi. Ne consegue che, con la denuncia del maggio prossimo, diversamente da quanto finora avvenuto, i cittadini dovranno dichiarare espressamente la coltura agraria in atto e non quella catastalmente iscritta.

Riprendendo ancora i punti programmatici, un accenno particolare merita il settore della cooperazione, richiamato anche stamattina dal collega Meraner.

Anche nel campo della cooperazione "non c'è storia tirolese, senza la storia del Trentino e viceversa" e al collega Taverna voglio dire che la citazione da me fatta è esatta, se la vada a leggere nel libro "Conversazione fra amici", Saturnia, Trento, 1978, pag. 8.

Quest'anno si festeggerà il centenario delle Casse rurali in Alto Adige; l'anno prossimo la cooperazione trentina ricorderà i suoi cento anni di fondazione. A distanza di un secolo la cooperazione non può però limitarsi a contemplare il passato.

Occorre un grosso sforzo di promozione dello spirito cooperativo, che è possibile con la piena attuazione della legge regionale n. 15 del 28 luglio 1988.

La cooperazione, per essere attuale, deve dare risposte anche alle istanze della società di oggi, a quelle che vanno sotto il nome di "nuove povertà".

La nuova legge n. 24 del 22 ottobre 1988 in materia di cooperazione di solidarietà sociale ha, per prima in Italia, meglio definito le cooperative di questo settore, introducendo la categoria delle "cooperative sociali", suddivise a loro volta in "cooperative di solidarietà sociale", "cooperative di produzione e lavoro integrate" e "cooperative di servizi sociali".

Il settore della cooperazione di solidarietà

sociale per anziani, minori, portatori d'handicap, emarginati ha così potuto trovare, nella nostra Regione, un riferimento legislativo certo, che potrebbe essere un esempio anche per il resto del Paese.

La collega consigliere Franzelin si è soffermata su due aspetti delle dichiarazioni programmatiche.

Il primo riguarda i contenuti della politica sociale della Regione, con particolare riferimento alla politica per la famiglia, tematica sulla quale si è espresso anche il consigliere Kaserer.

Desidero richiamare qui gli impegni contenuti nell'Accordo di coalizione che, pur formulati in termini essenziali, fanno riferimento al recente studio portato a termine dalla Commissione di esperti alla fine della scorsa legislatura, nel quale si esaminano approfonditamente le possibilità di intervento della Regione, in particolare in favore della famiglia, anche con riguardo ad esperienze straniere ed in particolare austriache e germaniche.

Il secondo tema toccato dalla consigliere Franzelin è riferito all'Accordino, al suo potenziamento ed al suo rilancio. In questa direzione vi sono stati passi significativi a livello internazionale tendenti ad un suo ripensamento complessivo, nell'ottica delle nuove prospettive del mercato comune europeo, alle quali, almeno per un certo periodo di tempo, l'Austria sarà estranea.

Si tratta in particolare di verificare se, nel contesto dell'Europa 1993 e nel clima di uno spirito di rinnovata collaborazione fra il nord ed il sud del Brennero, attraverso una estensione dell'Accordino al sistema dei servizi relativi ai traffici economici nord-sud, sia possibile ritrovare quella nuova unità operativa che era in definitiva l'obiettivo che si prefiggeva l'accordo preferenziale immaginato, come è noto, da due esponenti politici, Degasperi e Gruber, nati in queste terre.

Nel corso del dibattito è stato sollevato da alcuni consiglieri, in particolare dai consiglieri Benedikter e Frasnelli, il problema relativo alla possibilità per la Regione, in base all'art. 6 dello statuto speciale e alle relative norme di attuazione emanate con DPR n. 58 del 1978, di istituire o agevolare la creazione di istituti previdenziali autonomi con competenza territoriale provinciale.

La soluzione di questo problema non è stata raggiunta nella passata legislatura, nonostante studi approfonditi, stante la complessità della materia; sono infatti emersi complessi problemi di carattere giuridico e di copertura finanziaria.

Tengo ad assicurare che l'importanza del problema sollevato e la sua pregnanza nell'ambito delle competenze regionali, rappresenta per la futura Giunta regionale un impegno preciso di ulteriore verifica, al fine di raggiungere l'obiettivo di determinare un nuovo sistema previdenziale.

Signor Presidente, signore e signori consiglieri, a conclusione di questa intensa tornata di confronto e di dibattito, ritengo doveroso ribadire, le linee fondamentali della nostra azione.

Essa sarà rivolta anzitutto a contribuire alla fase conclusiva e alla più ravvicinata possibile chiusura del Pacchetto.

Nel contempo la Giunta intende inserirsi nel processo di sviluppo globale della nostra società a tutti i livelli, favorendo sia il nuovo spirito di convivenza etnica, sia una costante difesa delle prerogative autonomistiche, che si traducono nel principio dell'autogoverno.

In questo quadro assume particolare rilevanza, anche alla luce delle prime indicazioni che vengono dalla sentenza di questi giorni della Corte costituzionale in materia di funzione di indirizzo e coordinamento, una piena ed irrinunciabile difesa delle prerogative statutarie.

La Giunta regionale farà costante riferimento agli apporti e ai dibattiti consiliari sia per i più rilevanti problemi di carattere regionale, sia per gli indirizzi politico-programmatici della propria azione anche attraverso un uso mirato dell'articolo 35 dello Statuto speciale.

Ribadisco, infine, che per il programma legislativo e per gli impegni finanziari, l'occasione propria - a brevissimo termine - per un adeguato approfondimento, sarà la discussione del bilancio di previsione per l'esercizio in corso, che la Giunta regionale andrà ad approvare in una delle sue prime sedute a causa dell'imminente scadenza dell'esercizio finanziario provvisorio, che è fissata al 30 aprile.

Se presentando in Consiglio le dichiarazioni programmatiche, elaborate sulla base dell'Accordo di coalizione dei partiti che sostengono questa proposta di Giunta regionale, eravamo convinti della responsabilità ed insieme della grandezza del compito che ci avviavamo a assumere, abbiamo avuto dal dibattito una conferma che in Consiglio è viva e profonda la coscienza della grandezza e della centralità del ruolo della Regione nella difesa e nella promozione dell'autonomia.

E' in questa prospettiva, di valorizzazione del

momento anche ideale di ripresa dei temi fondamentali della convivenza, che voglio riprendere, in conclusione, la considerazione con la quale ho aperto questo mio intervento, quella cioè relativa al ruolo centrale, fondamentale di proposta e di dibattito dei grandi temi dell'autonomia, che il Consiglio regionale deve saper svolgere.

L'autonomia è il criterio politico che regge la vita in questa nostra terra. Ciò non per volontà divina o per semplice concessione legislativa, ma in virtù di una storia plurisecolare, che ha visto uomini appartenenti anche a ceppi e a culture diverse agire in comune per assicurarne la crescita, di volta in volta adeguata, alle mutevoli condizioni circostanti.

E' all'impegno di questi stessi uomini, soprattutto delle nuove generazioni, che stanno crescendo in uno spirito di maggiore conoscenza dei problemi e di una loro crescente comprensione in termini internazionali, che bisognerà continuare a fare riferimento, per continuare a restare dentro una storia che altrimenti procederà senza di noi.

E' in questa prospettiva di ampi rapporti ed in una ritrovata concordia che dobbiamo a tutti i costi rinsaldare e sviluppare, che il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige e la Giunta che esso eleggerà dovranno operare. Grazie.

PRESIDENTE: Onorevoli consiglieri, il Regolamento interno prevede dichiarazioni di voto solo per i disegni di legge, ritengo però, seguendo anche una prassi instaurata, che sia opportuno ammettere le dichiarazioni di voto con le stesse modalità previste per i disegni di legge.

Pertanto se qualche consigliere vuole prendere la parola per una breve dichiarazione di voto, ne ha la facoltà.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Den Ausführungen Frasnellis habe ich entnommen: Also nicht Italien könne der Vorwurf gemacht werden, daß es das Paket nicht durchführe, sondern Österreich könne Wortbruch vorgeworfen werden, weil es die Streitbeilegungserklärung nicht abgebe. Das ist eine ganz neue Theorie. Ich habe bisher immer geglaubt, Italien hat sich mit dem Paket zu 137 Maßnahmen verpflichtet, von denen rund ein Dutzend wesentliche Maßnahmen noch nicht durchgeführt sind. Abgesehen von der Koordinierungsbefugnis wissen wir ja, daß das italienische Parlament am 19. Februar 1987 Resolutionen beschlossen hat, wo es sagt, es

soll endlich die Streitbeilegungserklärung von Österreich verlangt werden, damit nachher endlich mit der Revision des Autonomiestatutes angefangen werden kann. Es stellt sich nämlich heraus, daß der bei den Vereinten Nationen noch immer offene Konflikt das einzige völkerrechtliche Druckmittel ist, um Italien zu veranlassen, das Paket echt durchzuführen. Diese Darstellung kommt meiner Ansicht einer Irreführung der Bevölkerung gleich. Ich zitiere nur kurz: Nach der Streitbeilegungserklärung und der Ratifizierung des IGH-Vertrages ist es Österreich verwehrt, jeglichen zu dieser Zeit bestehenden Streit mit Italien über die Erfüllung des Paketes vor den internationalen Gerichtshof oder ein anderes internationales Forum zu bringen. Ich zitiere aus dem amerikanischen Gutachten, das mit dem Innsbrucker Gutachten gleichlautend ist. Da hat es jüngst sogenannte Seminare mit maßgeblichen außenpolitischen Sprechern der Österreichischen Volkspartei und der sozialistischen Partei Österreichs gegeben und ich hatte mir erwartet, daß zu meiner Behauptung Stellung genommen werde, daß die Südtiroler Volkspartei und Österreich de facto auf den Standpunkt verzichtet haben, das Paket sei Erfüllung des Pariser Vertrages und zwar durch die Zustimmung zu den Parlamentsresolutionen vom 28. April und vom 11. Mai vorigen Jahres. Statt dessen hat Jankowitsch gesagt, die beste Garantie für die Durchführung des Pariser Vertrages und des Paketes sei ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Österreich und Italien, also es braucht keine weitere völkerrechtliche Verankerung.

Ich möchte noch präzisieren: Frasnelli hat auch behauptet, die Koordinierungsbefugnis könne ja aufgehoben werden oder abgeschwächt werden, indem der Art. 4 des Autonomiestatutes vorsieht, daß der Schutz der Minderheiten Bestandteil des nationalen Interesses sei. Ich möchte ihn nur an das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 312 vom 18. Oktober 1983 erinnern, wo es heißt, daß das, was im Art. 4 drinsteht, also daß der Schutz der Sprachminderheiten Bestandteil des nationalen Interesses ist, die Gesetzgebung der Region und der Provinzen, nicht jene des Staates bindet, denn der Staat hat ja vor sich den Art. 6 der Verfassung und hat vor sich das Autonomiestatut. Also dem ist bereits durch den Verfassungsgerichtshof widersprochen worden.

Ich möchte noch hinzufügen: Ich habe meine Zweifel, daß die Abschaffung der Koordinierungsbefugnis die Bedingung ist, die in der letzten Landesversammlung gesetzt wurde, es genügt nicht eine weitgehende Abschwächung der Koordinierungsbefugnis und ich möchte hier auf das

hinweisen, was Senator Riz am 1. Februar gemäß Presserundschau erklärt hat: "Riteniamo che la nostra autonomia non possa essere totalmente limitata dal potere di indirizzo e coordinamento". Also man begnügt sich mit einer gewissen Abschwächung und nicht mit der Abschaffung der Koordinierungsbefugnis, die, wie gesagt, sowohl von den Amerikanern als auch von den Innsbruckern als echte schwerwiegende Verletzung des Pariser Vertrages angesehen wird.

Wenn das der Standpunkt Frasnellis ist, wenn dieser Standpunkt der Standpunkt ist, der das Koalitionsabkommen inspiriert hat, dann ist das ein Grund mehr, um nicht für diesen Regionalausschuß zu stimmen.

(Stando a quanto ho capito dalle affermazioni di Frasnelli, non è tanto l'Italia che va accusata di non dare attuazione al Pacchetto, quanto piuttosto l'Austria che non manterrebbe le promesse perché non rilascia la quietanza liberatoria. Questa è una teoria assolutamente nuova! Finora avevo sempre creduto che l'Italia si fosse impegnata con il Pacchetto a realizzare 137 misure, e che circa una dozzina di queste (e sono misure molto importanti) non fossero ancora state realizzate... A prescindere dalla facoltà di indirizzo e coordinamento sappiamo che il Parlamento italiano ha approvato in data 19 febbraio 1987 una risoluzione in cui si afferma che è l'ora di richiedere all'Austria il rilascio della quietanza liberatoria per poter finalmente procedere alla revisione dello Statuto di autonomia. Risulterebbe in sostanza che il conflitto tuttora pendente presso le Nazioni Unite costituisce l'unico strumento di pressione per indurre l'Italia ad attuare veramente il Pacchetto. Ebbene, rappresentare i fatti in questo modo equivale a mio avviso a raggirare la popolazione. Cito brevemente: Dopo il rilascio della quietanza liberatoria e la ratifica dell'accordo per il ricorso alla Corte internazionale dell'Aja l'Austria non potrà più portare davanti alla Corte dell'Aja o ad altro tribunale internazionale qualsiasi vertenza in atto con l'Italia circa l'attuazione del Pacchetto. E' un passo del parere rilasciato dall'istituto americano, che è praticamente uguale a quello elaborato dall'istituto austriaco. Si sono svolti di recente dei seminari di studio cui hanno partecipato eminenti portavoce del Partito popolare e del Partito socialista austriaco esperti in materia di politica estera. Mi sarei aspettato che in quell'occasione qualcuno rispondesse a quanto io avevo affermato, e cioè che la Südtiroler Volkspartei e l'Austria hanno di fatto rinunciato - col voto favorevole alle due

risoluzioni parlamentari del 28 aprile e 11 maggio dello scorso anno - a veder riconosciuto il Pacchetto come parte integrante ed attuativa dell'Accordo di Parigi. Anziché rispondere a questa mia affermazione Jankowitsch ha affermato invece che la miglior garanzia per l'attuazione dell'Accordo di Parigi era un rapporto positivo e di fiducia tra Austria e Italia, ossia non v'era alcun bisogno di una ulteriore tutela del Pacchetto a livello internazionale.

Ancora una precisazione: Frasnelli ha sostenuto che la facoltà di indirizzo e coordinamento può essere in qualche modo "frenata" o mitigata sulla base dell'art. 4 dello Statuto di autonomia secondo il quale la tutela delle minoranze è parte integrante dell'interesse nazionale. Vorrei soltanto ricordare al collega Frasnelli la sentenza della Corte costituzionale n. 312 del 18 ottobre 1983 in cui si afferma che il contenuto dell'art. 4 - il fatto cioè che la tutela delle minoranze rientra nell'interesse nazionale - vincola l'attività legislativa della Regione e delle Province, non quella dello Stato, perché lo Stato ha davanti a sé l'art. 6 della Costituzione e lo Statuto di autonomia. Le affermazioni del collega Frasnelli hanno dunque già trovato smentita per bocca della stessa Corte costituzionale.

Vorrei aggiungere un'ultima cosa: ho i miei dubbi che l'abolizione della facoltà di indirizzo e coordinamento sia davvero la condizione posta dall'ultimo congresso provinciale della SVP, mi sembra piuttosto che ci si voglia accontentare di una generale mitigazione di questa facoltà. Richiamo in proposito una dichiarazione rilasciata, stando alla rassegna stampa, dal senatore Riz in data 1 febbraio: "Riteniamo che la nostra autonomia non possa essere totalmente limitata dal potere di indirizzo e coordinamento". Ci si accontenta quindi di una certa mitigazione e non già dell'abolizione della facoltà di indirizzo e coordinamento che, come ripeto, sia i giuristi americani che austriaci considerano un'autentica e pesante violazione dell'Accordo di Parigi.

Se questa è la posizione di Frasnelli, se questa posizione è quella che ha ispirato l'accordo di coalizione, ciò è un motivo in più per non dare voto favorevole a questa Giunta regionale.)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Langer, Ne ha facoltà.

LANGER: Vielen Dank, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Da ich mit meiner Rede nicht zeitgerecht fertig

geworden bin, möchte ich jetzt unsere Stimmabgabe erklären und zu einigen Punkten telegraphisch Stellung nehmen, die ich vorher nicht erwähnen konnte.

Die Grüne Fraktion wird nicht für diesen Regionalausschuß stimmen, obwohl wir - wie ich gesagt habe - bestimmte neue Signale, die erfolgt sind und die auch von anderen Rednern von Minderheitenfraktionen gewürdigt wurden, zu schätzen wissen. Insofern wissen wir es auch zu schätzen, daß der designierte Präsident einige der Anregungen, die von unserer Seite gekommen sind, in seiner Replik erwähnt hat und versprochen hat, das eine und andere davon aufzunehmen.

Ich hatte zu Beginn meiner Rede auf den Abstand hingewiesen, der zwischen dem großzügigen und wohl gutgemeinten "fumo" und dem relativ geringen "arrosto" dieser Regionalregierung besteht. Wenn wir deswegen nicht für diesen Regionalausschuß stimmen können, dann nicht deshalb, weil wir nicht Koalitionspartner sind oder weil uns kein Amt in dieser Regierung zusteht oder irgendetwas dieser Art, sondern weil wir eben den Eindruck haben, daß neben den großzügigen und, wie ich hoffe, ernstgemeinten Absichtserklärungen dann auch immer dort, wo es konkret um politisch-institutionelle und rechtliche Absichten geht, die sich diese Regionalregierung vornimmt, wir nicht einverstanden sein können. Ich darf ganz telegraphisch die wichtigsten Punkte in Erinnerung rufen.

Erstens: Wir haben vom designierten Präsidenten kein Wort darüber vernommen, wie die Regionalregierung zur Frage steht, ob denn der Regionalrat keine Rolle in der Verabschiedung der neuen Artikel des Autonomiestatuts haben soll. Wir haben bereits seit Monaten in der Fraktionssprecherkonferenz darauf hingewiesen, daß es unserer Meinung nach untragbar ist, daß nur die Regionalregierung im Einvernehmen mit der Zentralregierung die Artikel des Autonomiestatuts abändert, mit denen die Regionalfinanzen geregelt werden. Das kann nicht nur eine Aufgabe der Regionalregierung sein. Das muß auch eine Frage des Regionalrats sein.

Zweitens: Es wurde - ich bin eben auch dazu nicht mehr gekommen - viel über die Frage der Senatswahlkreise gesprochen, auch polemisch. Ich wiederhole, daß wir uns von der Regionalregierung erwarten möchten - aber bisher gibt es kein Signal dafür -, daß eine demokratische Lösung der Senatswahlkreisreform kommt, nämlich drei Wahlkreise für das Trentino, drei Wahlkreise für Südtirol, ein Wahlkreis kann fluktuierend sein, aber ohne jede ethnische Klausel, ohne jede Klausel, weswegen z.B. ein Gewählter zurücktreten müßte, um einem anderen Platz zu machen oder ähnliches.

Also keine ethnische Klausel, sondern demokratisches Wahlrecht.

Ferner: Wir haben keine Zusicherung in Sachen Reform der Volkszählung vernommen. Ich möchte jetzt nicht schon den designierten Präsidenten darauf festnageln, aber ich wiederhole, daß es für uns sehr wesentlich sein wird, daß rechtzeitig vor 1991 die namentliche Aufschreibung aller Bürger nach Sprachgruppen verhindert wird.

Zum Wahlrecht, zur Reform des passiven Wahlrechts und auch mit Gedanken über die Reform des aktiven Wahlrechts - ich darf mich hier auf meine Worte in der Eröffnungssitzung beziehen, als der damaligen Präsident Bazzanella die Wahlergebnisse erläuterte - haben wir auch bis jetzt nur Unverbindliches gehört. Hingegen haben wir von unserem Gesichtspunkt her ungute Absichten in bezug auf Wahlrechtsreform gehört, nämlich eine minderheitenfeindliche Wahlrechtsreform, und in bezug auf eine restriktive Reform der Geschäftsordnung dieses Regionalrates.

Ich könnte noch auf andere Punkte eingehen. Vielleicht eins darf ich noch als Anregung sagen, was ich in meiner Rede eigentlich vorbringen wollte. Ich glaube, daß man es sich in der neuen Phase der Region überlegen müssen und dürfen, ob nicht in Zukunft unserer Region bestimmte Einrichtungen - Herr Präsident und auch Kollegen, die darauf Bezug genommen haben -, die für die ganze Region dasein müssen, die aber auch ein befriedigendes Maß von Zweisprachigkeit garantieren müssen, nicht unbedingt geteilt werden müßten, aber vielleicht in Südtirol ihren Sitz haben sollten. Wir hatten seinerzeit diese Anregung z.B. für das Jugendgericht gegeben. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß es ein Jugendgericht im Trentino und ein Jugendgericht in Südtirol gibt. Es würde vielleicht genügen, daß es ein tatsächlich zweisprachiges Jugendgericht gibt und in diesem Fall wäre es wahrscheinlich sinnvoller, es hätte seinen Sitz in Südtirol. Ähnliche Erörterungen könnte man zu einer Reihe von anderen Institutionen treffen. Es ist uns natürlich klar, daß das jetzt nicht so gedacht sein darf, daß man von Südtirol her dem Trentino irgendetwas wegnehmen möchte. Man wird immer auf den nötigen Ausgleich zwischen den beiden Provinzen bedacht sein müssen. Aber wir möchten nur das eine sagen: der tatsächliche Schutz der deutschen Sprache und des Rechts auf die Muttersprache und auch die größtmögliche Anerkennung der Verwendungsmöglichkeiten für die ladinische Sprache ist nicht nur dadurch zu realisieren, daß man Institutionen trennt und daß Zweisprachigkeit sozusagen nur in der Bozner Außenstelle

möglich ist, sondern das alles wäre auch dadurch herzustellen, daß bestimmte Institutionen, die für die ganze Region zuständig sind, ihren Sitz möglicherweise in Südtirol haben, so wie es umgekehrt auch Institutionen geben kann, die ebenfalls für die ganze Region zuständig sind und ihren Sitz im Trentino haben und die trotzdem zweisprachig funktionieren können. Diesbezüglich ist der Weg der Trennung und der Verdoppelung nicht unbedingt der einzige Weg. Das wollte ich noch hinzufügen.

Zu den politischen, kulturellen und sagen wir ruhig auch reformerischen Absichtserklärungen möchten wir der neuen Regionalregierung Mut, Glück und Erfolg wünschen und in diesem Sinne sehen wir auch als ein kleines positives Signal die Tatsache, daß die bisherige Koalition zwischen Democrazia Cristiana und Südtiroler Volkspartei um etwas erweitert wurde. Wir hoffen, daß es nicht nur um einen neuen Sessel in der Regionalregierung geht, sondern daß darin auch eine gewisse größere qualitative Aufgeschlossenheit zu registrieren sein wird.

Aber es ist nicht so viel, daß wir nun sagen könnten, wir stimmen auch für diese Regionalregierung, weswegen wir also dem neuen designierten Präsidenten und seinen Assessoren unsere Stimme nicht geben werden. Ich danke!

(Grazie, signor Presidente! Colleghe e colleghi! Poiché non avevo potuto concludere il mio precedente intervento nel tempo stabilito, vorrei esporre ora la nostra dichiarazione di voto ed approfittare inoltre per prendere posizione in maniera telegrafica su alcuni punti che non ero riuscito a toccare la volta scorsa.

Il Gruppo Verde non darà il proprio voto a questa Giunta regionale, anche se - come già ho avuto modo di dire - sappiamo apprezzare alcuni nuovi segnali che questa Giunta ha lanciato e che anche altri oratori dei gruppi di minoranza hanno sottolineato. Così come sappiamo apprezzare il fatto che il Presidente designato Andreolli abbia ripreso nella sua replica alcuni degli stimoli avanzati dal nostro gruppo promettendo di far suo questo o quel suggerimento.

All'inizio del mio intervento avevo fatto presente la distanza tra il "fumo", generoso e senz'altro condito di buone intenzioni, e l'"arrosto" alquanto scarso presentato da questa Giunta regionale. Se dunque non possiamo dare il nostro voto a questa Giunta non è certo perché non facciamo parte della coalizione o non abbiamo ricevuto incarichi di governo o altri analoghi motivi, ma semplicemente perché aldilà delle generose e, come spero,

serie dichiarazioni d'intenti espresse da questa Giunta non possiamo dichiararci d'accordo con i concreti intenti politico-istituzionali e giuridici che essa si propone. Mi permetto di richiamare telegraficamente alla memoria i punti più salienti.

Primo: non abbiamo udito alcun accenno, da parte del Presidente designato, sull'atteggiamento della Giunta in merito al ruolo del Consiglio regionale nell'approvazione di nuovi articoli dello Statuto di autonomia. Già mesi or sono avevamo fatto presente in seno alla Conferenza dei Capigruppo che a nostro avviso è semplicemente intollerabile che soltanto la Giunta regionale possa modificare, d'intesa con il Governo centrale, gli articoli dello Statuto che disciplinano le finanze regionali: questo non può essere un compito esclusivo della Giunta, dev'essere una questione che coinvolge anche il Consiglio!

Secondo: si è parlato molto - io non ho avuto il tempo di farlo la volta scorsa - e anche in modo polemico della questione dei collegi senatoriali. Io ribadisco che ci attenderemmo dalla Giunta regionale - ma finora non vi sono stati segnali in questo senso - una riforma dei collegi senatoriali in senso democratico, ossia tre collegi per il Trentino, tre collegi per l'Alto Adige ed un collegio fluttuante ma non vincolato a clausole etniche che prevedano ad esempio che un eletto debba far posto ad un'altra persona o cose del genere. Niente clausole etniche, quindi, bensì un ordinamento elettorale democratico.

Inoltre: non abbiamo avuto nessun tipo di garanzia in materia di censimento. Non vorrei per questo "inchiodare" fin d'ora il Presidente designato ad eventuali impegni, ma ribadisco che per noi sarà fondamentale che prima del 1991 venga impedito il censimento nominale dei cittadini per gruppi linguistici.

Anche sull'ordinamento elettorale, sulla riforma dell'elettorato passivo e su un'eventuale riforma dell'elettorato attivo - faccio riferimento a quanto da me dichiarato in occasione dell'illustrazione dei risultati elettorali da parte dell'ex-Presidente Bazzanella nel corso della seduta inaugurale - abbiamo udito finora solo affermazioni non impegnative. Abbiamo udito invece una serie di intenzioni nient'affatto buone - dal nostro punto di vista - su una possibile riforma dell'ordinamento elettorale in senso ostile alle minoranze e su una riforma in senso restrittivo del regolamento interno di questo Consiglio regionale.

Potrei addentrarmi ancora su alcuni punti. Forse

posso esprimere ancora un suggerimento, che avrei voluto esporre già nel mio intervento precedente. Credo che in questa nuova fase della storia regionale sarà lecito e doveroso chiedersi se in futuro determinate strutture - mi rivolgo al Presidente designato e anche ai colleghi che hanno toccato questo punto - che devono servire tutta la regione ma garantire nel contempo un soddisfacente grado di bilinguismo non possano trovare sede in provincia di Bolzano anziché venir per forza divise. Avevamo a suo tempo espresso questo suggerimento ad esempio per il Tribunale dei Minorenni: non è assolutamente necessario infatti avere un Tribunale dei Minorenni in provincia di Trento e uno in provincia di Bolzano, basterebbe probabilmente avere un solo tribunale effettivamente bilingue, e in questo caso avrebbe forse più senso che fosse dislocato in provincia di Bolzano. Analoghe considerazioni si potrebbero fare su tutta una serie di altre istituzioni. Ci è chiaro, ovviamente, che questi suggerimenti non vanno assolutamente interpretati come se ora si trattasse di "rubare" qualche cosa al Trentino. Sarà sempre e comunque necessario puntare al necessario equilibrio tra le due province. Ma vorremmo dire solo questo: la tutela effettiva della lingua tedesca e del diritto all'uso della madrelingua nonché il più ampio riconoscimento delle possibilità d'uso della lingua ladina non si realizzano soltanto separando le strutture come se il bilinguismo potesse esistere soltanto nella "filiale bolzanina", ma anche facendo sì che determinate istituzioni competenti per l'intero territorio regionale abbiano sede, se possibile, in provincia di Bolzano - così come possono esistere, per converso, altre strutture a competenza regionale che hanno sede in Trentino e garantiscono un perfetto funzionamento bilingue. La strada della separazione e dello sdoppiamento non è per forza di cose l'unica strada possibile: questo mi premeva aggiungere.

Auguriamo alla nuova Giunta regionale coraggio, fortuna e successo nella realizzazione dei suoi intenti politici, culturali e diciamo pure anche riformistici. In questo senso l'allargamento di quella che è sempre stata la coalizione tra i soli partiti DC-SVP ci pare un piccolo segnale positivo. Speriamo che il tutto non si riduca ad una nuova poltrona in Giunta, ma che si possa registrare una maggior apertura qualitativa della coalizione.

Tutto questo non è abbastanza, comunque, per consentirci di dare il nostro voto a questa Giunta regionale, e pertanto non voteremo a favore del nuovo Presidente designato e dei suoi Assessori. Grazie!)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la cons. Klotz. Ne ha

facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Aus der Replik des designierten Präsidenten ist doch das eine und andere jetzt klarer geworden als in seiner Regierungserklärung. So haben wir beispielsweise vernommen, daß die doch eher vage Aussage betreffend eine Sperrklausel zur Zulassung hier im Regionalrat sehr ernst gemeint ist und daß man da ziemlich konkrete Vorstellungen hat. Er hat von, ich zitiere wörtlich: "maggiore efficacia e trasparenza" gesprochen. Nur erhebt sich für uns die Frage, welche Transparenz soll dann zwischen Volkspartei, Democrazia Cristiana, vielleicht noch PSI, kommen? Wer wird dann noch dabei sein? Vielleicht der MSI, vielleicht der PATT? Ist das dann wirklich "maggiore efficacia"? Seit Ihr so sicher, daß dann die Arbeit wirklich effizienter wird oder wer übernimmt dann die sogenannte Rolle der Opposition und der notwendigen geistigen Befruchtung? Seit Ihr Euch da so sicher, daß das so viel besser wäre und daß es der Demokratie in diesem Lande nützen würde? Das zum einen.

Des weiteren habe ich festgestellt, daß man von einer bestimmten Wächterrolle und vom Verständnis eines Aufpassers Region nicht abrücken will. Wir haben noch einmal von der "continuità storica" gehört, vom "legame storico". Wir verstehen ihn aber anders als nur beginnend mit dem Jahr 1919 und da stellt sich für uns schon auch die Frage nach der Relativität solcher Aussagen. Wir gehen darüber hinaus. Sie erinnern sich, daß ich gesagt habe: Jawohl, freundschaftliches Verhältnis, effiziente Zusammenarbeit, aber da, wo es wirklich um freiwilliges Verhältnis geht, dort wo es um gemeinsame Interessen geht, nachdem man eben eine bestimmte Absicht überwunden hat, die immer noch im Integrationsprozeß besteht, wie ihn aber der Staat will, in Südtirol vor allen Dingen und wie ihn leider Gottes ganz konsequent die Democrazia Cristiana mit Andreotti, mit anderen, bis heute klar mitgetragen hat. Das können wir nicht mitmachen. Selbstverständlich wird der Präsident gewählt werden, wird die Regierung gewählt werden, so wie es in den letzten Wochen endgültig mit der Südtiroler Volkspartei, Democrazia Cristiana und wer sonst noch immer dabei gewesen sein mag, ausgehandelt worden ist. Das wird über die Bühne gehen. Aber wer te Herren, wir können unseren aktiven Beitrag dazu nicht leisten. Wir wollen diese Entwicklung in diese Richtung nicht mittragen.

Aus diesem Grunde können wir dieser neuen Regierung und diesem Weg, der sich nun abzeichnet, das Vertrauen nicht aussprechen. Wir werden also nicht dafür stimmen.

Ein abschließendes Wort - gerichtet an die Südtiroler Volkspartei: Sie muß sich wirklich Gedanken machen, ob es für sie wirklich so schmeichelhaft ist oder ob es nicht ein Alarmsignal ist, wenn von seiten der Democrazia Cristiana so viel Lob über die Neuorientierung, über die Öffnung, die man aus den Beiträgen von seiten der Herren der Südtiroler Volkspartei gehört hat, ob das denn wirklich so schmeichelhaft für sie ist. Ich sehe darin ganz klar, daß die Südtiroler Volkspartei diesen Weg, der vom italienischen Staat immer noch gewollt wird, nämlich die Integration mit allen Folgen und das ist letzten Endes die Assimulierung auch in geistig-kultureller Hinsicht, daß sie diesen Weg sehenden Auges beschritten hat, daß sie keinen Zweifel mehr offen läßt an der Zugehörigkeit Südtirols zu Italien, daß sie sich mit der Rücknahme der Annullierungsbefugnis begnügt, daß sie sich aber nicht zu all den anderen Gefahren äußert, eben so, wie sie Dr. Benedikter aufgezeichnet hat, die in der Koordinierungsbefugnis immer noch gegeben sind und vehement gegeben sind, weil die eben gerichtliche Praxis sind, konsolidiert durch so viele Urteile des Verfassungsgerichtshofes. Diesen Weg geht man also sehenden Auges. Man sagt natürlich nichts, sondern tut ganz einfach so, daß das kein Problem sei. Das ist für mich die Bestätigung der italienischen Integrationspolitik.

Ich darf namens der Fraktion Südtirol sagen, daß wir diesen Weg nicht mitgehen können.

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi!) Il presidente designato ha chiarito nella sua replica alcuni punti non del tutto comprensibili della dichiarazione programmatica. Abbiamo per esempio appreso che la vaga formulazione riguardo ad una clausola di sbarramento per l'accesso al Consiglio regionale è un intento molto serio e che si hanno delle idee piuttosto concrete al riguardo. Egli parla - e lo cito letteralmente - di una "maggiore efficacia e trasparenza". Per noi si pone allora la domanda: quale trasparenza ci sarà un domani tra SVP, Democrazia Cristiana e forse PSI? Chi farà allora parte del Consiglio regionale? Forse il MSI, forse il Patt? Si può parlare dunque di "maggiore efficacia"? Avete veramente la certezza che in questo modo il lavoro diventerà più efficiente; chi assumerà il ruolo dell'opposizione e dell'indispensabile contributo spirituale? Siete sicuri che sarebbe un miglioramento e che gioverebbe alla democrazia in questa provincia? Volevo dire solo questo a tal riguardo.

Inoltre ho dovuto constatare che la Regione non

si vuol allontanare da un certo ruolo di sorveglianza e dalla mentalità di controllore. Abbiamo nuovamente sentito parlare di una "continuità storica", di un "legame storico". Noi lo intendiamo in modo diverso da quello esposto, che non inizia solo a partire dal 1919. Quindi ci poniamo la domanda della relatività di simili affermazioni. Noi andiamo oltre. Vorrei ricordare che avevo detto: sì al rapporto amichevole, ad una collaborazione efficiente, ma a condizione che si tratti di un rapporto volontario, di interessi comuni e che si superino certi intenti ancor sempre presenti nel processo di integrazione portato avanti dallo Stato soprattutto nel Sudtirolo e sostenuto purtroppo fino ad oggi in modo perseverante dalla Democrazia Cristiana con Andreotti ed altri. Ciò non lo possiamo accettare. Il Presidente e la Giunta saranno sicuramente eletti secondo la composizione concordata definitivamente tra la Volkspartei, la Democrazia Cristiana e chi altro ha partecipato alle trattative. Ciò avverrà senz'altro. Ma noi, gentili Signori, non possiamo dare il nostro consenso a tale cosa. Non vogliamo sostenere una svolta in una tale direzione.

Per questi motivi non possiamo dare la nostra fiducia alla nuova Giunta e imboccare la strada che si sta delineando. Quindi non le daremo il nostro voto favorevole.

Concludendo vorrei rivolgermi alla Volkspartei: deve riflettere se un tale elogio da parte della Democrazia Cristiana nei confronti del nuovo orientamento, dell'apertura che traspare dagli interventi dei rappresentanti della Volkspartei sia veramente lusinghiero o se non sia piuttosto da intendere come un segnale d'allarme. Per me significa che la Volkspartei persegue consapevolmente una via che lo Stato italiano percorre ancora oggi, cioè l'integrazione con tutte le sue conseguenze e questo significa in fin dei conti un'assimilazione anche dal punto di vista intellettuale e culturale. Essa non lascia più nessun dubbio sull'appartenenza del Sudtirolo all'Italia; si accontenta dell'abrogazione della facoltà di annullamento e non prende in considerazione tutti gli altri pericoli esposti dal dott. Benedikter, pericoli ancora sempre intrinseci nella facoltà di coordinamento presenti in modo rilevante e consolidati da una prassi giudiziaria sulla base di tante sentenze della Corte costituzionale. E si è imboccata questa via ben sapendo quel che si fa. Certamente non si parla di questo, ma ci si comporta come se non costituisca alcun problema. Questo è per me una conferma della politica d'integrazione italiana.

A nome del gruppo Südtirol vorrei dire che non

possiamo condividere questa scelta.)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Frasnelli. Ne ha facoltà.

FRASNELLI: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen!

Die Südtiroler Volkspartei dankt dem designierten Präsidenten für die Aufmerksamkeit, mit der er auf die verschiedenen Aussagen der Abgeordneten unserer Fraktion in seiner Replik eingegangen ist. Dies im Zusammenhang mit Vorschlägen, mit konkreten Überlegungen, in zahlreichen sachpolitischen Bereichen, wie auch in der Frage der Rolle der Region und der Autonomie ganz allgemein. Dabei wurde von unserer Seite unmißverständlich klargelegt, welches die Haltung der Südtiroler Volkspartei etwa zur Frage der völkerrechtlichen Verankerung ist, welches die Bedingungen aus der Sicht der Südtiroler Volkspartei für eine allfällige Empfehlung an unser Vaterland Österreich, eine Streitbeendigungserklärung abzugeben, sind. In diesem Zusammenhang nur ein kleiner Beisatz an die Kollegin Klotz, sie möge sich die Mühe machen, den Text von Rekursen der Südtiroler Landesregierung sorgfältig durchzulesen, dann würde sie hier nicht Aussagen tätigen, wie jene, die wir vor kurzem zu hören bekommen haben. Von den Kollegen der Südtiroler Volkspartei wurde auch ganz klar auf die Gefahren hingewiesen, die sich von einem einseitigen, unberechtigten Abrücken vom Operationskalender ergeben könnten und es werden im Detail die Gründe genannt, die für eine konsequente Durchführung des Operationskalenders unter den klar definierten Bedingungen notwendig sind -Kollege Benedikter.

Nun, werte Damen und Herren! Wir ersuchen den designierten Präsidenten auf dem gemeinsamen vereinbarten Weg mit Entschlossenheit voranzugehen. Die Fraktion der Südtiroler Volkspartei sagt Ja zu einer offenen Konzeption der Region als Brücke in Richtung historisches Tirol, als europäische Region der Zukunft in Richtung gemeinsames Europa. Die Fraktion der Südtiroler Volkspartei sagt klar Nein zu einer Region der Restauration.

Im Sinne dieser Klarstellungen spricht sich die SVP-Fraktion für das Ja zum designierten Präsidenten und seinen Erklärungen aus. Danke!

(Egregio Signor Presidente! Colleghe e colleghi!
La Südtiroler Volkspartei ringrazia il Presidente designato per l'attenzione con la quale ha risposto nella sua replica alle diverse dichiarazioni dei consiglieri del nostro

gruppo. E ciò in relazione a proposte, a riflessioni concrete in diversi ambiti politici, come anche in generale riguardo al problema del ruolo della Regione e dell'autonomia. A questo proposito è stata chiarita inequivocabilmente da parte nostra la posizione della Südtiroler Volkspartei in merito alla questione della tutela internazionale del pacchetto e sono state esposte le condizioni - da un punto di vista della Südtiroler Volkspartei - per un'eventuale raccomandazione all'Austria, nostra patria, di presentare la quietanza liberatoria. In questo contesto voglio fare un piccolo appunto alla collega Klotz, affinché si prenda il disturbo di leggersi accuratamente il testo dei ricorsi della Giunta provinciale di Bolzano per non fare in questa sede delle dichiarazioni come quelle udite poco fa. I colleghi della Südtiroler Volkspartei hanno anche messo in guardia di fronte ai pericoli che potrebbero sorgere in seguito ad uno spostamento unilaterale ed ingiustificato all'interno del calendario operativo e sono stati elencati dettagliatamente i motivi necessari per una realizzazione coerente del calendario operativo in base alle condizioni ben definite - collega Benedikter.

Ora, egregi Signore e Signori, noi invitiamo il Presidente designato a procedere con decisione sulla via concordata assieme. Il gruppo della Südtiroler Volkspartei dice Sì ad una concezione aperta della Regione quale ponte verso un Tirolo storico, quale Regione europea del futuro verso un'Europa unita. Il gruppo della Südtiroler Volkspartei dice un chiaro No ad una "Regione della Restaurazione."

In base a questi chiarimenti il gruppo della SVP dice Sì al Presidente designato ed alle sue dichiarazioni. Grazie!)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Tonelli. Ne ha facoltà.

TONELLI: Molto brevemente per ribadire la nostra posizione.

Devo dire al Presidente designato che non è molto gratificante per lui liquidare posizioni politiche, anziché entrare nel merito delle questioni che vengono sollevate. Si può fare la scelta di non citarle nemmeno, la qual cosa è peraltro legittima, ma non si può scegliere di ridicolizzare le posizioni degli altri, polemizzandole con varie caricature.

Non ho fatto alcuna confusione fra minoranze etnico-linguistiche e minoranze politiche, ho tentato di sviluppare un ragionamento dal nostro punto di vista, senza

alcuna confusione fra questi due aspetti.

Noi di Democrazia Proletaria rimaniamo convinti che nei confronti delle minoranze etniche, linguistiche, ma anche sessuali, religiose, filosofiche viene riscontrata la stessa cultura che l'atteggiamento della maggioranza dimostra rispetto alle minoranze politiche, si tratta nella fattispecie di una cultura che in fin dei conti non contiene il principio del rispetto, secondo il quale vanno rispettate fino in fondo le posizioni culturali, politiche, linguistiche, storiche e di conseguenza la società, la vita, la politica, la cultura ecc. vanno organizzate nel rispetto di queste posizioni. Se invece l'organizzazione della vita, della politica, della cultura è diversa, non rispetta queste posizioni, ci troviamo di fronte all'intolleranza, cioè siamo di fronte ad una cultura che a mio avviso deborda addirittura dalla democrazia, che è al limite fra la democrazia e il totalitarismo, fra la democrazia e avventure di tipo diverso.

Il discorso dell'intolleranza appartiene soltanto al passato? No, secondo noi, purtroppo non è vero che l'intolleranza è stata liquidata con le lotte di liberazione, con la fine della seconda guerra mondiale, l'intolleranza è insita nel potere, non solo, ma dal nostro punto di vista è insita nella modernità, tanto per essere chiari. Cioè le regole del modernismo, le regole del mercato, le regole dello sviluppo, le regole della tecnologia stessa, così come oggi le conosciamo, contengono il principio all'intolleranza, perché non c'è ombra di dubbio che la democrazia e quindi il rispetto sono difficili da organizzare, qualche volta sono anche lenti, burocratici, è vero che non sono al passo con i tempi dello sviluppo, con i tempi del mercato, ma proprio per queste ragioni sono molto importanti.

Ecco quindi lo sviluppo del ragionamento che abbiamo fatto sul discorso minoranze, siano esse di tipo linguistico o etnico - in questo caso mi riferisco in particolare alle minoranze etniche tedesca e ladina - ma siano esse anche minoranze di tipo politico.

La risposta con la quale si è liquidato questo ragionamento da parte del cons. Andreolli, che si è rivelata confusa, non ci rassicura in alcun modo, anzi ci conferma che la Giunta regionale marcia in una direzione che non condividiamo nel modo più assoluto, quindi troveremo il modo di votare contro e scriveremo qualcosa sulla scheda, al fine di dimostrare il nostro parere contrario.

PRESIDENTE: Qualcun altro in dichiarazione di voto? Prego,

cons. Mitolo.

MITOLO: Signor Presidente, signor Presidente designato, egregi colleghi, noi non possiamo che confermare il nostro no a questa Giunta, prescindendo ovviamente dalle valutazioni nei confronti delle persone, in quanto a nostro avviso sia nel dibattito, sia nelle dichiarazioni programmatiche, sia soprattutto nella replica è mancata la possibilità di apprezzare positivamente quello che voi chiamate uno sforzo tendente al nuovo. Non c'è niente di nuovo, signor Presidente ed egregi colleghi, c'è soltanto la vecchia posizione dogmatica nei confronti di questa struttura, questa organizzazione e questo Statuto.

Ci dispiace dover rilevare che, nel momento in cui il Presidente designato sottolinea l'importanza della Regione che ha come compito primario quello della pace, permangono in lui i postumi, viceversa, della guerra civile. Non ha trovato tempo per dedicare nemmeno un rigo, nemmeno una parola all'intervento del collega Montali sulle sue dichiarazioni. Ovviamente questo ci fa pensare a una posizione, non voglio dire arrogante o intollerante, ma certamente non consona a quelli che sono stati i criteri con cui ha voluto ispirare la sua relazione e la sua replica.

E' una sovrastruttura questa della Regione, è un qualche cosa che, anche se oggi è rimpolpato da un aumento di bilancio, non corrisponde certamente a quelle che dovrebbero essere le mete, le funzioni stesse di questa Regione.

Poco conta, egregio Presidente, che oggi in questo dibattito alcuni colleghi del SVP si siano profusi in ampie concessioni e riconoscimenti, che poi sono di portata assolutamente insignificante, perché è sul contenuto di queste dichiarazioni che ci dobbiamo confrontare, in merito al quale non è stato sollevato niente di nuovo, mentre il "Landes Vater", il Dr. Magnago, poco prima che si presentasse lei a questa Assemblea, aveva ribadito la contrarietà piena, decisa alla Regione.

Non ho bisogno di ricordare tanti altri atteggiamenti; noi non ci facciamo illusioni, continuiamo la nostra battaglia, tesa a chiarire a voi e a noi quali sono le possibilità soprattutto per il futuro di questa Regione, nè vale richiamarsi al cosiddetto grande Tirolo, in merito al quale bisogna fare tutto un altro discorso, che comporta anche altri problemi, altre mete, altri traguardi, altre date, che non possono essere ignorate.

L'Europa certo è un traguardo per tutti, voi credete nell'Europa delle piccole Regioni, noi crediamo

sull'Europa degli Stati, indubbiamente in questo senso c'è una profonda differenza, non solo di cultura, ma anche di valutazione filosofica. Mi si consenta di dire che ciò sicuramente non è meno importante di certe impostazioni e certe vedute, che pare qui godano di ampio credito.

Restano i grossi problemi di questa Regione da risolvere, che, mi creda signor Presidente, avendo oggi scambiato il "von" con "mit", non penso possano essere risolti rapidamente, stia tranquillo che Bolzano si è staccata da Trento, in attesa di raggiungere probabilmente un certo altro distacco, anzi con certezza, con buona pace di chi crede, si illude che bastino certe formule per andare oltre certe posizioni e certi problemi.

Noi non ci facciamo incantare da dichiarazioni, così come non ci facciamo spaventare da prese di posizioni più radicali di altri colleghi, appartenenti ad altri schieramenti politici. Ovviamente in questa situazione noi riteniamo che sia nostro dovere continuare quella battaglia, quella lotta politica che ormai da 40 anni conduciamo con lealtà e coerenza e che anche di recente ci ha premiato, come speriamo continui a premiarci. Però questo non significa che dobbiamo rimanere su fronti contrapposti ad ogni costo, siamo pronti ad aprirci al dialogo, alla comprensione, siamo pronti a discutere, ad approfondire quelle che sono le tematiche che di volta in volta voi porterete all'attenzione di questo Consiglio. Pretendiamo comunque una cosa fondamentale, che è nel novero delle regole della democrazia, il rispetto per la nostra posizione, il rispetto per la nostra attività politica, il rispetto anche delle nostre persone.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola in dichiarazione di voto? Cons. Andreotti, prego.

ANDREOTTI: Signor Presidente, signori consiglieri, signor Presidente designato, siamo giunti praticamente alla conclusione non soltanto di un lungo dibattito consiliare, quale mai forse era stato prima d'ora, ma anche di una vicenda iniziata più di 5 mesi fa.

Dobbiamo dire che al di là dei momenti di tensione, degli scontri dialettici, dei contrasti a volte anche aspri che pure ci sono stati, si è raggiunta alla fine una soluzione che ci sembra sicuramente positiva. Per la prima volta il dibattito su quello che dovrà essere non solo il governo, ma lo stesso ruolo della nostra Regione nei prossimi anni, è stato vivo, intenso, partecipato e appassionato tanto da occupare tre intere giornate.

La Regione insomma, come istituzione, ne esce

rivalutata e rilanciata proprio nel momento in cui le due Province autonome di Trento e di Bolzano vanno completando il quadro delle rispettive competenze ed autonomie.

Su una cosa soprattutto ci pare che si sia raggiunto un ampio consenso e cioè sul fatto che proprio la Regione può trovare il suo spazio e il suo ruolo nel collocarsi al fianco delle due Province nel loro cammino verso l'Europa e nella difesa della loro autonomia contro il risorgente centralismo statale; quante volte è stato richiamato anche stamattina il deprecato potere di indirizzo e coordinamento!

In questo senso abbiamo apprezzato il taglio dei numerosi interventi che si sono susseguiti e al di là di una facile retorica ci sembra di poter affermare che la protagonista assoluta, quasi la monopolizzatrice del dibattito, non in senso solamente quantitativo, ma anche per la notevole qualità degli interventi, dei discorsi sentiti è stata sicuramente e in senso positivo la SVP, che è intervenuta con tutti i suoi esponenti più prestigiosi.

Senza nulla voler togliere ai pur notevoli discorsi sentiti in quest'aula, va riconosciuto che proprio gli esponenti del SVP e i loro interventi hanno costituito l'elemento più significativo ed importante del lungo dibattito, facendo capire che per la nostra terra, per i rapporti spesso difficili fra diversi gruppi etnici si apre una nuova stagione importante e forse decisiva.

Dimostrazione ne è il fatto, da non sottovalutare, che si è potuto parlare del 1948, del primo statuto di autonomia e della prima Regione, del "Los von Trient" con toni nuovi, sereni, guardando con grande speranza, grande apertura e cauto ottimismo al futuro. Di questo credo si debba dare atto ai colleghi autonomisti di lingua tedesca.

Concordiamo anche sul fatto che il Consiglio regionale debba essere il luogo alto del fare politica, ma fare politica non vuol dire soltanto fare alta teoria dottrinale o filosofica o discutere sul sesso dell'autonomia; se politica vuol dire anche soprattutto rispondere alle esigenze e alle aspettative della gente, per quanto riguarda la previdenza e l'assistenza più volte richiamata, agli interessi delle diverse popolazioni che vivono e convivono pacificamente in questa terra, allora nel fare alta politica non si può prescindere dal concreto delle cose, dalla realtà di una piccola o grande patria, una piccola o grande Heimat, che poi l'Heimat è una, senza aggettivi, nè piccola nè grande, è soltanto Heimat, un piccolo o grande Tirolo dove storicamente convivono gruppi linguistici italiani, tedeschi e ladini. Nè possiamo

prescindere dal fatto che il Consiglio regionale, il luogo alto del fare politica, raccoglie le rappresentanze elette di questi tre gruppi etnici linguistici.

Allora pensiamo doverosamente e giustamente al bene comune, ma al di là della retorica e di abili sofismi dobbiamo pure fare ragionamenti ancorati alla realtà, al concreto delle cose, quindi è anche realtà che il Consiglio regionale esprime il suo governo oggi, 27 aprile, a oltre 5 mesi dalle consultazioni elettorali e con oltre due mesi di ritardo rispetto alla formazione dei governi provinciali, per motivi che non riguardano certo la sublimazione della politica.

Il partito autonomista, che ha superato da tempo e definitivamente la fase rivendicativa, è stato al centro di una querelle, che lo ha visto comportarsi con grande dignità, rivendicando come partito obiettivi politici possibili, anche se non raggiunti, senza per questo mai voler toccare il ruolo alto e nobile delle istituzioni e in primo luogo la sovranità assoluta di questa Assemblea.

Signor Presidente candidato Andreolli, nel nostro intervento sulle sue dichiarazioni programmatiche, il secondo in assoluto, siamo stati critici nei suoi confronti o meglio nei confronti del suo programma, ci sembrava timoroso, troppo prudente nel cogliere e registrare i segni di cambiamento, che pure si sono rivelati significativi e numerosi negli ultimi tempi, e la nuova disponibilità del SVP a considerare e interpretare il ruolo della Regione. E proprio il lungo e appassionato dibattito consiliare, pur con le sue asprezze e inevitabili punte critiche, anche nei nostri confronti, ha dimostrato che su questo punto almeno avevamo ragione, perché è stato dimostrato che forse una volta tanto i programmi concreti e realizzabili, la possibilità di operare sono più ampi di quanto forse con doverosa, ma sicuramente eccessiva prudenza non abbiano lasciato intendere le sue dichiarazioni programmatiche, definite asciutte anche da qualche suo autorevole amico di partito.

Credo, signor Presidente candidato, che il dibattito consiliare abbia contribuito ad aprire prospettive, ad allargare gli orizzonti operativi possibili della politica regionale. Sta ora alla sua sensibilità e alla sua intelligenza, unita a quella di coloro che la affiancheranno nel futuro governo della Regione, dare realizzazione concreta a tutto quello di positivo e soprattutto di nuovo si è sentito in quest'aula: le politiche sociali, la famiglia, i comuni, il decentramento, l'Europa, la legge elettorale, la revisione dei collegi senatoriali.

Se saprà percorrere con coraggio e coerenza questa strada verrà sicuramente a cadere anche quell'indifferentismo da lei lamentato nelle sue dichiarazioni e sarà recuperato in pieno l'interesse della gente. Allora tutti i veri autonomisti non potranno non essere con lei; confermando quindi la grande attenzione e la sicura disponibilità del partito autonomista trentino tirolese, ci consenta, per il momento, un atteggiamento di fiduciosa attesa, determinato da quella che ci ostiniamo ancora a considerare una sua eccessiva prudenza. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Craffonara. Ne ha facoltà.

CRAFFONARA: Signor Presidente, signori colleghi, vorrei chiedere, prima di passare alla dichiarazione di voto vera e propria, un momento di pazienza, perché sento la necessità di tornare sull'argomento che ho sollevato nel mio primo intervento della scorsa settimana, in quanto vorrei essere sicuro che il mio pensiero sia stato correttamente compreso e interpretato. Questa preoccupazione viene manifestata soprattutto nei riguardi dei colleghi di lingua tedesca, dai quali vorrei essere compreso giustamente, in quanto ho avuto l'impressione che i primi commenti, le reazioni contrarie di disappunto, di sorpresa non fossero conformi a quello che intendevo dire.

Cerchiamo di vedere qual è il delitto di questa cosa. Ho sentito il dovere di attirare l'attenzione del Consiglio regionale sulla situazione dei cittadini di lingua italiana in Alto Adige, per rilevare un certo disagio che c'è fra loro, può essere un disagio di ordine materiale, cioè sul piano delle preoccupazioni del lavoro, ma credo e sono convinto che si tratti soprattutto di un disagio di ordine psicologico, provano una sensazione abbastanza diffusa quasi di non essere nella loro terra, di essere degli estranei e quindi alle volte hanno la sensazione di essere tollerati. C'è una difficoltà di convivenza, è inutile negarlo.

Credo che non dobbiamo avere paura a discutere di questo problema, perché è un problema come tanti altri, ma è certamente molto importante.

Ho detto l'altro giorno che lo Statuto di autonomia, il pacchetto è un insieme di norme giuridiche di altissimo livello, però tutte queste regole forse non sono state sufficientemente spiegate a tutta la popolazione del Trentino-Alto Adige ed è un peccato, perché giudico positivamente le iniziative interetniche del vescovo di Bolzano e Bressanone, mons. Egger, e considero molto

apprezzabili le nuove aperture, le dichiarazioni significative che il nuovo Presidente della Provincia autonoma di Bolzano, Durnwalder ha fatto, però ho citato delle cifre che dimostrano chiaramente che fra il 1971 e il 1981 la percentuale dei cittadini di lingua italiana in Alto Adige è scesa dal 33 al 28,7%, pari a 14 mila unità. Mi pare che di questo fenomeno ne ha dato atto anche il cons. Rella stamattina.

Non possiamo nasconderci dietro un dito, un qualche motivo ci sarà se si è manifestato questo calo nella popolazione italiana. Mi rendo conto che i motivi saranno diversi, anche di segno contrario, però credo sia anche il caso di approfondirli; mi rendo perfettamente conto che forse i cittadini di lingua italiana risentono negativamente un atteggiamento che deve essere superato e si riferisce un po' anche ad un certo atteggiamento tenuto in passato; mi rendo conto che forse i cittadini di lingua italiana non sempre accettano di buon grado la necessità di capire e parlare e farsi capire nella lingua anche tedesca, è giusto, deve essere reciproco questo sforzo di comprensione, perché se non si riesce a dialogare tutto diventa più difficile; questo aspetto è stato affrontato, a mio avviso correttamente nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente Durnwalder in seno al Consiglio provinciale di Bolzano.

Tutto ciò, signor Presidente, ha fatto dire a qualcuno che io ero un disinformato, sarà senz'altro così, comunque dichiaro tutta la mia disponibilità a migliorare le mie conoscenze; mi è dispiaciuto di più invece quando qualcun altro ha affermato che volevo abbindolare gli italiani dell'Alto Adige, questo veramente non posso accettarlo, prima di tutto perché ritengo non sia poi tanto facile abbindolare gli italiani, ma soprattutto non sarò io e non sono stato io quello che ha tentato di farlo, forse sarà stato qualcun altro e ne avrà eventualmente la responsabilità.

Anche l'accostamento ai conss. Klotz e Mitolo, penso abbia suscitato non poca sorpresa di chi mi conosce, perché io rispetto certamente sia la collega Klotz e i colleghi del MSI, ma sul piano politico questo accostamento è sicuramente fuori luogo.

In realtà a me pare che nel limite delle mie modeste possibilità ciò che sento di dover fare in Regione e in Provincia è quello di difendere le minoranze, di diffondere, di decentrare il più possibile l'autogoverno. Quindi sarò sempre al fianco di chiunque, ladino, italiano, tedesco, mocheno, cimbro in senso etnico, ma anche di chi in senso geografico nelle vallate, nei centri si sentirà

torteggiato e dovrà essere difeso, si sentirà minoranza ed avrà dei diritti, io sarò sempre dalla loro parte.

Per tornare all'argomento di partenza, signor Presidente, signori colleghi, qui non ci sono nazionalismi contrapposti, non ci può essere un ritorno al passato, ma molto più semplicemente esistono problemi di uomini, che vanno aiutati, senza pregiudizi e inibizioni.

PRESIDENTE: Consigliere sta scadendo il suo tempo e la pregherei di concludere.

CRAFFONARA: Signor Presidente, lei darà atto che i miei interventi sono sempre molto brevi e quindi se una volta tanto le chiedo un minuto, me lo consenta.

Ho notato comunque da parte del SVP uno sforzo molto diffuso per creare questo clima positivo nuovo; il cons. Peterlini ha detto che è necessario creare un nuovo clima di fiducia e credo che siamo tutti d'accordo, ma dobbiamo anche chiederci: come possiamo? La risposta concreta deve essere questa, noi dobbiamo farci carico del problema di tutta la popolazione del Trentino-Alto Adige.

Spero di aver chiarito questo pensiero, mi auguro che nel corso di questi anni, su questi temi, ci si possa confrontare, si possa approfondirli e soprattutto si possa portare qualche risultato concreto nel senso che ho accennato.

Per quanto riguarda la dichiarazione di voto, mi pare di rilevare che nella replica del Presidente designato non si sia riscontrato alcun accenno sostanziale ai grossi temi che noi abbiamo sollevato. Per parte nostra diamo atto a questo mutato clima che è intervenuto in questo Consiglio regionale, si tratta nella fattispecie indubbiamente di un cambiamento abbastanza netto, forse anche di un cambio di generazioni future, più favorevole e disponibile alla convivenza, mi auguro sia così, però il mio partito non è in grado di dare l'assenso al nuovo governo regionale.

PRESIDENTE: Qualcun altro in dichiarazione di voto? Prego, cons. Ferretti.

FERRETTI: Signor Presidente, colleghi, il dibattito, come è stato affermato da altri, si è rivelato eccezionalmente approfondito, lungo, dettagliato, sia nella proposta che nelle riprese. A tal proposito dichiaro a nome della DC comunque che noi siamo soddisfatti dell'andamento del dibattito, della capacità con cui il Presidente designato ha saputo suscitare, sia attraverso le dichiarazioni, sia anche con un'attenta, pacata, estremamente costruttiva

replica, all'interno dell'Assemblea prese di posizione estremamente interessanti e costruttive, anche quando non possono essere condivise, ai fini non solo di un migliore lavoro del Consiglio regionale nei prossimi anni, ma anche ai fini delle rispettive posizioni in relazione alla chiusura della cosiddetta controversia altoatesina.

Il Presidente designato è riuscito a stanare, da posizioni apparentemente unanimi, parti politiche e a far assumere posizioni attraverso le quali non sarà più possibile in futuro affermare che il partito x, y, z non hanno detto. E' passato ai verbali di questo Consiglio regionale, è emerso chiaramente un senso di attesa, di speranza e di fiducia rispetto alla svolta che si è riusciti ad imprimere alla politica regionale e, se mi si permette, in questa sede anche a quella provinciale di Bolzano - non dico di Trento perché non voglio mettere naso in problemi che posso conoscere solo marginalmente - ma non solo nei confronti della futura politica regionale, ma anche della politica che riguarda la Regione, non più come istituzione, ma come convivenza, come problemi.

Rileviamo come un certo atteggiamento trentino, relativo all'incapacità di ragionare di alcune parti politiche in termini regionali, sia emerso negli interventi, nelle repliche e anche nelle dichiarazioni di voto che abbiamo sentito poco fa e se da una parte criticiamo, un simile atteggiamento dall'altra ci conforta, in quanto ci dà la possibilità di conoscere esattamente il pensiero delle parti politiche ed in tal modo sarà più facile lavorare e capire come il percorso di questa Regione non sarà semplice, ma si svolgerà su posizioni che saranno state preannunciate. A tal proposito ritengo peraltro che nel momento in cui si affronterà il problema di ovviare alla frammentazione, che diventa una sorta di anarchia o di individualismo piuttosto che una rappresentanza popolare, sapremo quali possono essere le parti contrarie e le conseguenti motivazioni; così quando si metterà mano a leggi che giacciono in Parlamento e che riguardano riforme fondamentali all'interno di questa nostra Regione, saremo in grado di misurare quali sono le posizioni dei partiti, anche attraverso gli interventi svolti.

Questo ci pare sia stato possibile proprio perché il Presidente designato ha saputo proporre tematiche vive, attuali, non ha compiuto voli pindarici, gli argomenti che riguardano la Regione sono stati trattati per quel che di politico e generale possiedono e consentono di inquadrare la Regione all'interno del paese e dell'Europa, ma non per ispirazioni di carattere velleitario o per fughe in avanti,

che più facilmente avrebbero potuto portare a non parlare della Regione.

Quindi noi votiamo il Presidente e questa Giunta, nella consapevolezza che si è compiuto un ulteriore passo avanti per lavorare e capirci meglio e per portare chiarezza all'interno del Consiglio regionale, in funzione di quelle che sono le responsabilità che attendono la Giunta regionale in rapporto al programma che è stato illustrato dal Presidente designato Andreolli.

PRESIDENTE: Altri in dichiarazione di voto? Prego, cons. Duca.

DUCA: Credo che il dibattito sulla relazione del Presidente designato abbia un po' confermato la posizione del PSI, che per la prima volta dal dopo pacchetto assume una responsabilità di governo a livello regionale; confermato nel senso che è emersa un'attenzione diversa rispetto all'ente Regione ed è emerso soprattutto un atteggiamento da parte del partito di maggioranza relativa, la SVP, un atteggiamento di apertura che in questi anni era mancata.

Riteniamo che tutte le vicende di queste ultime settimane, così come venivano richiamate anche nell'intervento del collega Langer, testimoniano un'attesa, una possibilità di speranza rispetto ad un clima di tolleranza e di rilancio dell'istituzione regionale.

Questo nuovo atteggiamento politico del SVP credo venga testimoniato in maniera precisa anche da alcuni contenuti dell'accordo programmatico, che sono tutti da verificare, mi riferisco in modo particolare alla disponibilità verso l'esigenza, che è stata tradotta in un punto dell'accordo, di verificare il discorso dei 4 anni per l'elettorato passivo. Mi sembra che rispetto al passato ciò rappresenti un segnale preciso verso a un modo di concepire e vivere l'autonomia in un clima di maggiore apertura e con possibilità di confronto più ampio.

Noi riteniamo quindi che rispetto a questa nuova condizione politica che si è registrata, proprio per rafforzare queste ragioni, che speriamo non siano solo di sano pragmatismo rispetto alle scadenze internazionali, ma siano anche frutto di una nuova prospettiva politica, ci siano le condizioni per una presenza nella coalizione in Regione, anche perché dopo un avvio delle trattative piuttosto confuso, si è delineato anche un quadro politico che garantisce quelle condizioni di coerenza e di quadro che avevamo fin dall'inizio rivendicato, senza con questo voler penalizzare o escludere nessuno, e sostiene l'esigenza che il momento regionale si ponga veramente come

momento di riferimento rispetto a due realtà provinciali che hanno caratteristiche politiche ben precise.

Unendo a questo anche una positiva considerazione rispetto al programma e ad appunti come quelli relativi al rilancio della dimensione regionale nel quadro delle associazioni interregionali a livello europeo - mi riferisco al discorso Arge Alp, Alpe Adria, all'approccio rispetto alla questione ladina, che ci vede da tempo impegnati e anche ad alcuni momenti in cui l'accordo programmatico regionale costituisce garanzia anche per la realizzazione di alcuni impegni che si sono tradotti anche negli accordi di governo provinciale - costituiscono una serie di elementi positivi che confermano questa nostra scelta e che pongono il PSI nella condizione di esprimere un voto favorevole a questa coalizione.

PRESIDENTE: Qualcun altro in dichiarazione di voto? Nessuno.

Prima di procedere all'elezione del Presidente della Giunta devo adempiere ad una formalità regolamentare. Ai sensi dell'ultimo comma dell'art. 13 del Regolamento interno del Consiglio, comunico le dichiarazioni di appartenenza ai gruppi linguistici.

Al gruppo linguistico italiano appartengono tutti i consiglieri della Provincia di Trento, tranne il cons. Boato che si è dichiarato appartenente al gruppo linguistico ladino. Per la Provincia di Bolzano appartengono al gruppo linguistico italiano i cons. Balzarini, Benussi, Bolognini, Holzmann, Mitolo, Montali, Sfondrini e Viola; al gruppo linguistico tedesco i cons. Achmüller, Alber, Bauer, Benedikter, Brugger, Durnwalder, von Egen, Feichter, Franzelin, Frasnelli, Frick, Giacomuzzi, Hosp, Kaserer, Klotz, Kofler, Kußtatscher, Langer, Mayr, Meraner, Oberhauser, Pahl, Peterlini, Saurer e Tribus. Appartiene al gruppo linguistico ladino il cons. Valentin.

Si procede ora alla votazione per l'elezione del Presidente della Giunta regionale. Per la validità della votazione è richiesta la maggioranza di almeno due terzi dei consiglieri in carica.

La votazione si svolge a scrutinio segreto e ci vuole la maggioranza assoluta dei voti, computando fra i votanti anche le schede bianche. Ognuno può scrivere un solo nominativo.

Prego distribuire le schede per la votazione.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	58
maggioranza richiesta	30
hanno ottenuto voti:	
Andreolli	39
Chiodi	4
schede bianche	13
schede nulle	2

Proclamo eletto Presidente della Giunta regionale il dott. Tarcisio Andreolli.

(Applausi)

PRESIDENTE: Passiamo al punto n. 4 dell'ordine del giorno: "Determinazione del numero degli assessori regionali effettivi e supplenti che devono comporre la Giunta regionale".

Prego di fare proposte. La parola al cons. Ferretti.

FERRETTI: Propongo che la Giunta regionale sia composta di 8 membri: il Presidente, due Vicepresidenti, 5 assessori effettivi. Quindi propongo che vengano eletti 7 assessori effettivi, compresi i due Vicepresidenti, uno di lingua italiana e uno di lingua tedesca.

PRESIDENTE: Ci sono altre proposte? Cons. Langer.

LANGER: Signor Presidente, colleghe e colleghi, ci sembra che per comporre una Giunta con competenze così ridotte come quella che ora si va a formare, siano più che sufficienti 5 componenti nell'insieme. Per cui noi proponiamo il numero di 5 membri per la Giunta, di cui il Presidente e 4 assessori. Grazie.

PRESIDENTE: Altre proposte? Nessuna. Pongo in votazione la proposta avanzata dal cons. Ferretti. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

La proposta Ferretti è approvata a maggioranza con 13 astensioni e 4 voti contrari.

Considerato che il Consiglio ha approvato la proposta di eleggere solo assessori effettivi e non anche supplenti, nella elezione degli assessori di lingua italiana sono da eleggere 4 consiglieri e, per quanto riguarda gli assessori di lingua tedesca, 3 consiglieri.

Conseguentemente non si procede all'elezione

degli assessori supplenti.

Punto n. 5 dell'ordine del giorno: "Elezione degli assessori regionali effettivi appartenenti al gruppo linguistico italiano".

Prego di avanzare delle proposte. Cons. Ferretti.

FERRETTI: Per il gruppo linguistico italiano propongo i consiglieri Balzarini, Bacca e Morandini.

PRESIDENTE: Prego, cons. Duca.

DUCA: Per il gruppo linguistico italiano propongo il cons. Francesco Romano.

PRESIDENTE: Altre proposte? Nessuna.

Sono stati fatti i nominativi dei consiglieri Balzarini, Bacca, Morandini e Romano.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto. Ogni consigliere può votare solo 4 nominativi.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	57
maggioranza richiesta	36
hanno ottenuto voti:	
Balzarini	39
Bacca	38
Morandini	40
Romano	38
schede bianche	11
schede nulle	1

Proclamo eletti assessori regionali i consiglieri Balzarini, Bacca, Morandini.

Constato che il cons. Romano fa anche parte dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale, ma ai sensi dell'art. 7 del Regolamento interno del Consiglio i componenti della Giunta regionale non possono far parte dell'Ufficio di Presidenza.

Pertanto chiedo al cons. Romano se intende far parte della Giunta regionale o se preferisce rimanere in Ufficio di Presidenza del Consiglio. Inoltre il cons. Romano fa parte della I^a Commissione legislativa e l'art. 38 del Regolamento interno prevede che gli assessori effettivi non possono far parte delle Commissioni.

Pertanto il cons. Romano decade dalla Commissione, se intende assumere la carica di assessore.

Anche il cons. Romano entra a far parte della Giunta regionale ed è dichiarato decaduto dall'Ufficio di Presidenza e quale membro della I^a Commissione legislativa.

Ha chiesto la parola il cons. Langer.

LANGER: Lei ci ha riferito che la persona che ha ottenuto più voti, il cons. Morandini ha avuto 40 voti, 11 schede bianche e 1 scheda nulla. Ci ha parlato di 57 schede consegnate, per cui o sono stati attribuiti altri voti, che non ci sono stati comunicati, o mancano delle schede. La pregherei gentilmente di voler comunicare al Consiglio l'intero esito della votazione o di chiarire eventualmente dove sono finite le schede che mancano in questo conteggio. Grazie.

PRESIDENTE: Completo l'esito della votazione:

Micheli	1
Holzmann	1
Robol	1
Franceschini	1
Casagranda	2
Montali	2
Leita	2
Bolognini	1
Craffonara	1

Passiamo al punto n. 6 dell'ordine del giorno:
"Elezione degli assessori regionali effettivi appartenenti al gruppo linguistico tedesco".

Prego di fare proposte. La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI: Die Südtiroler Volkspartei schlägt für das Amt als Regionalassessoren die Herren Abgeordneten Dr. Alexander von Egen, Dr. Zeno Giacomuzzi und Dr. Franz Bauer vor.

(La Südtiroler Volkspartei propone per la carica di Assessori regionali i consiglieri dott. Alexander von Egen, dott. Zeno Giacomuzzi e dott. Franz Bauer.)

PRESIDENTE: Altre proposte? Prego, cons. Langer.

LANGER: Signor Presidente mi scusi, un'altra volta sul Regolamento. Mi pare che a questo punto o l'Ufficio di

Presidenza o la Giunta regionale nella parte riguardante gli assessori di lingua italiana testè eletti risultino incompleti. In ambedue i casi ritengo sia doveroso provvedere ad integrare detti organi.

PRESIDENTE: Ho proclamato eletti gli assessori testè annunciati. Alla luce di un precedente, alla fine della seduta sarà premura della Presidenza chiedere al Consiglio se è d'accordo di nominare il membro chiamato a sostituire il cons. Romano nell'Ufficio di Presidenza.

Altre proposte? Nessuna.

Sono stati proposti i cons. von Egen, Giacomuzzi e Bauer.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta. Ogni consigliere può votare 4 nominativi.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	58
maggioranza richiesta	36
hanno ottenuto voti:	
von Egen	41
Bauer	41
Giacomuzzi	41
Pahl	1
Klotz	1
Meraner	1
Benedikter	5
Valentin	1
Frasnelli	1
Tribus	1
schede bianche	11

Proclamo eletti assessori regionali i cons. von Egen, Bauer e Giacomuzzi.

Constato che il cons. Bauer fa parte della II^a Commissione legislativa.

Come avevo già accennato il Regolamento interno del Consiglio non concede agli assessori di fare parte delle Commissioni legislative, pertanto, a meno che il cons. Bauer non decida di rinunciare alla carica di assessore, lo dichiaro decaduto quale membro della II^a Commissione legislativa.

Punto n. 9 dell'ordine del giorno: "Elezione dei due Vicepresidenti della Giunta regionale dei quali uno appartenente al gruppo linguistico italiano e l'altro"

appartenente al gruppo linguistico tedesco".

Prego fare proposte per il gruppo linguistico italiano.

La parola al cons. Ferretti.

FERRETTI: Propongo che alla carica di Vicepresidente per il gruppo di lingua italiana venga eletto l'assessore Aldo Balzarini.

PRESIDENTE: Altre proposte? Nessuna. E' stato proposto alla carica di Vicepresidente l'assessore Balzarini.

Prego distribuire le schede per la votazione.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	53
maggioranza richiesta	36
hanno ottenuto voti:	
Balzarini	35
Morandini	1
Bacca	1
schede bianche	16

Nessun consigliere ha ottenuto la maggioranza richiesta, quindi a termini di Regolamento bisogna ripetere la votazione.

Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	52
maggioranza richiesta	36
hanno ottenuto voti:	
Balzarini	36
Bacca	1
schede bianche	12
schede nulle	3

Proclamo eletto l'assessore Balzarini
Vicepresidente della Giunta regionale per il gruppo
linguistico italiano.

(Applausi)

PRESIDENTE: Prego fare proposte per il gruppo linguistico tedesco. La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI: Die Südtiroler Volkspartei schlägt für das Amt als Vizepräsident Herrn Regionalassessor Dr. Alexander von Egen vor.

(La Südtiroler Volkspartei propone all'Ufficio di Vicepresidente della Giunta regionale l'assessore regionale Dr. Alexander von Egen).

PRESIDENTE: E' stato proposto alla carica di Vicepresidente l'assessore von Egen.

Prego distribuire le schede per la votazione.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	53
maggioranza richiesta	36
hanno ottenuto voti:	
von Egen	37
Bauer	2
schede bianche	14

Proclamo eletto l'assessore von Egen Vicepresidente della Giunta regionale per il gruppo linguistico tedesco.

(Applausi)

PRESIDENTE: Onorevoli consiglieri, in seguito all'elezione dei conss. Bauer a Romano, risultano vacanti un posto all'interno dell'Ufficio di Presidenza e due posti all'interno delle Commissioni legislative. considerato che il tempo previsto per la seduta consiliare non è ancora esaurito, propongo di inserire, ai sensi dell'art. 55 del Regolamento interno del Consiglio regionale, i seguenti due nuovi punti all'ordine del giorno:

- a) sostituzione di un membro della I^a Commissione legislativa;
- b) sostituzione di un membro della II^a Commissione legislativa;
- c) elezione di un membro dell'Ufficio di Presidenza.

Ritengo opportuno l'inserimento e l'anticipazione di questi punti, affinché gli organi istituzionali siano al

completo ed in grado di proseguire i propri lavori.
La parola al cons. Ferretti.

FERRETTI: Propongo l'inversione dell'ordine del giorno e precisamente che si completi l'Ufficio di Presidenza prima delle Commissioni legislative.

PRESIDENTE: Chiedo al Consiglio di inserire tutti e tre i punti all'ordine del giorno, solo successivamente il cons. Ferretti potrà eventualmente chiedere la parola per anticiparne uno.

La parola al cons. Langer.

LANGER: Chiedo che sulla sua proposta si voti regolarmente e che venga mantenuta la proposta nei termini in cui l'aveva pronunciata lei, in riferimento al completamento delle Commissioni e dell'Ufficio di Presidenza.

PRESIDENTE: Prego distribuire le schede per la votazione.
Chi è favorevole all'inserimento vota sì, chi è contrario vota no. E' indispensabile la maggioranza dei tre quarti dei presenti.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	50
maggioranza richiesta	38
schede favorevoli	46
schede bianche	4

I punti riguardanti la sostituzione di membri nelle due Commissioni legislative, nonché l'integrazione dell'Ufficio di Presidenza mediante elezione di un segretario questore sono inseriti all'ordine del giorno.

Procediamo con il punto n. 19 dell'ordine del giorno: "Sostituzione di un membro decaduto nella I^a Commissione legislativa".

L'art. 23 del Regolamento interno del Consiglio regionale dispone la sostituzione di un membro dimissionario con un altro consigliere dello stesso gruppo consiliare. Il dimissionario è il cons. Romano, appartenente al gruppo consiliare del PSI, pertanto prego il gruppo consiliare del PSI di fare una proposta.

La parola al cons. Micheli.

MICHELI: Propongo il cons. Duca.

PRESIDENTE: E' stato proposto il cons. Duca.

Pongo in votazione la proposta. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Il Consiglio approva con 3 astensioni il cons. Duca quale membro della I^a Commissione legislativa.

Punto n. 20 dell'ordine del giorno: "Sostituzione di un membro decaduto nella II^a Commissione legislativa".

Il dimissionario è il cons. Bauer appartenente al gruppo consiliare del SVP. Prego il gruppo consiliare del SVP di fare una proposta.

La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI: Die Südtiroler Volkspartei schlägt anstelle des Abg. Bauer als Kommissionsmitglied den Abg. Dr. Hugo Valentin vor.

(La Südtiroler Volkspartei propone quale componente della Commissione il cons. dott. Hugo Valentin al posto del cons. Bauer.)

PRESIDENTE: Il cons. Peterlini propone il cons. Ugo Valentin.

Ha chiesto la parola il cons. Langer.

LANGER: Grazie Presidente. Chiedo la parola per una ragione istituzionale, che mi dispiace dover sollevare io, in quanto in altre occasioni abbiamo sostenuto la necessità di una maggiore presenza dei ladini, ma siccome in questo caso viene sostituito un consigliere dichiarato appartenente al gruppo linguistico tedesco con un consigliere dichiarato appartenente al gruppo linguistico ladino, chiedo al Presidente di voler verificare se tale procedura è prevista dal Regolamento. Se così fosse saremmo ben lieti di votare a favore del cons. Valentin, per il cui inserimento anche in altri organi, in particolare in Commissioni legislative, Ufficio di Presidenza ecc., ci siamo sempre dati da fare.

Chiediamo quindi di verificare se nella fattispecie si tratta di una proposta accoglibile o meno. Grazie.

PRESIDENTE: Il cons. Langer ha ragione. In base all'art. 14 del Regolamento, invito il gruppo del SVP a proporre un altro consigliere, considerato che il cons. Boato, che si è dichiarato appartenente al gruppo linguistico ladino, fa già parte della I^a Commissione legislativa.

La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI: Herr Präsident! Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie Schwierigkeiten im Rechenspiel der Zahlen festgestellt haben. Ich möchte Sie aber darum bitten, diesen Punkt in diesem Moment zu vertagen, weil wir die Rechnung überprüfen möchten, inwieweit es jetzt wirklich nicht mehr möglich ist, einen Ladiner in die Gesetzgebungskommissionen aufzunehmen und das im Rahmen der SVP-Fraktion auch beraten möchten. Ich bitte also um Vertagung dieses Punktes aufgrund der neuen aufgetauchten Schwierigkeiten.

(Signor Presidente! Prendo atto del fatto che Lei abbia trovato delle difficoltà nel calcolo delle cifre. Per questo desidero pregarLa di rinviare ora questo punto, in quanto noi desideriamo esaminare fino a che punto non sia veramente più possibile che un ladino entri a far parte della Commissione legislativa e in quanto desideriamo anche discutere ciò all'interno del gruppo della SVP. Io La prego quindi di rinviare questo punto a causa delle difficoltà emerse.)

PRESIDENTE: Su questa proposta di rinvio ha chiesto la parola il cons. Boato.

BOATO: A favore del rinvio, in quanto ritengo di dover valutare assieme ai colleghi questo problema. Infatti la mia dichiarazione di appartenenza al gruppo ladino non vuole certo impedire ad un ladino autentico di entrare a far parte della Commissione, ma caratterizza semmai il nostro impegno nel potenziare il sostegno ai diritti delle minoranze ladine, quindi trattasi di una dichiarazione simbolica.

Mi esprimo già sulla eventualità delle mie dimissioni dalla I^a Commissione, qualora si dimostrasse l'unica soluzione a questo inghippo giuridico.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Betta. Ne ha facoltà.

BETTA: Sono contrario al rinvio, in quanto in termini di sostituzione credo che si intenda il gruppo politico, non il gruppo etnico. Sono da considerare ambedue? Va bene, ritiro la mia dichiarazione.

PRESIDENTE: L'articolo 14 è molto chiaro e parla di gruppi linguistici.

Il cons. Betta ha ritirato la propria presa di posizione.

Se nessuno si oppone, questo punto all'ordine riguardante la sostituzione di un membro decaduto nella II^a Commissione legislativa viene rinviato.

Passiamo al punto n. 21 dell'ordine del giorno: "Elezione di un segretario questore".

Ci sono proposte? Prego, cons. Montali.

MONTALI: A nome del nostro gruppo proponiamo, come abbiamo già fatto nella seduta delle minoranze, il cons. Benussi.

PRESIDENTE: Altre proposte? Prego, cons. Betta.

BETTA: Seppur con un certo rammarico, devo rilevare che nella riunione delle minoranze non siamo riusciti a trovare una convergenza sui nominativi, nonostante il rinvio da parte del gruppo che rappresento, PRI, PLI, PSDI, di una sua proposta per vedere di trovare una convergenza, che non è stata raggiunta. Quindi a questo punto propongo il nome del cons. Leveghi.

PRESIDENTE: Altre proposte? Prego, cons. Marzari.

MARZARI: Qualche minuto fa avevo avuto l'impressione che si fosse manifestata da qualcuno l'esigenza di tentare in sede di conferenza delle minoranze una riconsiderazione delle proposte, onde verificare la possibilità di trovare una indicazione unificante, se non completamente unitaria.

Mi pare peraltro che le proposte avanzate fino a questo momento prendano atto della situazione verificatasi nell'assemblea delle minoranze, che si è riunita in occasione dell'ultima seduta del Consiglio, quindi riteniamo di dover proporre il nominativo della collega Wanda Chiodi, che peraltro avevamo già avanzato allorquando ci sembrava opportuno integrare l'Ufficio di Presidenza e cioè in occasione della elezione del Presidente del Consiglio.

Già allora, in presenza di un certo accordo di maggioranza ed anche di un certo accordo su eventuali sostituzioni, secondo noi sarebbe stato più elegante procedere al completamento dell'Ufficio di Presidenza, anche perché da quel momento sono passati 15 giorni, si è andati avanti con un Ufficio di Presidenza mutilato, non solo, ma anche privo di un rappresentante di minoranza.

Noi proponiamo la collega Wanda Chiodi, primo perché è espressione di un gruppo di minoranza e non solo, ma anche di opposizione; in secondo luogo perché è una donna e riteniamo che la specificità e la differenza femminile, come sempre più spesso si usa dire in questi

tempi, sia un valore e quindi è giusto che questa sensibilità e questa differenza sia rappresentata anche negli organi istituzionali, cioè nell'Ufficio che guida e sovrintende i lavori del Consiglio; in terzo luogo perché questo gruppo consiliare, formato da 4 consiglieri, non è presente, nè avrebbe rivendicato una presenza, nell'analogo organismo della Provincia di Bolzano, per cui pensiamo di poter avanzare con fondatezza la richiesta di essere rappresentati nell'Ufficio di Presidenza della Regione.

E' stato proposto, almeno a livello della Provincia di Trento, un coordinamento tra i tre Uffici di Presidenza, credo vi sia anche una richiesta di incontro fra detti organi, questa nostra candidatura intende conferire al lavoro dell'Ufficio di Presidenza un impegno in questa direzione, tenendo conto che siamo prima di tutto consiglieri regionali e poi anche consiglieri delle due Province autonome.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Langer, prego.

LANGER: Signor Presidente, colleghe e colleghi, in quanto partecipo alla riunione delle minoranze consiliari, mi sento in dovere di motivare di fronte all'intero Consiglio il nostro modo di procedere e anche spiegare il nostro rammarico perché non si sia addivenuti ad un accordo.

Avevamo posto alcune questioni che vorremmo far presente in particolare alle minoranze, ma ovviamente anche ai componenti di maggioranza, che con queste proposte si devono di volta in volta misurare e i numeri ovviamente non li fanno le minoranze da sole. In particolare avevamo proposto i seguenti cardini per un possibile scioglimento di questo nodo.

Primo, di considerare facenti parte delle minoranze consiliari tutti i gruppi consiliari, escluso i tre che formano la Giunta. Sappiamo che ci sono gradazioni, come ha ricordato il cons. Marzari, nella vicinanza o lontananza rispetto alla Giunta, ci sono gruppi che si considerano un po' a metà strada o solo di minoranza e non di opposizione, non andiamo a sindacare, la nostra proposta era - e dico che questo sarà anche in futuro il nostro atteggiamento - di considerare come aventi titolo a presenziare nella riunione delle minoranze consiliari tutti i consiglieri che non appartengono ai tre gruppi consiliari che esprimono la Giunta. Anche su questo abbiamo riscontrato esitazioni da alcune parti e ci sembra che questo punto sia oggi già acquisito, ma si trattava di una prima difficoltà.

La seconda questione. Avevamo annunciato che

qualora all'interno delle minoranze così definite si fosse trovato un accordo politico, cioè se un esponente delle minoranze fosse riuscito a diventare una candidatura di maggioranza all'interno delle minoranze, noi avremmo ben volentieri partecipato ad un accordo politico. Questo si è dimostrato ben presto impossibile e tra l'altro non ci si deve meravigliare, perché le minoranze, essendo fortemente eterogenee, difficilmente possono trovare accordi politici che non siano o di rotazione, cioè di assegnazione di cariche istituzionali a rotazione, in modo che tutte le minoranze siano rappresentate, o altrimenti giocando sui numeri, cioè sostanzialmente cercando di aggregare intorno o a personalità particolarmente significative - e qualcuna è stata anche proposta, non dubitiamo - o intorno a gruppi consiliari particolarmente forti, ma di minoranza, dei possibili consensi. Anche questo non è andato in porto, è stata fatta una votazione, nella quale un collega del nostro gruppo, Franceschini, ha ottenuto il maggior numero dei suffragi all'interno delle minoranze. Eppure il cons. Franceschini di sua spontanea volontà e d'accordo con il nostro gruppo ha dichiarato di rinunciare a questa sua candidatura pur di arrivare ad una designazione unitaria delle minoranze, che ovviamente avesse una funzione di garanzia verso tutte le minoranze all'interno dell'Ufficio di Presidenza, ed è quello che noi ci aspettiamo da chiunque sarà eletto. Una funzione di garanzia che ovviamente non può essere fatta dipendere dalla maggiore o minore affinità politica, perché è ovvio che anche uno del MSI dovrebbe sentirsi garantito da un esponente del PCI, del gruppo verde, del PATT, o di qualsiasi altro gruppo presente in quest'aula, ed in tal senso anche uno del PATT o del gruppo social-liberal-repubblicano dovrebbe sentirsi garantito da qualsiasi altro rappresentante di minoranza. Anche questo non ha dato esito.

A questo punto diventa inevitabile, se vengono avanzate più candidature nell'ambito delle minoranze, che sia poi la maggioranza dell'aula a scegliere il candidato. Questo ci dispiace e ci fa dichiarare che non esiteremo in futuro a tentare di pervenire al risultato che questa volta non ha dato risultati, però a nostro giudizio i punti irrinunciabili sono questi: intanto delimitare chi ha titolo di far parte delle minoranze; secondo, tentare un accordo politico o maggioritario, che non è possibile se non ci sono maggioranze qualificate; terzo, scegliere dei criteri puramente istituzionali, al limite anche di rotazione nelle cariche, tendenti a mandare in Ufficio di Presidenza forze politiche che non sono oggi rappresentate in alcun Ufficio di Presidenza. Anche questo non ha trovato

il consenso sufficiente.

Ci troviamo in una situazione in cui sappiamo che tra le designazioni sin qui avanzate ed altre che verranno eventualmente ancora fatte, alla fine sarà la maggioranza dell'aula a scegliere e di questo ci rammarichiamo e...

(Interruzione)

LANGER: Certo che è la maggioranza dell'aula, ma la maggioranza dell'aula era politicamente vincolata, e tra l'altro si è dichiarata tale nel caso che dalle minoranze venisse una designazione unitaria; la designazione unitaria poteva essere avanzata o per consenso o per rinuncia di altri gruppi di minoranza di fare delle proposte, gli unici che si sono mossi siamo stati noi, abbiamo rinunciato ad una nostra candidatura che all'interno del gruppo delle minoranze aveva riscosso numericamente il maggior numero di consensi, comunque più ampia del nostro stesso gruppo consiliare.

Abbiamo fatto una seconda proposta, che andava verso altri lidi, al fine di individuare forme possibili anche di rotazione nella carica o comunque di rappresentanza puramente istituzionale, anche questo non ha trovato il necessario consenso, noi dichiariamo che ci arrendiamo di fronte a questa impossibilità e voteremo a questo punto in silenzio la candidatura che a ognuno di noi parrà più convincente. Ci consulteremo ancora all'interno del gruppo sulle candidature proposte o eventuali altre che emergessero, ma ci dispiace molto che questo tentativo di arrivare non ad una sintesi politica tra le minoranze, cosa impossibile, ma ad una correttezza istituzionale, contribuisca ad indebolire complessivamente la presenza delle minoranze in questo Ufficio di Presidenza, che già pencola molto dalla parte della maggioranza. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno.

Sono state fatte tre proposte: i cons. Benussi, Leveghi e Chiodi.

Ricordo al Consiglio che l'art. 9 del Testo Unico delle leggi regionali per l'elezione degli organi della Regione prevede la maggioranza semplice.

Prego distribuire le schede per la votazione. Si può scrivere soltanto un nome.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	51
hanno ottenuto voti:	
Leveggi	17
Chiodi	17
Benussi	12
schede bianche	5

Dobbiamo ripetere la votazione, in quanto due consiglieri hanno ottenuto gli stessi voti, quindi dobbiamo procedere al ballottaggio fra i cons. Chiodi e Leveggi.
 Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	46
Leveggi	21
Chiodi	16
schede bianche	9

E' eletto membro dell'Ufficio di Presidenza il cons. Leveggi.

Sono le ore 14.49, la seduta è tolta e il Consiglio regionale sarà riconvocato a domicilio.

(ore 14.49)

